

Niedersächsischer Landtag

Stenografischer Bericht

33. Sitzung

Hannover, den 9. Februar 2024

Inhalt:

Begrüßung durch die Präsidentin2545

Ansprache der Generalkonsulin der Ukraine, Frau Dr. Iryna Tybinka.....2546

Tagesordnungspunkt 29:

Mitteilungen der Präsidentin2548
Feststellung der Beschlussfähigkeit.....2548

Tagesordnungspunkt 30:

Befragung des Ministerpräsidenten2549
Carina Hermann (CDU)2549, 2550, 2551
Stephan Weil, Ministerpräsident 2549 bis 2554
Sebastian Lechner (CDU)2552
Jürgen Pastewsky (AfD)2552, 2553, 2554

Tagesordnungspunkt 31:

Erste Beratung:
Niedersachsen zusammen gegen das Hochwasser - die Folgen der Fluten bewältigen, Konsequenzen für die Zukunft ziehen - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/33732554
Pascal Leddin (GRÜNE).....2554
Meta Janssen-Kucz (GRÜNE).....2555, 2559
Ansgar Georg Schledde (AfD)2556
Dr. Frank Schmädeke (CDU)2557, 2559
Thordies Hanisch (SPD)2559
Christian Meyer, Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz2561
Ausschussüberweisung2562

Tagesordnungspunkt 32:

Erste Beratung:
Frauen und Mädchen jetzt vor Gruppenvergewaltigungen schützen! - Dunkelfeld aufklären und mehr Rechtssicherheit schaffen! - Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 19/33602562
Jessica Schülke (AfD).....2562, 2566, 2569
Alexander Saade (SPD)2564
Birgit Butter (CDU).....2566
Nadja Weippert (GRÜNE)2568
Ausschussüberweisung2569

Tagesordnungspunkt 33:

Erste Beratung:
Ein Beitrag zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung: Äquivalente und transparente Landesförderung für Niedersachsens staatlich anerkannte Ersatzschulen - Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 19/33612569
Harm Rykena (AfD).....2569
Dr. Karl-Ludwig von Danwitz (CDU)2570
Pascal Mennen (GRÜNE).....2571
Ausschussüberweisung2572

Tagesordnungspunkt 34:

Erste Beratung:
Die europäische Idee stärken - Europabildung an den Schulen intensivieren - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/33632572
Anna Bauseneick (CDU).....2573
Pascal Mennen (GRÜNE).....2575

Dennis Jahn (AfD)	2576
Brian Baatzsch (SPD)	2576
<i>Ausschussüberweisung</i>	2578

Tagesordnungspunkt 35:

Erste Beratung:

Den wolfsabweisenden Grundschutz für Nutztiere und den Ausgleich von Risschäden durch Wolfsübergriffe dauerhaft verlässlich finanzieren - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/3365.....	2579
Christoph Eilers (CDU)	2579
Meta Janssen-Kucz (GRÜNE)	2581
Alfred Dannenberg (AfD)	2582
Christoph Willeke (SPD).....	2583
<i>Ausschussüberweisung</i>	2585

Tagesordnungspunkt 36:

Erste Beratung:

Erbrachte Prüfungsleistungen honorieren und die rechtswissenschaftliche Ausbildung attraktiver gestalten - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/3370	2585
Antonia Hillberg (SPD)	2585, 2589
Christoph Plett (CDU).....	2586
Thorsten Paul Moriße (AfD).....	2588
Evrin Camuz (GRÜNE).....	2589
<i>Ausschussüberweisung</i>	2590

Tagesordnungspunkt 37:

Erste Beratung:

Gemeinsam statt Einsam: Gemeinschaft stärken - landesweite Strategie gegen Einsamkeit entwickeln - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/3371.....	2590
Marten Gäde (SPD)	2590
Eike Holsten (CDU)	2592
Vanessa Behrendt (AfD)	2594
Swantje Schendel (GRÜNE).....	2594
<i>Ausschussüberweisung</i>	2595

Vom Präsidium:

Präsidentin	Hanna N a b e r (SPD)
Vizepräsident	Marcus B o s s e (SPD)
Vizepräsidentin	Sabine T i p p e l t (SPD)
Vizepräsident	Jens N a c k e (CDU)
Vizepräsidentin	Barbara O t t e - K i n a s t (CDU)
Vizepräsidentin	Meta J a n s s e n - K u c z (GRÜNE)
Schriftführer	Markus B r i n k m a n n (SPD)
Schriftführerin	Corinna L a n g e (SPD)
Schriftführer	Guido P o t t (SPD)
Schriftführerin	Annette S c h ü t z e (SPD)
Schriftführer	Dr. Karl-Ludwig v o n D a n w i t z (CDU)
Schriftführerin	Lara E v e r s (CDU)
Schriftführer	Axel M i e s n e r (CDU)
Schriftführer	Alexander W i l l e (CDU)
Schriftführerin	Evrin C a m u z (GRÜNE)
Schriftführerin	Eva V i e h o f f (GRÜNE)
Schriftführerin	Delia K l a g e s (AfD)
Schriftführer	Jürgen P a s t e w s k y (AfD)

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Stephan W e i l (SPD)	Staatssekretär Dr. Jörg M i e l k e , Staatskanzlei
Ministerin für Inneres und Sport Daniela B e h r e n s (SPD)	
Finanzminister Gerald H e e r e (GRÜNE)	Staatssekretärin Sabine T e g t m e y e r - D e t t e , Finanzministerium
Minister für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung Dr. Andreas P h i l i p p i (SPD)	Staatssekretärin Dr. Christina A r b o g a s t , Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung
Minister für Wissenschaft und Kultur Falko M o h r s (SPD)	Staatssekretär Prof. Dr. Joachim S c h a c h t n e r , Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kultusministerin Julia Willie H a m b u r g (GRÜNE)	Staatssekretärin Andrea H o o p s , Staatssekretär Marco H a r t r i c h , Kultusministerium
Minister für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung Olaf L i e s (SPD)	Staatssekretär Frank D o o d s , Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung
Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Miriam S t a u d t e (GRÜNE)	Staatssekretär Dr. Michael M a r a h r e n s , Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucher- schutz
Justizministerin Dr. Kathrin W a h l m a n n (SPD)	Staatssekretär Dr. Thomas S m o l l i c h , Justizministerium
Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz Christian M e y e r (GRÜNE)	Staatssekretärin Anka D o b s l a w , Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz
Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung Wiebke O s i g u s (SPD)	

Beginn der Sitzung: 9.02 Uhr.

Begrüßung durch die Präsidentin

Präsidentin Hanna Naber:

Sehr geehrte Frau Generalkonsulin Dr. Iryna Tybinka! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Rückblick auf unseren ersten Plenartag in dieser Woche - Mittwoch, der 7. Februar 2024: Wir reden über Hochwasser, über das aktuelle Demonstrationsgeschehen, über die Zukunft der Krabben- und Muschelfischerei in Niedersachsen.

Mittwoch, der 7. Februar 2024: Kriegstag Nummer 714 in der Ukraine. Wieder massive russische Luftangriffe. Raketen und Drohnen fliegen. Sie treffen Kiew. Sie treffen Charkiw. Sie treffen Mykolajiw, und sie treffen Lwiw. Ihre Wucht tötet Menschen, lässt Häuser brennen und einstürzen. Strom-, Gas- und Wasserversorgungen sind unterbrochen. Der Winter wird als Waffe missbraucht. Jede Ukrainerin, jeder Ukrainer spürt den Krieg - der Krieg ist immer da.

Auch in Awdijiwka im Osten der Ukraine kämpfen am Morgen des 7. Februars die Soldaten in einem verlustreichen und zermürbenden Stellungskrieg. Noch kann die Stadt gehalten werden. Es ist unklar, welche Seite ihre Positionen als Erste aufgeben wird.

Fast zwei Jahre nach Beginn des russischen Angriffskriegs sind die Auswirkungen weiterhin verheerend für die Menschen in der Ukraine. Sie kämpfen Tag für Tag um ihr Überleben, um ihr Land, ihre Heimat, ihre Freiheit, ihre Demokratie, um ein Zuhause in der europäischen Familie, in der freien Welt. Zwei Drittel der Kinder in der Ukraine mussten ihre Häuser verlassen, 1,5 Millionen Kinder sind von posttraumatischen Belastungen oder anderen psychischen Erkrankungen bedroht. Nach Auskunft der Vereinten Nationen benötigen mehr als 14,6 Millionen Menschen in der Ukraine humanitäre Hilfe. 4 Millionen Menschen, darunter fast 1 Million Kinder, sind innerhalb des Landes weiterhin auf der Flucht.

Der 24. Februar 2022 markiert eine Zäsur auf unserem Kontinent seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Unsere Gewissheit, Frieden, Freiheit und Wohlstand in Europa bewahren zu können, ist unwiederbringlich erschüttert. Russlands Angriff auf die freie, souveräne Ukraine ist ein Verbrechen.

Abertausende Menschen - Soldaten, Zivilisten, Männer, Frauen, Kinder - sind Opfer dieses fürchterlichen Krieges. Sie werden ermordet, gefoltert, vergewaltigt, deportiert. Die europäische Friedensarchitektur, die internationale Nachkriegsordnung haben Putin und sein Regime in Schutt und Asche gelegt.

Sehr geehrte Damen und Herren, anlässlich des drohenden zweiten Jahrestags des russischen Überfalls auf die gesamte Ukraine und fast zehn Jahre nach dem Einmarsch in die Ostukraine stehen wir als Abgeordnete des Niedersächsischen Landtags zusammen, um unser Mitgefühl und unsere Solidarität gegenüber allen Menschen in der Ukraine zu überbringen. Wir stehen an der Seite der Ukraine - heute und in Zukunft. Das hat der Landtag im Sommer letzten Jahres mit einem drei Fraktionen übergreifenden Entschließungsantrag deutlich zum Ausdruck gebracht. Wir stehen zusammen, weil der Krieg niemals zur Normalität werden darf. Gleichgültigkeit können und dürfen wir nicht zulassen. Denn Putins Feindbild sind wir alle.

Wir möchten den heutigen Plenartag damit beginnen, Ihnen, sehr geehrte Frau Generalkonsulin, unseren herzlichen Dank für Ihre Anwesenheit und die Worte, die Sie gleich an uns richten werden, auszusprechen. Ihre Präsenz ist ein starkes Zeichen der Verbundenheit zwischen Niedersachsen und der Ukraine.

(Starker Beifall)

Deutschland und insbesondere wir in Niedersachsen haben seit Kriegsbeginn vielfältige Unterstützung geleistet - humanitär, militärisch und politisch. Wir haben Türen und Herzen geöffnet für diejenigen, die vor dem Krieg fliehen mussten. Mehr als 111 000 Menschen haben seit Kriegsbeginn bei uns in Niedersachsen Schutz gefunden. Tausende Kinder und Jugendliche aus der Ukraine wurden in unseren Schulen und Kitas willkommen geheißen. Sie haben unser Land vielfältiger und liebenswerter gemacht.

Im Namen des Niedersächsischen Landtags danke ich allen Bürgerinnen und Bürgern, Vereinen und Initiativen für ihr unermüdliches Engagement, für ihren warmherzigen, menschlichen Einsatz. Bürgerinnen und Bürger unseres Landes haben nicht nur Hilfsgüter geliefert und Menschen aus den Kriegsgebieten gerettet, sondern auch bei der Integration wertvolle Unterstützung geleistet. Sie haben Geflüchtete aufgenommen, ihnen bei der Wohnungs-

einrichtung geholfen oder sogar Wachsreste gesammelt, um Kerzen für die Soldaten an der Front herzustellen.

Ein paar Vereine, lange nicht alle, habe ich heute zu uns in den Landtag eingeladen. Sie haben sich auf der Tribüne oberhalb der SPD-Fraktion eingefunden. Eine Auswahl an Vereinen möchte ich stellvertretend für das großartige Engagement in ganz Niedersachsen namentlich begrüßen:

Herzlich willkommen, sehr geehrte Damen und Herren, vom „Ukrainischen Verein in Niedersachsen“, vom Verein „Freie Ukraine Braunschweig“, vom „Freundeskreis der Ukrainefahrer Lingen“, vom „Lüneburger Hilfsprojekt Ukraine“, von den Vereinen „Gifhorn hilft“, „Peine hilft“, „Goslar hilft“, „Oldenburg hilft“ und „OHZ hilft“, von den Vereinen „Hannover Helps“ und „SOS Ukraine“ aus Jever, den ich letztes Jahr im Rahmen meiner Sommerreise besucht habe. Herzlich willkommen!

(Starker Beifall)

Hervorheben möchte ich auch die Unterstützung in den Städten, Gemeinden und Landkreisen. Lieber Herr Professor Meyer, lieber Herr Dr. Arning, lieber Herr Dr. Trips, schön, dass auch Sie heute meiner Einladung gefolgt sind.

(Starker Beifall)

Ihnen allen gilt unsere Dankbarkeit. Denn Sie und die vielen stillen Helferinnen und Helfer, auch in den Kreis-, Stadt- und Gemeindeverwaltungen, sind besondere Botschafter der Menschlichkeit in unserem Land. Ein besonderer Dank gebührt allen Landesbediensteten, den vielen Lehrerinnen und Lehrern, aber auch den Mitarbeitenden in der Landesaufnahmebehörde. Der Dank gilt den Erzieherinnen und Erziehern und natürlich auch der Landesregierung für ihren unermüdlichen Einsatz zur Unterstützung der Ukrainerinnen und Ukrainer.

Menschen auf der Flucht vor Krieg und Vertreibung zu helfen, wird auch für uns Abgeordnete weiterhin humanitäre und demokratische Verpflichtung bleiben. Daran ist nicht zu rütteln.

Die Bande zwischen Niedersachsen und der Ukraine wollen wir weiter ausbauen. Demnächst erwarten wir die offizielle Unterzeichnung der Partnerschaftsvereinbarung unseres Landes mit der Oblast Mykolajiw. Viele Kommunen haben bereits eigene Städtepartnerschaften mit ukrainischen Städten geschlossen. Die Verbindung Niedersachsens zu den Menschen in der Ukraine wird von Tag zu Tag stärker.

Meine Damen und Herren, als Niedersächsischer Landtag möchten wir ein deutliches Signal aussenden; denn es ist uns eben nicht möglich, einfach zur Tagesordnung überzugehen. Die Brutalität des russischen Angriffskrieges darf nicht unbeantwortet bleiben. Unsere Antwort ist und bleibt die Solidarität mit der Ukraine, Unterstützung für ihre Menschen und der feste Glaube an die Werte der Freiheit und Demokratie. Putin darf diesen Krieg nicht gewinnen, weil wir sonst alle verlieren. Die Ukraine muss diesen Krieg um Freiheit und Demokratie gewinnen.

Deshalb weht heute die Fahne der Ukraine vor dem Niedersächsischen Landtag. Deshalb habe ich Sie, sehr geehrte Frau Dr. Tybinka, und die vielen ehrenamtlichen Unterstützerinnen und Unterstützer zu uns eingeladen - aus demokratischer und solidarischer Überzeugung.

Sehr geehrte Frau Generalkonsulin, wir freuen uns auf Ihre Ansprache.

(Starker Beifall)

Ansprache der Generalkonsulin der Ukraine, Frau Dr. Iryna Tybinka

Dr. Iryna Tybinka:

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin Naber! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Weil! Sehr geehrte Mitglieder des niedersächsischen Parlaments und der Regierung! Sehr geehrte Damen und Herren!

Erinnern Sie sich an den 24. Februar 2022! Was hat Sie bewegt, als Sie von dem unprovokierten Angriff Russlands erfuhren? Schock? Angst? Empörung? Verweigerung, an das Geschehen zu glauben? Ein Gefühl der Hilflosigkeit? Oder der Wille, sich aktiv gegen diese Ungerechtigkeit zu wehren? Wahrscheinlich war von allem ein bisschen dabei. Aber damals war sicher kein Platz für Gleichgültigkeit und Müdigkeit, denn der Krieg ist nach Europa gekommen - Russlands Krieg, der noch immer die Ukraine zerstört und mit zunehmender Intensität an die Türen der Nachbarländer klopft.

Was hat sich seit dem Tag geändert, abgesehen von dem immer höheren Preis, den die Ukraine zahlt? Hat der Feind seine Pläne, mein Land zu zerstören, aufgegeben? - Nein. Seine Methoden der Kriegsführung, insbesondere gegen die Zivilbevölkerung, erreichen immer schockierendere Dimensionen.

Ist Russland etwa keine Bedrohung mehr für den Rest Europas? - Auch nein. Moskau hat nicht nur seine Hasspropaganda gegen den Westen intensiviert. Seine hybriden Angriffe werden auch hier immer spürbarer.

Haben die Europäer aufgehört, sich um das Schicksal Europas zu kümmern? Haben sie sich von der Menschlichkeit losgesagt oder von dem Wunsch, Gerechtigkeit und Frieden wiederherzustellen? - Nein. So etwas kann nie passieren. Menschlichkeit hat doch kein Verfallsdatum!

(Beifall)

Woher dann all diese Behauptungen über die angebliche Kriegsmüdigkeit oder darüber, der russische Krieg gehe hier niemanden an? Solch eine Wahrnehmung spielt nur einer Seite in die Hände: der des Aggressorstaates.

Russland braucht einen Zermürbungskrieg, den es zu gewinnen hofft. Wenn man dies zulässt, wenn man Schwäche zeigt, wenn man sich von der Vorstellung täuschen lässt, dass Russlands Krieg einer von vielen ist, wird die Demokratie verlieren - und mit ihr die Lebensart, die unser Europa so attraktiv und wertvoll macht. Jeder von uns und alle künftigen Generationen werden verlieren.

Russland und seine Schergen haben nur dann keine Chance, wenn wir Europäer fest zu unseren Idealen und Werten stehen, an unsere Stärke glauben, geeint und nachhaltig agieren und die Fehler des Zauderns und der Angst überwinden.

Diese Zuversicht, dass Russland eben keine Chance hat, wird durch die Entschlossenheit gespeist, mit der Hunderttausende von Deutschen jetzt auf die Straße gehen, um die Demokratie zu verteidigen.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Diese Zuversicht wird gestärkt durch die klare überparteiliche Haltung aller demokratischen Kräfte in Deutschland, dass die Ukraine gewinnen muss. Diese Haltung wird regelmäßig durch konkrete Maßnahmen des Bundeskanzlers höchstpersönlich - der heute in Washington ist - und der Bundesregierung, die meinem Land militärische, humanitäre und finanzielle Hilfe zukommen lässt, bestätigt.

Die demokratische Gemeinschaft verdankt dem Feind so eine drastische Betrachtungswende - dem Feind, der immer wieder beweist, dass er keine Gnade kennt, menschliche Leben verachtet, unsere Werte hasst und jede Möglichkeit einer friedlichen

Koexistenz ablehnt. Er hat uns gelehrt, dass ein Appell für Frieden nicht ausreicht. Man muss diesen Frieden auch wehrhaft schützen können. Allein der Wunsch, den Krieg zu beenden, reicht auch nicht aus. Man muss die Entschlossenheit, die Kraft und die Mittel haben, den Aggressor zu stoppen. Frieden ist wertvoll, wenn er gerecht und nachhaltig ist. Alles andere ist im Sinne des Aggressors. Demokratie und Freiheit, die er zu vernichten anstrebt, sind die höchsten Werte unserer Zivilisation.

(Beifall)

Diese Werte sind es wert, verteidigt zu werden, selbst um den Preis des eigenen Lebens. Diese Lebenslektion erteilt das ukrainische Volk jeden Tag. Es beweist dies seit 716 Tagen in Folge mit seiner Resilienz und seinem Kampfgeist.

Meine Damen und Herren, ich bin stolz. Jeden Tag seit dem 24. Februar 2022 bin ich stolz auf meine Mitbürger, Frauen und Männer, auf deren Schultern heute unsere Zukunft lastet. Und jeden Tag schaudert es mich bei dem Gedanken, was sie dafür durchmachen müssen.

Es ist dem Kampf der Ukraine zu verdanken, dass andere europäische Nationen heute nicht von Luftalarmen geweckt werden und nicht vor der Explosion russischer Raketen erstarren müssen. Mütter und Ehefrauen müssen nicht um ihre Lieben trauern oder für ihre Rückkehr aus der Gefangenschaft beten.

Nicht die Zurückbehaltung moderner Waffen, sondern gut ausgerüstete ukrainische Streitkräfte verhindern heute eine weitere Eskalation. Das ist allein ihr Verdienst. Sie sind es, die die Schwarzmeerblokkade aufgehoben haben. Sie sind es, die die wilde Invasion des Feindes aufhalten. Sie bringen Russlands dunkle Pläne zum Scheitern.

Auch wenn Russland sowohl zu Lande als auch in der Luft militärisch überlegen ist, auch wenn die gesamte russische Wirtschaft auf die Kriegsschiene umgestellt wurde, die Ukrainer nun aber gezwungen sind, Granaten zu sparen, auch wenn der terroristische Staat von anderen totalitären Regimen aktiv unterstützt wird und die Hilfe für die Ukraine zur Geisel politischer Kämpfe geworden ist - unsere tapferen Verteidigerinnen und Verteidiger sind diejenigen, die uns zum Sieg bringen wollen und bringen können.

Dafür brauchen sie aber nicht nur eine ständige Unterstützung, sondern auch so schnell und so viel Unterstützung, wie nötig ist. Der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, hat

diese Woche in Kyjiw klare Worte gefunden - ich zitiere -: Wir müssen von dem Versprechen, sie zu unterstützen, solange es nötig ist, zu der Verpflichtung übergehen, die Ukraine zu unterstützen, koste es, was es wolle - Unterstützung um jeden Preis, damit die Ukraine den Sieg erringt.

Sehr geehrte Frau Naber, ich danke Ihnen aufrichtig für die Ehre, heute von dieser respektablen Tribüne aus gehört zu werden. Ich danke Ihnen für die klaren Worte, die wir gerade gehört haben, und für das klare Signal, dass Niedersachsen fest an der Seite der Ukraine steht.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, ich danke Ihnen, dass Niedersachsen noch in diesem Monat seine Partnerschaft mit der heldenhaften Region Mykolajiw endgültig besiegelt. Sie wissen aus erster Hand, wie sehr diese Region einen verlässlichen Freund braucht. Allein in den letzten zwei Tagen wurde Mykolajiw von russischen Raketen und Drohnen schwer angegriffen.

Ich danke der Landesregierung, dem Parlament, den Initiativen, deren Vertreter dort oben sitzen, und den Bürgerinnen und Bürgern von Niedersachsen für ihre unermüdliche Hilfe, die sie der Ukraine zukommen lassen. Die Ukrainer begrüßen jede Entscheidung und jeden Schritt Deutschlands, der hilft, die russische Armee abzuschrecken und unschuldige Leben zu retten.

In ihrem Namen spreche ich Ihnen meine tiefste Dankbarkeit aus. Danke schön.

(Starker Beifall)

Sehr geehrte Damen und Herren, der russische Krieg geht weiter. Man muss sich darüber im Klaren sein, dass es in diesem Kampf um das Überleben der europäischen Demokratie und Lebensweise geht. Die einzige Möglichkeit, diesen verfluchten Krieg zu beenden, besteht darin, den Aggressor zu stoppen. Die Ukraine muss gewinnen. Dafür braucht sie einen starken Rückhalt, eine Stütze, auf die sie unter allen Umständen bauen kann. Die Demokratie muss gewinnen.

Heute ist jeder in der Lage, einen Beitrag dafür zu leisten: Sie, liebe Politikerinnen und Politiker, indem Sie Ihren Wählern erklären, warum dieser Sieg von entscheidender Bedeutung ist. Sie, liebe Kommunen und Gemeinden, indem Sie die Ukraine durch neue Partnerschaften und enge Zusammenarbeit unterstützen. Sie, liebe Wirtschaftsvertreter, indem Sie sich aus dem russischen Markt endgültig zurückziehen, der für die russische Militärmaschinerie

arbeitet; sonst werden Ihre Unternehmen in Russland weiter tödliche Raketen mitfinanzieren. Sie, liebe Medienvertreter, indem Sie täglich über die Folgen der russischen Aggression berichten. Krieg ist keine Fernsehshow, die man wegen sinkender Einschaltquoten absetzen kann. Es muss nicht immer eine Sensationsmeldung sein, um auf ihn aufmerksam zu machen.

Meine aufrichtige Dankbarkeit an alle, die schon jetzt hart für den Sieg arbeiten! Mein Appell an die, die es noch nicht tun: Es ist höchste Zeit, sich für eine sichere Zukunft zu entscheiden. Wir müssen ehrlich zueinander sein, wie es sich unter Partnern und Verbündeten gehört, und fest aneinander glauben. Dann werden die Gerechtigkeit, die Freiheit und die Demokratie gewinnen. Dann werden wir gemeinsam siegen.

Slava Ukraini!

(Starker, lang anhaltender Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei den GRÜNEN - Beifall bei der AfD - Die Anwesenden erheben sich)

(Die Mitglieder der AfD setzen sich wieder, während die Mitglieder der anderen Fraktionen stehen bleiben und weiter applaudieren - Detlev Schulz-Hendel [GRÜNE]: Echt peinlich, rechts außen! - Gegenruf von Klaus Wichmann [AfD]: Dass wir aufgestanden sind und applaudiert haben? Wollen Sie uns eine Zeit vorgeben, wie lange wir applaudieren müssen? - Ulf Thiele [CDU]: Schämen Sie sich!)

Präsidentin Hanna Naber:

Herr Wichmann! - Ich möchte die Sitzung eröffnen.

Vielen Dank, Frau Dr. Tybinka, für Ihre sehr bewegenden Worte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich eröffne die 33. Sitzung im 13. Tagungsabschnitt des Niedersächsischen Landtages der 19. Wahlperiode.

Tagesordnungspunkt 29:

Mitteilungen der Präsidentin

Ich stelle die **Beschlussfähigkeit** des Hauses fest.

Zur Tagesordnung: Wir beginnen die heutige Sitzung mit Tagesordnungspunkt 30, das ist die Befra-

gung des Ministerpräsidenten. Anschließend setzen wir die Beratungen in der Reihenfolge der Tagesordnung fort. Die heutige Sitzung soll demnach gegen 15.30 Uhr enden.

Die mir zugegangenen Entschuldigungen teilt Ihnen nunmehr Herr Schriftführer Axel Miesner mit. Herr Miesner, bitte!

Schriftführer Axel Miesner:

Entschuldigt haben sich: von der SPD-Fraktion Herr Arends, Herr Bloem, Frau Emken, Herr Klein ab 13 Uhr, Frau Schröder-Köpf und Herr True, von der CDU-Fraktion Frau Hopmann und Herr Scharrelmann, von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Sachtleben und von der AfD-Fraktion Herr Queckemeyer.

Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank, Herr Schriftführer Miesner.

Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 30:

Befragung des Ministerpräsidenten

Wir kommen nun zur Befragung des Ministerpräsidenten, die nach § 47 a unserer Geschäftsordnung im ersten Tagungsabschnitt des Jahres sowie im ersten Tagungsabschnitt nach der parlamentarischen Sommerpause jeweils die Fragestunde ersetzt.

Jede Fraktion kann bis zu vier Anfragen mit jeweils einem Fragesatz stellen, die zur höchstens dreiminütigen mündlichen Beantwortung durch den Ministerpräsidenten geeignet sind. Der Ältestenrat hat sich in seiner 14. Sitzung am 31. Januar 2024 darauf verständigt, dass ein fraktionsloses Mitglied des Landtages eine Frage stellen kann, die im Anschluss an die Fragen der Fraktionen behandelt wird.

Die für die Behandlung aller Arten von Anfragen geltenden Geschäftsordnungsbestimmungen setze ich als allgemein bekannt voraus.

Um dem Präsidium den Überblick zu erleichtern, bitte ich, dass sich die Fragestellerinnen und Fragesteller schriftlich zu Wort melden.

Die Befragung endet nach 90 Minuten. Der Ältestenrat hat sich darauf verständigt, dass gegebenenfalls nach Ablauf der 90 Minuten die zuletzt aufgerufene Frage noch beantwortet werden soll.

Ich stelle fest: Es ist jetzt 9.30 Uhr. Demnach endet die Befragung spätestens um 11 Uhr.

Entsprechend der Vereinbarung im Ältestenrat rufe ich zunächst die Anfragen auf, die von Mitgliedern der Fraktion der CDU gestellt werden. Hierzu bitte ich die Parlamentarische Geschäftsführerin nach vorne zu kommen. Frau Hermann, bitte!

(Beifall bei der CDU)

Carina Hermann (CDU):

Frau Präsidentin! Herr Ministerpräsident, vor dem Hintergrund der Tatsache, dass Sie bei den vergangenen Befragungen teilweise mit Süffisanz geantwortet haben, stünde Ihnen heute, glaube ich, mehr Ernsthaftigkeit gut zu Gesicht. Denn es geht heute um die SPD-Gehaltsaffäre in Ihrer Staatskanzlei.

Ich frage Sie: Wie bewerten Sie die Tatsache, dass das Finanzministerium in dieser Woche im Rahmen einer öffentlichen Sondersitzung des Haushaltsausschusses bestätigt hat, dass Ihr Wunsch, Ihrer Leiterin Ihres persönlichen Büros - und SPD-Parteifreundin - mehr Geld - nach B2 - zu bezahlen, rechtswidrig war? Und warum haben Sie trotz dieser eindeutigen rechtlichen Bewertung des Finanzministeriums an der erhöhten Bezahlung Ihrer Büroleiterin festgehalten?

(Beifall bei der CDU - Wiard Siebels
[SPD]: Das waren zwei Fragen!)

Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank. Genau genommen waren das schon zwei Fragen, wenn ich es richtig vernommen habe. - Ich bitte den Ministerpräsidenten um Beantwortung.

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Ich weiß nicht, ob es hier um meine Meinung geht, aber wir können das als eine Frage bewerten. Damit habe ich kein Problem.

Ein Problem habe ich damit, sehr geehrte Frau Kollegin, wenn Sie den Inhalt von Akten und den Verlauf von Beratungen in ihr Gegenteil verkehren. Damit habe ich ein Problem.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Erstens. Worum geht es? - Im öffentlichen Dienst wird jeder Arbeitsplatz bewertet, damit auf dieser Grundlage eine angemessene Bezahlung möglich wird. Wir haben zwei Statusgruppen: Das sind die Beamten, und das sind die Tarifbeschäftigten.

Für die Beamten gibt es insoweit klare Regelungen.

(Ulf Thiele [CDU]: Die gibt es für die Tarifbeschäftigten auch!)

Für die Tarifbeschäftigten gibt es keine Regelungen, soweit es sich um den außertariflichen Bereich handelt.

Nun ist sehr deutlich geworden - und zwar strukturell, aber anhand eines Einzelfalls -, dass dies im Einzelfall dazu führen kann, dass man bis zu zehn Jahre darauf warten muss, seinem Arbeitsplatz entsprechend bezahlt zu werden. Zehn Jahre, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Ulf Thiele [CDU]: Das geht Beamten auch so! - Carina Hermann [CDU]: Das gilt auch für Beamte!)

Da erlaube ich mir wirklich die Gegenfrage: Halten Sie das eigentlich für gerecht? Halten Sie das für gerecht?

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Sie müssen jetzt stark sein.

(Zurufe von der CDU: Nein, Sie müssen jetzt stark sein!)

Zweitens. Das Finanzministerium hat eine entsprechende Länderumfrage gemacht.

(Ulf Thiele [CDU]: Telefonisch bei sieben bis acht Ländern!)

Das Ergebnis: Niedersachsen steht mit der bis dahin gepflegten Handhabe, eine sogenannte Nachzeichnung zu machen - also die Angestellten voll und ganz so zu beurteilen wie Beamte, sie nach deren Regeln zu beurteilen -, alleine.

Drittens. Das hat auch seine Gründe. Denn auf diese Art und Weise wird insbesondere auch ein Quereinstieg erschwert, weil ja dann die ganzen Vorzeiten im öffentlichen Dienst in die Erfahrungszeiten nicht mit einberechnet werden können. Das wiederum war auch zwischen Finanzminister Heere und mir von Anfang an die übereinstimmende Auffassung.

(Ulf Thiele [CDU]: Das ist ja nun erkennbar nicht der Fall!)

Hier geht es um ein strukturelles Problem. Wir müssen uns fragen, ob wir im Hinblick auf den demografischen Wandel an dieser Stelle den von uns allen gewollten verstärkten Quereinstieg von Beschäftig-

ten in verantwortliche Positionen in der Landesverwaltung eigentlich erschweren oder angemessen gestalten wollen.

(Christian Fühner [CDU]: Mannomann!)

Letztens: Wir reden hier nicht über die Änderung von Gesetzen, von Verordnungen etc., sondern es geht um eine schlichte Verwaltungspraxis. Diese ist in Übereinstimmung vom Finanzministerium mit der Staatskanzlei geändert worden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Vorwurf der Rechtswidrigkeit ist schlicht und einfach aus der Luft gegriffen. Das, Frau Kollegin, wissen Sie sehr genau.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Ulf Thiele [CDU]: Herr Ministerpräsident, Sie haben sich gerade um Kopf und Kragen geredet!)

Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. - Zur zweiten Frage für die Fraktion der CDU hat sich ebenfalls Frau Hermann zu Wort gemeldet. Bitte schön!

(Beifall bei der CDU)

Carina Hermann (CDU):

Frau Präsidentin! Herr Ministerpräsident, warum haben Sie in dieser SPD-Gehaltsaffäre sogar darauf bestanden, dass die Leiterin Ihres persönlichen Büros rückwirkend,

(Ulf Thiele [CDU]: Unfassbar! Erkennbar rechtswidrig!)

nämlich ab dem 1. August - obwohl die neue Regelung erst ab dem 1. Dezember an die anderen Häuser verschickt wurde und Herr Heere erst am 20. November seine Zustimmung erteilt hat -, eine erhebliche Gehaltszahlung erhält, obwohl Ihnen klar sein musste - davon bin ich fest überzeugt -, dass eine rückwirkende Zahlung ab dem 1. August unzulässig war?

(Beifall bei der CDU - Ulf Thiele [CDU]: Unglaublich! Das war reine Willkür!)

Präsidentin Hanna Naber:

Herr Ministerpräsident, bitte!

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Auch diese Frage ist, wie mir berichtet wurde, bereits sehr

ausführlich im Haushaltsausschuss beraten worden.

(Ulf Thiele [CDU]: Aber nicht beantwortet worden! - Gegenruf von Wiard Siebels [SPD]: Und beantwortet worden!)

- Wenn Sie mir eine Weile zuhören würden, dann könnten Sie sich vielleicht die Zurufe sparen.

Es ist dort im Einzelnen hervorgehoben worden, dass die Frage, ab wann eine entsprechende Regelung getroffen wird, in der personalwirtschaftlichen Zuständigkeit des jeweiligen Ressorts - in diesem Fall der Staatskanzlei - liegt.

(Ulf Thiele [CDU]: Aber doch nicht rückwirkend gegen bisher geltendes Recht! - Gegenruf von Ulrich Watermann [SPD]: Ihr habt keine Ahnung!)

Ebenfalls insofern ist der Vorwurf, da sei irgendetwas rechtswidrig, schlichtweg aus der Luft gegriffen.

(Carina Hermann [CDU]: Und was war die Rechtsgrundlage?)

Das Einzige, was Sie hier versuchen, ist, in einem strukturell relevanten Teil schlechte Laune zu schaffen und einen falschen Eindruck zu vermitteln.

(Carina Hermann [CDU]: Was war die Rechtsgrundlage?)

Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, fällt voll und ganz auf Sie selbst zurück.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Ulf Thiele [CDU]: Demut geht anders, wenn man solch einen Bock geschossen hat! - Gegenruf von Ulrich Watermann [SPD]: Wirklich ahnungslose Schwäne da drüben!)

Präsidentin Hanna Naber:

Liebe CDU, Ihre Fragemöglichkeiten bestehen weiter. Die Antworten mögen Ihnen vielleicht nicht gefallen, aber es wäre trotzdem schön, wenn Sie sie zur Kenntnis nehmen und aufmerksam begleiten würden.

Frau Hermann, bitte!

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der CDU: Das sind Steuergelder! - Gegenruf von Ulrich Watermann [SPD]: Ihr werdet auch aus Steuergeldern bezahlt und macht hier nur Quark!)

Carina Hermann (CDU):

Frau Präsidentin! Herr Ministerpräsident, vor dem Hintergrund, dass Sie keinen Rechtsgrund für die rückwirkende Zahlung genannt haben,

(Grant Hendrik Tonne [SPD]: Ist das ein Nicht-Wollen oder ein Nicht-Können bei Ihnen?)

frage ich Sie nun vor dem Hintergrund, dass der grüne Finanzminister Heere am Ende gegen jeden fachlichen Rat seiner Behörde zu Ihrer Gehaltstrickserei seine Zustimmung gegeben hat:

(Zuruf von der SPD: Das ist eine Frechheit! - Ulrich Watermann [SPD]: Die Einzige, die eine Trickserin ist, sind Sie! - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Wie haben Sie persönlich auf die Entscheidung des Finanzministeriums Einfluss genommen, damit Ihre Büroleiterin befördert werden konnte, obwohl dies jedenfalls nach langjähriger Verwaltungspraxis unstrittig - nach den Ergebnissen der Ausschussberatungen - nicht möglich gewesen ist?

(Beifall bei der CDU - Wiard Siebels [SPD]: Doch, das ist es! Das hat er doch gerade erklärt! Das ist, wenn man die Fragen schon vorher vorbereitet hat! Dann geht es eben mal schief!)

Präsidentin Hanna Naber:

Herr Ministerpräsident, bitte!

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Kollegin Hermann, betrübt stelle ich fest, dass Sie offenbar weder die Akten gelesen, noch mir eben zugehört haben.

(André Bock [CDU]: Über die Akten haben wir gehört! - Ulf Thiele [CDU]: Die Akten sagen aber etwas anderes als Sie!)

Ich habe nämlich ausgeführt - und ich wiederhole es noch einmal sehr gerne für Sie -, dass Niedersachsen mit seiner Verwaltungspraxis eine Sonderrolle eingenommen hat, dass die anderen Länder eben auf diese Nachzeichnung verzichtet haben.

(Carina Hermann [CDU]: Nicht seit dem 1. August!)

Sie haben dafür nämlich von Anfang an einen guten Grund gehabt: weil die schlichte Übertragung von

beamtenrechtlichen - und auch gut vertretbaren - Vorschriften auf die Tarifbeschäftigten in den genannten Fällen

(Ulf Thiele [CDU]: Der Landesrechnungshof sieht das sehr anders!)

zu Ergebnissen führt, die nicht nur von der Frage der Gerechtigkeit im Einzelfall höchst zweifelhaft sind - Stichwort: „zehn Jahre“ -,

(Carina Hermann [CDU]: Die Neuregelung gab es am 1. August noch nicht! Das ist unglaublich!)

sondern auch insgesamt die Attraktivität des öffentlichen Dienstes für Menschen außerhalb des öffentlichen Dienstes ganz erheblich infrage stellen können.

Deswegen muss ich noch einmal sagen: Das hat mit „rechtswidrig“ etc. überhaupt nichts zu tun.

(Ulf Thiele [CDU]: Doch!)

Ich könnte es auch schlichtweg anders zusammenfassen: Niedersachsen verhält sich ab jetzt so wie die anderen Bundesländer auch. Das sollte Ihnen zu denken geben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Carina Hermann [CDU]: Ja, ab jetzt, aber nicht seit dem 1. August! Sie haben es rückwirkend bezahlt! Das ist unzulässig!)

Präsidentin Hanna Naber:

Die vierte und letzte Frage - - -

(Zuruf von Sebastian Zinke [SPD])

- Herr Zinke, widmen Sie bitte Ihre Aufmerksamkeit mir!

Die vierte und letzte Frage für die CDU-Fraktion stellt ihr Vorsitzender Sebastian Lechner. Herr Lechner, bitte!

(Beifall bei der CDU)

Sebastian Lechner (CDU):

Herr Ministerpräsident! Vor dem Hintergrund, dass wir Ihnen in den letzten Wochen und Monaten wirklich viele Chancen gegeben haben, die Vorwürfe auszuräumen, vor dem Hintergrund, dass Sie eben gerade gezeigt haben, dass Sie sich auch keiner einzigen Verfehlung oder Schuld bewusst sind, und vor dem Hintergrund, dass wir als Opposition

(Wiard Siebels [SPD]: Sie müssen die Frage stellen!)

die Aufgabe und Verantwortung haben, die Regierung zu kontrollieren, verzichte ich auf diese Frage und kündige den Untersuchungsausschuss an.

(Starker Beifall bei der CDU - Volker Bajus [GRÜNE]: Das ist doch absurd! - Wiard Siebels [SPD]: Das sind die wichtigen Themen im Land für die CDU!)

Präsidentin Hanna Naber:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt wollen wir mal unsere Gemüter wieder ein bisschen kühlen. Die vier Fragen bzw. drei Fragen und eine Ankündigung der CDU-Fraktion sind gestellt.

Wir widmen uns jetzt den Fragen der AfD-Fraktion. Für sie hat sich der Abgeordnete Jürgen Pastewsky zu Wort gemeldet. Dessen erste Frage rufe ich nun auf. Bitte schön!

(Beifall bei der AfD)

Jürgen Pastewsky (AfD):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, da Sie meine Frage vom 15. September 2023 nicht beantwortet haben, will ich sie erneut stellen: Warum gibt es in Niedersachsen, anders als in anderen Bundesländern, kein Genderverbot,

(Lachen bei den GRÜNEN)

was noch zusätzlich verhindern würde, den Erwerb und das Verständnis der deutschen Sprache zu erschweren? - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank, Herr Pastewsky. - Herr Ministerpräsident, bitte!

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Frau Präsidentin! Herr Kollege, womöglich, weil ich die gleichen Probleme habe, Ihre Frage zu verstehen wie bei der letzten Befragung. Wir haben eine gesetzliche Regelung heute schon im NGG, und die hat sich auch bewährt. Alleine, wenn wir sagen „Meine Damen und Herren“, dann bringt das zum Ausdruck, dass wir es mit unterschiedlichen Gruppen, wie gerade hier im Plenum, zu tun haben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich erspare mir mal die Frage, welche Anrede Sie persönlich bevorzugen würden. Aber an dieser

Stelle sehe ich nun wirklich keinerlei Handlungsbedarf, erst recht nicht, um zu einem wie auch immer gearteten Genderverbot zu gelangen. Ich kann mir schwer vorstellen, dass es verboten wird, eine Anrede zu verwenden, wie ich sie eben benutzt habe.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Wiard Siebels [SPD]: Das war eine selten dusselige Frage!)

Präsidentin Hanna Naber:

Herr Pastewsky, Sie dürfen jetzt die zweite Frage namens der AfD-Fraktion stellen. Bitte schön!

(Beifall bei der AfD - Detlev Schulzhendel [GRÜNE]: Besser nicht! - Wiard Siebels [SPD]: Der darf noch einmal? Verteilt das doch lieber! Streut das Risiko!)

Jürgen Pastewsky (AfD):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, warum hat die Landesregierung keinerlei Ergebnisse in Sachen aktives Wolfsmanagement vorzuweisen, obwohl Sie diese Angelegenheiten schon vor Monaten zur Chefsache erklärt haben?

(Beifall bei der AfD - Wiard Siebels [SPD]: Sie sind auch schon seit Monaten im Winterschlaf!)

Präsidentin Hanna Naber:

Bitte schön, Herr Ministerpräsident!

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Frau Präsidentin! Herr Kollege, an dieser Stelle hat sich sehr wohl etwas getan. Ich erinnere mich, dass wir in der letzten Befragung auch über dieses Thema gesprochen haben, da ja die Frage gestellt worden war, ob wir denn jetzt überhaupt vorwärtskommen würden.

Ein halbes Jahr später kann ich feststellen: Ja, wir sind vorwärtsgekommen. Wir haben nämlich zwischen Bund und Ländern die gemeinsame Auffassung darüber, dass wir im Falle von Wolfsübergriffen sehr schnell und dann auch für einen gewissen Zeitraum zu Abschüssen gelangen. Das gilt auch schon, und zwar seit dem 1. Januar, auch in Niedersachsen.

Das Zweite ist, dass wir jetzt auch regeln - und zwar durch Überarbeitung der Wolfsverordnung, an die sich der Kollege Christian Meyer gemacht hat -, wie es denn in den Regionen sein wird, die heute schon

eine überdurchschnittlich hohe Zahl an Rissen aus den letzten Jahren zu verzeichnen haben.

Ich kann noch etwas Drittes hinzufügen: Wir gehen für Niedersachsen eigentlich mit Sicherheit davon aus, dass wir inzwischen einen guten Erhaltungszustand haben. Wir arbeiten intensiv daran, dass eine entsprechende Herabstufung im Rahmen der europäischen Richtlinien stattfindet. Das wiederum stößt auch im Bereich der Europäischen Kommission auf offene Ohren, wie wir gehört haben.

Es tut sich also etwas, und zwar sehr im Sinne derjenigen, die die Tiere halten. Eine letzte Bemerkung: Mit denen wird derzeit auch über eine Umstellung des Verfahrens auf eine Herdenpauschale gesprochen. Auch das ist ein Anliegen der Betroffenen, dem wir gerne nachkommen können.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsidentin Hanna Naber:

Danke schön, Herr Ministerpräsident. - Herr Pastewsky, Sie dürfen jetzt die dritte Frage für die AfD-Fraktion stellen.

(Beifall bei der AfD)

Jürgen Pastewsky (AfD):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, vor dem Hintergrund, dass Sie sich gegen eine Erhöhung des Rundfunkbeitrags ausgesprochen haben, das ZDF aber Mehrbedarf angemeldet hat, frage ich Sie: Versprechen Sie den Niedersachsen, dass es in 2025 keine Erhöhung dieses Beitrages gibt?

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Hanna Naber:

Herr Ministerpräsident, bitte!

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Frau Präsidentin! Herr Kollege, dazu laufen derzeit die Beratungen innerhalb der Länder, aber insbesondere auch mit der KEF, also mit der entsprechenden Kommission.

Sie wissen, dass wir auf der einen Seite einen Verfassungsanspruch auf eine aufgabengerechte Ausstattung der Rundfunk- und Fernsehanstalten haben. Auf der anderen Seite haben diverse Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten - darunter

auch ich - zum Ausdruck gebracht, dass aus unserer Sicht eine Erhöhung in diesem Jahr mit deutlichen Fragezeichen zu versehen ist.

Diese Diskussion, die ich angesprochen habe, wird jetzt zu Ende zu führen sein, und dann wird man das Ergebnis sehen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. - Zur letzten Frage für die Fraktion der AfD hat sich ebenfalls der Kollege Jürgen Pastewsky zu Wort gemeldet. Bitte schön!

(Beifall bei der AfD)

Jürgen Pastewsky (AfD):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, da die Abstimmung über den Bundeshaushalt im Bundesrat auf den 22. März 2024 verschoben wurde, frage ich Sie - und erwarte mal ausnahmsweise ein Ja oder ein Nein -: Wird Niedersachsen diesem Bundeshaushalt und damit dem Abschmelzen der Agrardieselrückvergütung zustimmen, ja oder nein?

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Hanna Naber:

Herr Ministerpräsident!

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In dieser Hinsicht ist auf der einen Seite zu unserem Bedauern festzustellen, dass der Bundestag Regelungen im Haushalt und in dem von ihm vorgeschlagenen Begleitgesetz getroffen hat. Auf der anderen Seite halten eine Reihe von Ländern, auch Niedersachsen, an ihrer Kritik insbesondere zur Belastung der Landwirtschaft fest.

An einer Stelle tut sich derzeit etwas: Zwar nicht die Bundesregierung, aber die Ampelfraktionen führen Gespräche mit der Landwirtschaft. Dass das ernst gemeint ist, wird auch durch die Hinzuziehung der Zukunftskommission Landwirtschaft deutlich.

Vor diesem Hintergrund können Sie davon ausgehen, dass eine abschließende Meinungsbildung der Länder nicht nur in Niedersachsen erst relativ kurz vor dem 22. März stattfinden wird.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zurufe von der AfD: Ja oder

nein? - Gegenruf von Klaus Wichmann [AfD]: Vielleicht!)

Präsidentin Hanna Naber:

Herzlichen Dank, Herr Ministerpräsident.

Wie der Ministerpräsident die Fragen beantwortet, obliegt dem Ministerpräsidenten.

(Zuruf von der AfD: Ja, klar!)

- Ja, schönen Dank.

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor, so dass ich den Tagesordnungspunkt 30 schließe. Bevor der nächste aufgerufen wird, nehmen wir einen Wechsel im Sitzungsvorstand vor.

(Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast übernimmt den Vorsitz)

Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast:

Wir sind jetzt bei:

Tagesordnungspunkt 31:

Erste Beratung:

Niedersachsen zusammen gegen das Hochwasser - die Folgen der Fluten bewältigen, Konsequenzen für die Zukunft ziehen - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/3373

Die Einbringung übernimmt der Kollege Herr Leddin von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Bitte schön!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Pascal Leddin (GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleg*innen! Am 23. Dezember stiegen die Pegelstände. Sie stiegen, sie stiegen, und sie stiegen. Gebannt haben wahrscheinlich wir alle die lokalen Pegelstände beobachtet.

Dieses Mal ging es an Weihnachten nicht um das Warten auf die Geschenke, sondern um das Warten auf den nächsten Einsatz. Die Einsätze kamen - und wie sie kamen! Über 100 000 Kräfte waren im Einsatz, und das Tag und Nacht.

Man kann gar nicht oft genug danken, und deswegen mache ich es noch einmal. Egal, ob Feuerwehr, Polizei, THW, DLRG, alle anderen Hilfsorganisationen und natürlich auch die große Gruppe der zivilen

Helferinnen und Helfer - vielen herzlichen Dank an alle!

(Beifall bei den GRÜNEN sowie vereinzelt bei der SPD und bei der CDU)

So schlimm das Hochwasser auch war - was wir auf jeden Fall gesehen haben, war ein Land, das zusammenhält. Egal, woher man kam, egal, welches Parteibuch man trägt, es haben alle mit angepackt. So sehr Rechtsextreme versuchen, unseren Zusammenhalt zu spalten, zu hetzen und unser Land schlechtzureden, man hat eindeutig gesehen, dass wir in Niedersachsen zusammenhalten und uns aufeinander verlassen können. Denn in Krisenzeiten stehen Niedersächsinnen und Niedersachsen zusammen. Das macht uns stärker als die ganzen Spalter.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD sowie Beifall von Christian Fühner [CDU])

Doch so dankbar wir für den unermüdlichen Einsatz und den Zusammenhalt sind, dürfen wir nicht vergessen, dass solche Katastrophen in Zukunft verhindert werden müssen. Das Hochwasser in Niedersachsen hat uns erneut vor Augen geführt, wie wichtig ein effektiver und nachhaltiger Hochwasserschutz ist.

Wir müssen erkennen, dass der Klimawandel solche Extremwetterereignisse wahrscheinlicher macht und wir uns dem anpassen müssen. Diesen Schritt gehen wir mit diesem Antrag. Meine Kollegin wird gleich mehr dazu sagen.

Am Mittwoch ging es in der Aussprache zur Regierungserklärung auch darum, dass es ein schlechtes Zeichen der Prävention wäre, wenn man Sandsäcke braucht. Ich möchte einfach einmal richtigstellen: Das stimmt schlichtweg nicht. Sie können den tollsten und besten Deich bauen - nach Tagen und Wochen im Wasser weicht der Deich durch, und dann brauchen Sie die Sandsäcke. Oder, Herr Lechner? Haben Sie eine bessere Lösung dafür? Eine zweite oder dritte Deichlinie kann ja nicht die Antwort sein. Aber ich freue mich sehr auf die Aussprache im Ausschuss dazu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die vielen Helferinnen und Helfer haben die Herausforderung auch mit den Sandsäcken gut gemeistert.

Als Grüne stehen für eine Politik, die auf Prävention setzt. Wir brauchen grundlegend mehr Platz für Flüsse und natürlichen Hochwasserschutz. Aber

das alleine wird nicht reichen. Auch der technische Hochwasserschutz wird eine große Rolle spielen.

Das alles zu evaluieren und die sachlich besten Entscheidungen treffen, ist jetzt auch unsere Aufgabe. Ich freue mich auf die Beratung im Ausschuss und bin mir sicher, dass wir parteiübergreifend zu den besten Lösungen kommen werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast:

Vielen Dank. - Als zweite Rednerin aus der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist jetzt die Kollegin Janssen-Kucz am Mikrofon. Bitte schön!

Meta Janssen-Kucz (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Diesem Dankeschön schließe ich mich an. Ich will mich aber auch dafür bedanken, dass die demokratischen Fraktionen dem Nachtragshaushalt von über 110 Millionen Euro für die Behebung von Hochwasserschäden und für Hochwasserschutz zugestimmt haben. Damit haben wir gemeinsam ein starkes Zeichen in Sachen Hochwasserschutz, aber auch für den Katastrophenschutz gesetzt.

Aber ich glaube, wir alle wissen auch: Die Arbeit ist noch lange nicht getan. Neben Schadensbehebung müssen wir den Hochwasserschutz weiter ausbauen - im Binnenland, an der Küste, auf den Inseln. Hochwasserschutz wird nie abgeschlossen sein, sondern muss sich stetig den sich ändernden Herausforderungen stellen und Schritt halten. Schritt halten heißt auch, dass wir schneller werden müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Extremwetterereignisse und der menschengemachte Klimawandel verschärfen die Situation insbesondere in unserem Küstenland Niedersachsen. Es ist zu erwarten, dass solche Ereignisse, bedingt durch den Klimawandel, zukünftig häufiger auftreten. Da ist sich die Klimawissenschaft einig, auch wenn einige Ewiggestrige den Klimawandel noch leugnen. Wir haben gestern über den nahenden Kipppunkt gesprochen. Wir alle wissen: Das Risiko steigt mit zunehmender globaler Erwärmung.

Zurück zum Küstenschutz und Hochwasserschutz: Sie bleiben eine Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Land, Kommunen, Deich- und Sielachten und vielen

anderen Akteuren. Wir dürfen und wir werden den Bund aber nicht aus der Verantwortung lassen und auch an die Zusagen während des Hochwassers über Weihnachten erinnern!

Wir wissen, dass die Instandhaltung und die Erhöhung der Deiche um das Klimavorsorgemaß von 1 m bei tidebeeinflussten Küstenschutzdeichen und die notwendige Anpassung von Hochwasserdeichen im Binnenland eine gewaltige Kraftanstrengung sind. Es war daher auch richtig, dass wir im Dezember die Novelle des Niedersächsischen Klimagesetzes beschlossen haben. Damit haben seit Jahresbeginn alle Hochwasser- und Deichschutzmaßnahmen Vorrang vor anderen Interessen. Das ist wichtig, um wirklich schneller zu werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Noch ein Satz zu den viel zitierten Bäumen auf den Deichen: Klar ist für mich, dass Bäume auf Deichen grundsätzlich nichts zu suchen haben. Wenn Baumbewuchs entstanden ist, dann muss gehandelt werden. Diese Möglichkeit ist im Naturschutzgesetz vorgesehen und wird praktiziert.

(Vereinzelt Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, Bäume wachsen nicht über Nacht. Da hat man höchstwahrscheinlich etwas zu lange zugeschaut und nicht gehandelt, insbesondere im Binnenland.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Wie mein Kollege schon sagte: Mit dem rot-grünen Entschließungsantrag wollen wir weitere Optimierungspotenziale - organisatorisch, strukturell und rechtlich - ermitteln und umsetzen. Notwendig ist es aber auch, aus den aktuellen Erfahrungen die notwendigen Maßnahmen für den baulichen und natürlichen Hochwasserschutz abzuleiten.

Natürlicher Hochwasserschutz bedeutet, dass wir Flächen sichern müssen, um notwendige Deicherhöhungen zu kompensieren. Notwendig sind Rückdeichungen, Renaturierungen, Polder- und Überschwemmungsflächen, Altarme, und es ist notwendig, Retentionsflächen vorzuhalten. Hochwasser braucht Raum, und diesen Raum müssen wir schaffen!

Für diese Vorhaben müssen wir die bisherigen, zum Teil umfangreichen Genehmigungs- und Antragsverfahren beschleunigen, damit es vorangeht. Ich

glaube, das ist eine sehr wichtige Stellschraube. Da sind wir uns alle einig.

Eine weitere Stellschraube ist aber auch die Erarbeitung eines Generalplans für Siel- und Schöpfwerke. Sie brauchen teilweise eine Ertüchtigung. Die müssen wir jetzt vorantreiben!

Aber auch das Thema integriertes Wassermanagement, über das wir hier ein paar Mal diskutiert haben, spielt eine entscheidende Rolle. Wir haben Zeiten mit viel Wasser und Zeiten der Wasserknappheit. Wir müssen Wege finden, wie wir Wasser speichern und über Strecken in trockenere Gebiete bringen können.

Meine Damen und Herren, wir haben viele Hausaufgaben. Die sollten wir gemeinsam anpacken, zum Schutz von Mensch und Tier, und daneben das vorantreiben, was schon auf dem Weg ist, wie der Leitfaden „Kommunale Starkregenvorsorge in Niedersachsen“ oder auch die Hinweiskarte, die es bald, im Frühjahr, geben soll, damit wir den Menschen deutlicher machen können, wo Hochwassergefahr gegeben ist.

Ich glaube, auch dieses Thema werden wir weiter gemeinsam bearbeiten und anpacken.

Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast:

Vielen Dank. - Der nächste Redner ist aus der Fraktion der AfD: der Kollege Schledde. Bitte schön!

(Beifall bei der AfD)

Ansgar Georg Schledde (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das Hochwasser in Niedersachsen hat eines gezeigt: Durch den unermüdlichen Einsatz der Feuerwehren und vielen Helfer, deren Zahl im sechsstelligen Bereich lag, konnte die Hochwasserlage erfolgreich bewältigt werden.

Küsten- und Hochwasserschutz spielt eine zentrale Rolle in unserem Bundesland. Über 600 km Küstenlinie gilt es zu schützen und zu unterhalten. Aber auch die Flüsse Elbe, Weser, Ems und ihre Nebenarme bedürfen einer verstärkten Beachtung hinsichtlich ihrer Deichlinien.

Dass Bürgern, die durch das Hochwasser betroffen sind, unbürokratische Soforthilfe geleistet wird, ist eine Selbstverständlichkeit. Dass diese Hilfen aber, wie im Ausschuss gesagt, über die Landkreise ausgezahlt werden sollen, untergräbt dann den ambitionierten unbürokratischen Ansatz. Die Auszahlung der Soforthilfen wäre bei den NBank besser angesiedelt.

Und ich denke mal, dass der Landtag - wie in Ihrem Antrag beschrieben - nicht nur begrüßen sollte: erstens den unermüdlichen Einsatz der Feuerwehren und vielen Helfer, die Großartiges bei der Bekämpfung des Hochwassers geleistet haben, und zweitens die Freistellung seitens der Arbeitgeber, welche den umfänglichen Hilfeinsatz der vielen Helfer ermöglicht haben. Nein, wir können mehr tun! Wir sollten mehr tun! Es ist eine Frage des Stils, des Anstandes und des Respektes gegenüber den Feuerwehren und den vielen Helfern.

(Beifall bei der AfD)

Ein Beispiel: Durch den damaligen Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg, Manfred Stolpe, wurde die Oderflut-Medaille am 16. August 1997 gestiftet. Sie diene dabei in erste Linie der Anerkennung der Leistung der Einsatzkräfte und mitwirkenden Helfer. Der Auszuzeichnende erhielt die Medaille und darüber hinaus eine Verleihungsurkunde. Ich begrüße es daher, dass die Landesregierung ein Ehrenzeichen in Form einer Bandschnalle für die Einsatzkräfte stiften wird.

Ich denke, dass eine solche Auszeichnung den Feuerwehren und vielen Helfern eine Wertschätzung zukommen lässt, in einem würdigen Rahmen, gepaart mit der Achtung des Landes Niedersachsen und seiner Bürger vor den geleisteten Diensten an unserem Land.

Selbstverständlich freue ich mich auf die Diskussion im Ausschuss. Geforderte Maßnahmen, wie, das organisatorische, strukturelle und rechtliche Optimierungspotenzial des Katastrophenschutzes zu ermitteln und zu prüfen, die Beseitigung von Schäden an Hochwasserschutzanlagen und ein Generalplan für Siel- und Schöpfwerke, sind wichtige Schritte, über die man diskutieren muss. Ob all diese Maßnahmen natürlich immer unter Ihrem Klimanarrativ stehen müssen, sei dahingestellt. Man könnte auch mit Realismus und Sachverstand an die Lösung der Probleme herangehen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast:

Als Nächstes hat der Redner der Fraktion der CDU das Wort. Dr. Schmäddeke, bitte schön!

(Beifall bei der CDU)

Dr. Frank Schmäddeke (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Herr Leddin, Frau Janssen-Kucz, Sie haben im Namen der regierungstragenden Fraktionen Ihren Hochwasserantrag zur ersten Beratung eben eingebracht. In Ihrem Antrag sind viele grundsätzliche Forderungen aufgeführt, die fachlich wirklich in die richtige Richtung weisen. Darum liegt es mir fern, hier und heute die klassische Keule der Fundamentallopposition zu schwingen.

(Meta Janssen-Kucz [GRÜNE]: Danke dir!)

Es kommt natürlich ein Aber.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

In unseren Augen geht Ihr Antrag an zentralen Stellen nämlich noch nicht weit genug; denn konkrete Handlungsanweisungen werden nur wenige aufgeführt. Ich bin mir nicht sicher, ob die eher allgemeinen Formulierungen in Ihrem Antrag wirklich Ihre guten Vorschläge nach vorne bringen; denn er lässt klare Vorgaben vermissen.

Ich nenne Ihnen einige Ansatzpunkte, damit am Ende der Beratung gemäß Ihres Antragstitels tatsächlich „Niedersachsen zusammen gegen das Hochwasser“ steht, wir gemeinsam die Folgen der Fluten bekämpfen können und die richtigen Konsequenzen aus dem letzten verheerenden Hochwasser ziehen.

Dieses Hochwasser hat landauf, landab wirklich viel Schaden angerichtet. Es hat dazu geführt, dass sich betroffene Menschen gegenüber dieser Naturgewalt hilflos und alleingelassen gefühlt haben. Nur gut, dass die ca. 143 000 überwiegend ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer Schlimmeres verhindern konnten. Hierfür noch mal meinen und unseren allerherzlichsten Dank.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD, bei den GRÜNEN und von Omid Najafi [AfD])

Meine Damen und Herren, Anspruch dieses Antrages sollte sein, das Wohl und die Sicherheit der Menschen ohne Wenn und Aber in den Mittelpunkt zu stellen. Bei allem, was unser Handeln in Bezug

auf das Hochwasser, seine Vermeidung oder zumindest seine Abschwächung prägt, muss der Bevölkerungsschutz - das sage ich ganz deutlich - klar Vorrang vor anderen Zielen wie zum Beispiel Natur- und Denkmalschutz haben.

In Ihrem Antrag lese ich nur - Frau Meta Janssen-Kucz, Sie haben es eben auch gesagt -, dass die Maßnahmen zum Hochwasserschutz im Rahmen der Klimaziele zu priorisieren sind. Das ist gut, aber in unseren Augen nicht genug. Es löst nicht unser drängendstes Problem. Denn in Niedersachsen kommen viele Hochwasserschutzmaßnahmen einfach nicht voran und sind deshalb zum Dezember-Hochwasser auch noch nicht fertig gewesen.

Trotz der bekannten Gefahr wurde jahrelang diskutiert und vor Gericht gestritten, weil zum Beispiel ein Deich die Sicht auf ein Kulturdenkmal versperrt. Mit Prüfen, Abwägen, Optimieren und dem Initiieren - und hier zitiere ich - „einer Erhebung der Schäden des Hochwassers in der Landwirtschaft“ kommen wir nicht weiter oder – deutlicher - nicht weiter genug.

Wir müssen alle für den Bevölkerungsschutz notwendigen Bau- und Sanierungsmaßnahmen an unseren Hochwasserschutzanlagen umgehend angehen und fertigstellen. Wir müssen unsere Deiche sanieren, Nutria bejagen, die Deichschäuferei unterstützen, ein ordentliches Wolfsmanagement einführen und unsere Rückhaltesysteme und Retentionsflächen ertüchtigen.

(Beifall bei der CDU)

Und wenn Sie *jetzt* einen Antrag einbringen, dann muss man doch auch *jetzt* erkennen können, wie das, was darin steht, sofort umgesetzt werden soll.

Meine Damen und Herren, wir sprechen über Bevölkerungsschutz und damit über Maßnahmen, die den natürlichen Hochwasserschutz voranbringen. Also sprechen wir über zusätzliche Retentionsflächen, die wir brauchen, die aber überwiegend in Privatbesitz sind. Dazu müssen erstens zur nachhaltigen Entlastung der Deiche der Wasserrückhalt auf landwirtschaftlich und forstwirtschaftlich genutzten Flächen in Zusammenarbeit mit Eigentümern und Bewirtschaftern erweitert und verbessert werden und zweitens für die Einschränkungen und Belastungen im Falle von Wasserrückhalt auf Nutzflächen faire Ausgleichsmodelle entwickelt und verlässlich finanziert werden. Dazu, wie man zusätzliches - ich nenne es mal so - Polderpotenzial nutzbar macht und wie der Ausgleich erfolgen soll, steht nichts in Ihrem Antrag.

Meine Damen und Herren, was mich im Rahmen der vorangegangenen Diskussionen besonders erschreckt hat, ist, dass bei einigen hier im Hause scheinbar naturschutzfachliche Auflagen im Rahmen des notwendigen Deichbaus immer noch größer geschrieben werden als der Bevölkerungsschutz.

(Britta Kellermann [GRÜNE]: Jetzt geht's aber los!)

Ich zitiere hierzu meinen lieben Kollegen Herrn Schulz-Hendel vom Mittwoch im Plenum: Wenn mehr Flächen für Ausgleich und Ersatz im Bereich Neu Darchau zur Verfügung gestellt worden wären, wären wir mit der Umsetzung der Maßnahmen zum Hochwasserschutz schon viel weiter.

(Detlev Schulz-Hendel [GRÜNE]: Da fehlt noch was!)

- Es war aber richtig zitiert.

Herr Schulz-Hendel, Sie wissen genau, dass Grund und Boden ein knappes Gut sind und dass sich Grund und Boden einfach nicht vermehren lassen. Es ist schon schwer, zusätzliche Flächen für den Deichbau verfügbar zu machen. Der gleichzeitig bestehende Bedarf an Flächen für Ausgleich und Ersatz in dem Gebiet macht das Geschäft nicht leichter, wenn nicht sogar unmöglich. Drehen Sie diese Argumentation im Sinne des Bevölkerungsschutzes um, und stellen Sie die Umsetzung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen wenigstens zurück, oder setzen Sie sich dafür ein, dass man im Fall dieser Deichbaumaßnahmen vielleicht sogar ganz darauf verzichtet, um die Bevölkerung sicher schützen zu können. Das wäre ein pragmatischer Weg, der auch in diesen Antrag gehört.

Im Fall des von Ihnen beispielhaft genannten Neu Darchau stehen nämlich seit Langem die finanziellen Mittel für den Deichbau bereit. Im Hinblick auf den Antrag der regierungstragenden Fraktionen bin ich geneigt, meinen alten Englischlehrer noch einmal zu zitieren: Gut gedacht ist noch nicht gut gemacht.

Ich freue mich auf konstruktive Diskussionen im Fachausschuss und bitte Sie, Ihren Antrag bis zum Ende der Beratungen nachzuschärfen und zu konkretisieren. Ich freue mich auf ein gemeinsames Vorkommen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und von Gerd Huhn [SPD])

Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast:

Vielen Dank, Herr Dr. Schmädeke. - Auf Ihren Wortbeitrag gibt es eine Kurzintervention der Kollegin Janssen-Kucz.

Meta Janssen-Kucz (GRÜNE):

Vielen Dank. - Herr Kollege Schmädeke, erst mal am Anfang: Der Antrag ist ein Aufschlag. Ich habe Sie zur Zusammenarbeit eingeladen, auch im Namen der SPD-Fraktion. Wir können ihn garantiert besser und vielleicht auch noch runder machen. Wie es typisch ist, werden wir auch Anhörungen und Unterrichtungen entgegennehmen. Es ist auch das Ziel, dass wir einen Aufschlag haben, dass wir da besser werden, dass wir uns weiter, auch mit unterschiedlichen Akteuren, austauschen. Das ist das eine.

Das andere betrifft den Themenbereich Deichbau, Hochwasserschutz, Klimafolgenanpassung. Ich glaube, ich habe sehr deutlich gemacht: Dazu steht etwas im Klimagesetz. Dieses gilt seit dem 1. Januar 2024. Es ist eigentlich schade, dass es in Ihrer Regierungszeit mit der SPD nicht schon diesen Vorrang im Klimagesetz gegeben hat. Dann wären wir schon etwas weiter.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein weiterer Punkt sind die Retentionsflächen, die Polderflächen. Wir haben das erst einmal skizziert. Es ist selbstverständlich, dass noch sehr viele Gespräche geführt werden müssen, dass wir über Ausgleichsmodelle und auch über die Finanzierung nachdenken müssen, dass wir auch über Biotopverbände nachdenken müssen. Das beinhaltet sehr viel Arbeit für die unterschiedlichen Häuser, aber auch für uns im Ausschuss.

Wie gesagt: Ich lade Sie gern dazu ein, und ich freue mich weiterhin auf unsere konstruktive Zusammenarbeit.

Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast:

Vielen Dank. - Nun kommt die Fraktion der SPD an die Reihe.

(Dr. Frank Schmädeke [CDU]: Ich möchte erst antworten!)

- Entschuldigung. Der Kollege Dr. Schmädeke erwidert auf die Kurzintervention.

Dr. Frank Schmädeke (CDU):

Frau Präsidentin, vielen Dank. - Meine verehrten Damen und Herren! Frau Janssen-Kucz, wir wissen: Die Zeit drängt, und wir wissen, das nächste Hochwasser lässt nicht auf sich warten.

Ich habe heute diese Plenarsitzung schon genutzt, um ein paar Ansätze einzubringen und zu signalisieren, dass wir die Zusammenarbeit suchen, dass wir es zu einem guten Ergebnis führen wollen - und können.

Ich musste aber auch darauf hinweisen, dass man bestimmte Dinge auch schon in diesem Antrag hätte manifestieren können. Insoweit ist er mir zu weich formuliert. Das war mein erstes Ansinnen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU - Meta Janssen-Kucz [GRÜNE]: Sehr gut! Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit!)

Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast:

Aller guten Dinge sind drei. Nun hat die Kollegin Hanisch von der SPD-Fraktion das Wort. Bitte schön!

(Beifall bei der SPD)

Thordies Hanisch (SPD):

Sehr geehrte Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Das Hochwasser zur Jahreswende war fürchterlich: Keller laufen voll, Felder überfluten, Infrastruktur fällt aus. Das bedeutet Schäden an Haus und Gut, Kosten für Private, Wirtschaft und Staat.

Während einer solchen Überschwemmung arbeiten die Betroffenen an Schutzmaßnahmen und fragen sich permanent, ob das Wasser weiter steigt und was sie noch tun können. Da gibt es wenige ruhige Minuten und viel Angst. Für die Betroffenen ist das schrecklich.

Aber auf der anderen Seite hat dieses Hochwasser auch vieles verdeutlicht. „There is no glory in prevention.“ - Ich habe versucht, es zu übersetzen, aber das ist nicht so einfach. Vielleicht so: Vorsorge ist als Erfolg schlecht sichtbar. Oder: Es liegt kein Ruhm in der Prävention. - Die Schäden sind sichtbar, die vermiedenen Schäden sieht aber keiner. An dieser Stelle ist es auch unsere Aufgabe, das Unsichtbare sichtbar zu machen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ohne die Daten, die umfangreich erhoben werden, ohne die Werte zu Pegelständen, ohne die Bürokratisierung und ohne die Bindung von Fachkräften, die beobachten, berechnen, auswerten und vernetzen, ohne das Management, das dadurch - auch bei der frühzeitigen Steuerung der Talsperren - möglich wurde, hätten wir dieses Hochwasser nicht so gut bewältigt.

Ohne die vorhandenen Überschwemmungsflächen, die Polder, die Deiche, die von Behörden und Verwaltungen auf der Grundlage von Daten und Berechnungen ausgewiesen, geplant und umgesetzt werden, hätten wir andere Probleme gehabt.

Ohne das Geld, das wir - auch das ist nur mit einer gewissen Bürokratie möglich - zielgerichtet in den Katastrophenschutz, für Pumpen, Fahrzeuge, Schläuche und Ausrüstung stecken, ohne die Pläne, Abläufe, Konzepte und Strukturen hätte es ganz andere Schäden gegeben.

Klar ist und bleibt: Ohne die Menschen in unseren Behörden, im NLWKN, bei den Talsperren, bei der Polizei, die in dieser Zeit rund um die Uhr gearbeitet haben, um vorzuwarnen oder Talsperren zu managen und für Sicherheit zu sorgen, ohne die Menschen in den Kommunen, die sich unkompliziert unterstützten, wenn das Wasser in der Nachbarschaft auftauchte und Sandsäcke fehlten, ohne die Menschen im Ehrenamt, von den Feuerwehren und von den Hilfsorganisationen, dem THW und von den Rettungsdiensten, und ohne die fast unzählbaren spontanen Freiwilligen, die geräumt, Säcke gefüllt, gekocht, versorgt und unterstützt haben, wo sie konnten, ohne die Chefs und Chefinnen, die diese Leute unterstützt haben, sie unkompliziert freigestellt oder sie sogar ermutigt haben, zu helfen - ohne all diese Menschen hätte alles andere überhaupt nichts genutzt.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Dann hätte dieses Hochwasser für viele Betroffene ein ganz anderes Ende genommen, und die Schäden wären bedeutend höher ausgefallen.

Eine solche Lage bewältigt keine Partei, keine Behörde, kein Helfer und kein Bürger allein. Dies ist nur möglich, wenn alle an einem Strang ziehen. Das ist geschehen, und das ist der Grund, warum dieses Land so großartig ist. Allen Menschen, die einen Teil zu diesem Wert beigetragen haben, vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Zwei Dinge sind sicher: Wir als Gesellschaft werden auch zukünftig in solchen Situationen aufeinander angewiesen sein, und wir werden zukünftig immer mehr solcher Situationen erleben.

Die Temperatur der durchschnittlichen Tageshöchstwerte im Sommer ist schon jetzt über 2 Grad höher als in den 60er-Jahren. Wir haben schon wieder Wetterrekorde gebrochen - der wärmste Sommer, der niederschlagsreichste Dezember seit den Aufzeichnungen in Niedersachsen -, und wir werden weiter Wetterrekorde brechen.

(Alfred Dannenberg [AfD]: Und der wärmste Schnee! - Gegenruf von Wiard Siebels [SPD]: Das ist ja lustig! - Unruhe bei der SPD und bei den GRÜNEN)

- Ich lasse es noch kurz wirken. - Qualitative Wortäußerung!

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU)

Wir werden nicht jeden vor allem beschützen oder jeden Schaden ausgleichen können. Aber die Menschen in der Politik, die Abgeordneten, die Minister und Ministerinnen, der Ministerpräsident, die Mitarbeiter in Behörden und Verwaltungen werden weiterhin alles geben, um den Schutz so hoch wie möglich zu halten.

Das tun wir auch mit dem vorliegenden Antrag. Wir brauchen mehr Hilfsmittel für den Katastrophenschutz, für den Hochwasserschutz, mehr Flächen, die überflutet werden können, wir brauchen Wasser in Trockenzeiten für unsere Lebensmittel, wir brauchen Möglichkeiten, private und wirtschaftliche Schäden zu versichern. Aber vor allem brauchen wir weiterhin die Menschen, die beruflich, ehrenamtlich oder privat mit anpacken, eine Stärkung der Behörden, der Ehrenamtlichen und eine Erleichterung der Freistellung von Freiwilligen.

Wir werden nicht mehr dafür sorgen können, die Anzahl der Extremwetterereignisse zu verringern. Der Zug ist abgefahren; die Temperatur steigt, und sie steigt weiter, solange wir zu viele Klimagase ausstoßen. Aber wir werden alles tun, was wir gemeinsam tun können, damit dieser Zug nicht schneller wird und wir mit den Folgen leben können.

Ich wünsche mir, dass in 50 Jahren jemand hier steht und den Menschen sagen kann: There is no glory in prevention. Aber wir haben es geschafft, die Bremse so kräftig zu treten, dass der Zug angehalten hat, und wir haben es geschafft, die Folgen

durch Schutz und Anpassung so weit zu minimieren, dass wir hier weiter gut leben können. Das haben wir als Gesellschaft und mit all den großartigen Menschen in diesem Land geschafft.

Ich freue mich auf die Beratungen im Ausschuss. Wir können Anträge immer besser machen. Das tun wir in der Regel mit allen Fraktionen und den Experten, die dazu etwas Qualitatives beizutragen haben.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast:

Vielen Dank. - Für die Landesregierung möchte Klimaschutzminister Meyer sprechen. Bitte schön! Sie haben das Wort.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Christian Meyer, Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz:

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch ich möchte danken, zum einen für diesen Antrag von SPD und Grünen, zum anderen aber auch für die wohlwollende Unterstützung der CDU. Die gemeinsame großartige Leistung der Kommunen, des Landes und der über 140 000 Helferinnen und Helfer hat gezeigt, dass der Katastrophenschutz in Niedersachsen sehr gut aufgestellt ist.

Dafür übrigens auch ein Dank an die Vorgänger. Unter Boris Pistorius gab es in der Großen Koalition ein 40-Millionen-Sonderprogramm zur Stärkung des Katastrophenschutzes. Es war wichtig, dass hierdurch Investitionen und Beschaffungen vorgenommen worden sind.

Es war eine großartige Leistung von über 100 000 Menschen, dass wir keine größeren Deichbrüche zu verzeichnen und keine Menschenleben zu beklagen haben, dass wir diese Katastrophe mit dem, was menschenmöglich ist, am Ende doch bewältigen konnten. Dafür allen Helferinnen und Helfern vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Der Antrag will Konsequenzen für die Zukunft ziehen. Denn es ist nicht so, wie die AfD gerade wieder mit ihren Zwischenrufen gesagt und gemeint hat, wir sollten hier keine Klimanarrative bedienen.

(Stefan Marzischewski-Drewes [AfD]:
Ja! Genau!)

Wir sollen jetzt auch keine Überprüfung der Hochwasserflächen vornehmen.

Es gab auch eine riesige Sturmflut mit Schäden an den Inseln. Wir haben im Oktober diskutiert. Die Demokraten waren sich einig, dass wir unsere Deiche an der Küste erhöhen müssen. Nur weil es die AfD gibt, hört der Meeresspiegel ja nicht auf, zu steigen. Man kann das nicht wegdiskutieren.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Zu Ihrem Zwischenruf: Die paar Schneeflocken, die wir gestern hatten - ja, die hatten wir -, machen immer noch keinen kalten Winter. Wir haben eine Klimaerwärmung um 1,7 Grad in Niedersachsen, und der Dezember 2023 war der niederschlagsreichste Dezember seit Messbeginn in Niedersachsen.

(Zuruf von Stefan Marzischewski-Drewes [AfD])

In der Fläche fielen im letzten Monat des Jahres rund 155 l/m². Das ist die doppelte Menge. Im Harz an der Station Braunlage haben wir sogar 385 l/m² gehabt. Das sind Rekordwerte, wie es sie noch nie gab. Aber wenn es nach der AfD ginge, müsste man das alles nicht beachten: Das alles ist einfach nur Wetter. Deshalb will die AfD auch die Deiche nicht erhöhen, wie sie letztes Mal erklärt hat, weil man sie nicht anpassen muss,

(Zuruf von der AfD: Stimmt nicht!)

da es nach AfD-Meinung keinen Meeresspiegelanstieg gibt. - Das wäre sehr, sehr fahrlässig.

Wir haben auch Veränderungen im Land. Wir haben nämlich nicht mehr das Schneeschmelze-Hochwasser, das wir früher hatten - im Frühjahr schmolz der Schnee ab, der das Wasser gebunden hatte -, sondern wir haben jetzt Starkregenereignisse. Und das ist die Ursache, die alle Wetterforscherinnen und -forscher nennen. Deshalb ist es auch richtig, die Verordnungsgebiete für Überschwemmungsflächen gemeinsam mit den Kommunen zu überarbeiten, wie es im Antrag steht. Deshalb ist es auch richtig, zu schauen, wie wir den Flüssen wieder mehr Möglichkeiten geben können, wenn sie viel Wasser führen, und den Hochwasserschutz durch Polder, Überschwemmungsflächen, Auenentwicklung, Altarme, Retentionsräume zu stärken.

Denn wir müssen uns für zunehmende Starkregenereignisse in Niedersachsen wappnen. Und deshalb freue ich mich, dass es zumindest unter den Demokrat*innen einen großen Konsens darüber gibt, dass wir zum einen den Menschen, die von der Flut bedroht sind, jetzt helfen, dass wir zum anderen aber auch Lehren ziehen und weiter den Hochwasser- und Katastrophenschutz in Niedersachsen modernisieren.

Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast:

Herr Minister Meyer, ich habe die ganze Zeit auf ein Luftholen gewartet. Entschuldigen Sie bitte! Der Kollege Bothe hat den Wunsch, eine Zwischenfrage zu stellen.

Christian Meyer, Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz:

Nein, ich lasse keine Zwischenfragen von Klima-Leugnern zu.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Frau Janssen-Kucz hat es angesprochen, und Sie, Herr Schmädeke, haben es auch noch einmal erwähnt. Ich habe hier im Dezember-Plenum zum Klimagesetz gesagt: Alle Deichbaumaßnahmen haben Vorrang.

Dieser Landtag hat übrigens auch das Denkmalschutzgesetz geändert. Ich kann mich noch erinnern, wie ich gesagt habe, dass man, wenn man einen Deich erhöht, nicht sagen kann: Deswegen ist aber die Sichtachse auf einen Leuchtturm gefährdet.

Deshalb haben wir gesagt: Nein, Hochwasser- und Deichschutz haben allerhöchste Priorität. Übrigens vor allen anderen Interessen - nicht nur Denkmalschutz, auch Naturschutz. Der Schutz der Menschen vor Hochwasser geht für diese Landesregierung vor, und daran werden wir arbeiten.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast:

Vielen Dank.

Die Beratung ist abgeschlossen. Wir kommen nun zur Ausschussüberweisung.

Federführend soll der Ausschuss für Umwelt, Energie und Klimaschutz sein. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Einstimmig. Mitberaten sollen der Ausschuss für Inneres und Sport,

der Ausschuss für Haushalt und Finanzen, der Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung und der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Wer auch das so möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Vielen Dank.

Wir kommen zu:

Tagesordnungspunkt 32:

Erste Beratung:

Frauen und Mädchen jetzt vor Gruppenvergewaltigungen schützen! - Dunkelfeld aufklären und mehr Rechtssicherheit schaffen! - Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 19/3360

Die Einbringung übernimmt die Kollegin Frau Schülke. Bitte schön!

(Beifall bei der AfD)

Jessica Schülke (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Herren, werte Damen! In dem Antrag der AfD-Fraktion, den ich heute vorstelle, geht es hauptsächlich um den Schutz von Frauen und Mädchen vor Gruppenvergewaltigungen, außerdem darum, das Dunkelfeld zu benennen und vor allem mehr Rechtssicherheit zu schaffen.

Seit zehn Jahren steigt nach Daten der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) die Zahl der an Frauen begangenen Vergewaltigungen in erheblichem Maße an. Mit den Vergewaltigungen gehen schwere bleibende Körperverletzungen, seelische Traumata und spätere Suizidversuche der Opfer einher.

Der dramatische Anstieg von Vergewaltigungen an Frauen und Mädchen durch Männergruppen in bisher unbekanntem Ausmaß war in unserem europäischen Kulturkreis bislang äußerst selten festzustellen. Unter Berufung auf die letztjährigen Zahlen der PKS in Deutschland gab es in den Jahren 2015 bis 2022 mehr als 7 000 angezeigte Fälle von Vergewaltigung, sexueller Nötigung und sexuellen Übergriffen durch Asylmigranten.

Täglich werden in unserem Land zwei Mädchen oder Frauen, überwiegend Deutsche, Opfer einer Vergewaltigung, die durch mehrere Täter gemeinschaftlich begangen wird. Zwei pro Tag!

Demgegenüber werden laut BKA lediglich 10 % der Vergewaltigungen polizeilich angezeigt und ver-

folgt. Das heißt, 90 % dieser Taten liegen im Dunkeln. Bei diesen sexuellen Straftaten sticht die Überrepräsentation männlicher Asilmigranten, hauptsächlich aus Afghanistan, Syrien, der Türkei und dem Irak, geradezu hervor.

Werte Kollegen, in Deutschland läuft etwas gewaltig schief.

(Beifall bei der AfD)

Deshalb ist für mich völlig unverständlich, dass die Politik auch hier in Niedersachsen auf eine so lange bestehende Gewaltentwicklung noch immer nicht reagiert hat. Das deutsche Strafgesetzbuch (StGB) sieht in § 177 im Bereich „Sexueller Übergriff; sexuelle Nötigung; Vergewaltigung“, penibel gestaffelt nach der Schwere der Straftat, detaillierte Strafen vor. - So weit die Theorie.

In der Praxis, so mein Eindruck, wird es von der Öffentlichkeit anders wahrgenommen. Die aktuellen Berichte der öffentlich-rechtlichen und anderer Medien lassen keinen Zweifel daran, dass den geschundenen Opfern selten Gerechtigkeit widerfährt. Um nur zwei Beispiele aus Niedersachsen zu nennen: Die Vergewaltigung einer 15-Jährigen in Osnabrück - syrischer Täter erhält Bewährung. Die Vergewaltigung einer jungen Frau in Northeim - der Täter wird freigesprochen. In einigen Gerichtsprozessen zeigten die Täter selbst während des Prozesses keinerlei Reue und brüsteten sich sogar mit ihren Untaten.

Ein weiteres unausgesprochenes Tabu im Bereich der Sexualstraftaten an Mädchen und Frauen muss auf den Tisch. Wo ist bei diesen krassen Zuständen der eigenverantwortliche Beitrag der unzähligen, auch von Steuergeldern finanzierten Moscheevereine und Kulturverbände? Sollte ein friedliches und sicheres Zusammenleben nicht im Interesse aller Bürger sein?

Für uns gilt: Keine einzige Frau und kein einziges Mädchen in Deutschland darf mehr Opfer eines sexuellen Übergriffes oder einer Gruppenvergewaltigung werden.

(Beifall bei der AfD)

Deshalb fordern wir von der AfD-Fraktion die Landesregierung auf, den Tatbestand der Gruppenvergewaltigung endlich als eigene Kategorie in der PKS des Landes Niedersachsen zu erfassen und hinsichtlich der häufigsten Herkunftsländer von ausländischen Vergewaltigungstätern die regional entsprechenden Kulturvereine, Religionsgemeinden

und Moscheevereine einzubinden, außerdem einzufordern, dass diese ihren Mitgliedern die in Deutschland geltenden Frauenrechte und die Gesetzeslage vermitteln.

Des Weiteren fordern wir die Landesregierung dazu auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, eine Strafrechtsreform auf den Weg zu bringen, mit dem Ziel, auch hier den Begriff der Gruppenvergewaltigung in das Sexualstrafrecht einzuführen und hierfür eine Freiheitsstrafe von nicht unter drei Jahren vorzusehen, außerdem eine Reform des Jugendstrafrechts zu veranlassen sowie eine Reform des Ausländerrechts auf den Weg zu bringen, mit dem Ziel, dass Ausländer, die wegen einer Gruppenvergewaltigung rechtskräftig verurteilt wurden, nach Verbüßung der Haftstrafe das Aufenthaltsrecht regelmäßig verlieren und in ihre Heimatländer oder in aufnahmebereite, sichere Drittstaaten abgeschoben werden.

(Beifall bei der AfD)

Ich sage es noch einmal, werte Kollegen: In Deutschland läuft etwas gewaltig schief! Während sich unser einst so friedliches Land in eine Kampfzone verwandelt, wurde zu allem Übel auch noch das Chancen-Aufenthaltsrecht eingeführt. Dieses hat offensichtlich das Ziel, möglichst Hunderttausenden Ausreisepflichtigen in diesem Land dauerhaftes Bleiberecht zu ermöglichen, und zwar samt Familiennachzug. Dieses Abschiebungsverhinderungsgesetz ist ein weiterer Schlag für die Lebenssicherheit der Mädchen und Frauen in unserem Land.

(Beifall bei der AfD)

Dieser Kontroll- und Rechtsstaatsverlust muss ein Ende haben.

Ich bin sehr gespannt auf die weiteren - - -

(Meta Janssen-Kucz [GRÜNE]: Sie verstehen den Rechtsstaat nicht! Das ist Ihr Problem!)

- Frau Janssen-Kucz, ich bin sehr gespannt auf die weiteren Beratungen zu unserem Antrag hier und in den Ausschüssen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Barbara Otte-Kinast:

Vielen Dank. - Der nächste Redner kommt aus der Fraktion der SPD: der Kollege Saade. Bitte schön!

(Beifall bei der SPD)

**(Vizepräsidentin Sabine Tippelt
übernimmt den Vorsitz)**

Alexander Saade (SPD):

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Jede Vergewaltigung bedeutet ein tiefe körperliche und seelische Verletzung. Keine Frau sollte so etwas über sich ergehen lassen müssen.

Angesichts der unsäglichen Folgen für die Opfer sexuellen Missbrauchs jedweder Form erschüttert es uns umso mehr, dass die AfD es erneut geschafft hat, wider jedes Anstandsgefühl auch dieses Thema für rassistische Hetze zu instrumentalisieren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zurufe von der AfD)

Der Antrag ist durchgezogen von Fremdenfeindlichkeit, bewusster Manipulation und Angstmacherei. Die von Ihnen verwendeten Zahlen und Begriffe sind zudem nicht korrekt oder aus dem Zusammenhang gerissen.

Zu ihrem Wording bezüglich „Gruppenvergewaltigungen“: Juristisch korrekt wäre die Bezeichnung „gemeinschaftlich begangene Vergewaltigungen“. Das macht auch schon deutlich, dass Ihre Forderung nach einem eigenen, neuen juristischen Begriff vollkommen obsolet ist. Eine von Ihnen dargestellte Lücke im Strafrecht ist auch nicht ersichtlich.

Ich weiß, dass Sie mit der Polizeilichen Kriminalstatistik das eine oder andere Mal Interpretationsprobleme haben. Aber ich bin ja Freund und Helfer und helfe auch Ihnen gerne.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die Polizeiliche Kriminalstatistik ermöglicht nämlich bereits jetzt - und zwar für alle Deliktsbereiche, also auch Sexualdelikte - eine Unterscheidung zwischen allein handelnden Tätern und gemeinschaftlicher Tatbegehung. Ihre Forderung nach Veränderungen in Polizeilichen Kriminalstatistik ist somit ebenfalls obsolet.

Soweit es um die Herkunftsländer der Täter geht, nehmen Sie bitte eines mit auf den Weg: Ob der Täter außerhalb Europas oder in Magdeburg geboren ist, macht für das Leiden der Opfer keinen Unterschied.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die Bekämpfung von Kriminalität sollte sich deswegen auf das individuelle Fehlverhalten konzentrieren und nicht auf eine bestimmte Gruppe von Menschen abzielen. Keine Frau sollte vergewaltigt werden, egal von wo der Täter stammt.

Sie heben die Nationalität oder ethnische Herkunft von Tätern in diesem Kontext gezielt hervor, um Vorurteile und Vorverurteilungen zu schüren. Sie fordern, Kulturvereine, Religionsgemeinden und Moscheevereine einzubinden und hiervon die Gewährung von Fördergeldern abhängig zu machen. Wie sehen eigentlich Ihre Pläne für die größte Tätergruppe - die der Deutschen - aus? Sollen wir den evangelischen Kirchen oder der katholischen Kirche die Steuereinnahmen kürzen?

(Jens-Christoph Brockmann [AfD]: Das ist nicht die größte Tätergruppe! Deutsche, die Muslime sind! - Jessica Schülke [AfD] meldet sich zu einer Kurzintervention)

Werfen wir zu Ihrer diesbezüglichen Forderung doch einmal einen Blick in das Aufenthaltsgesetz! In § 43 finden Sie, dass der Integrationskurs vom BAMF koordiniert und durchgeführt wird und sich selbiges hierzu auch privater und öffentlicher Träger bedienen kann. Da ist dann vielleicht auch ein Verein dabei, den Sie angesprochen haben. Im Integrationskurs werden die von Ihnen geforderten Frauenrechte und auch die Rechtsordnung schon heute vermittelt.

Verehrte Damen und Herren, liebe Kollegen von der AfD, hören Sie einmal genau zu und schauen Sie sich vielleicht auch einmal das Rahmencurriculum des Integrationskurses genauer an! Ich bin mir ganz sicher, dass das auch für Sie eine Horizonterweiterung wäre. Da gibt es ganz spannende Dinge, zum Beispiel Gleichberechtigung, Toleranz. Aber auch die Werte der Demokratie werden da vermittelt. Schauen Sie mal rein!

(Jessica Schülke [AfD] meldet sich weiterhin zu einer Kurzintervention)

Vizepräsidentin Sabine Tippelt:

Herr Saade, Frau Schülke hat eine Kurzintervention. - Liebe AfD, ich habe das gesehen und habe den Redner aussprechen lassen. - Herr Bothe, Sie brauchen mich hier auf nichts aufmerksam zu machen.

(Klaus Wichmann [AfD]: Zwischenfrage oder Kurzintervention?)

Wir machen das, wenn Herr Saade fertig ist.

(Klaus Wichmann [AfD]: Aber das ist doch normal! Wann denn sonst?)

So, bitte, machen Sie weiter!

(Beifall bei der SPD)

Alexander Saade (SPD):

Kommen wir zu der populistischen Forderung nach einem höheren Strafraum! Dieser liegt im Falle einer gemeinschaftlichen Vergewaltigung bereits jetzt bei mindestens zwei bis zu 15 Jahren. Bei Erfüllung bestimmter Voraussetzungen ist auch jetzt schon eine Mindeststrafe von drei oder fünf Jahren möglich.

(Zuruf von der AfD: Plus Bewährung!)

- Ich höre da gerade: „Plus Bewährung!“ Das ist Quatsch. Bei einer Mindeststrafe von drei Jahren - - -

(Zurufe von der AfD: Aber bei zwei Jahren!)

- Hören Sie einfach zu! Ich denke, es hilft Ihnen.

Die Strafe ist bis zu 15 Jahre. Mit Ausnahme der lebenslangen Freiheitsstrafe für Mord ist das bereits jetzt das höchste Strafmaß im deutschen Recht.

Lassen Sie mich auch noch kurz auf Ihren Wunsch nach einer Reform des Jugendstrafrechts eingehen! Das wesentliche Merkmal des Jugendstrafrechts ist, dass jugendliche Täter nicht nur bestraft, sondern auch erzogen und sozialisiert werden sollen. Was Sie verlangen, sind aber Strafen und Vergeltung rein nach Bauchgefühl.

Sie haben in Ihrem Text zum Jugendstrafrecht Beispiele aus Hamburg aufgeführt. Dazu müssen wir ganz klar sagen: Sie kennen den Sachverhalt überhaupt nicht, und wenn Sie ihn überhaupt kennen, dann nur extrem lückenhaft, weil die Öffentlichkeit bei diesen Verfahren gar nicht dabei ist. Auch das ist ja ein Merkmal des Jugendstrafrechts, dass man die Opfer schützen möchte.

(Stephan Bothe [AfD]: War alles nicht so schlimm, oder?)

- Nein, Sie verstehen es - - -

(Stephan Bothe [AfD]: Ist das Opfer schuld?)

Vizepräsidentin Sabine Tippelt:

Herr Bothe, ich sage es Ihnen jetzt noch einmal:

(Stephan Bothe [AfD]: Ist das Opfer schuld, Herr Saade?)

Das Wort hat Herr Saade und nicht Sie.

(Stephan Bothe [AfD]: Das ist das Problem!)

Alexander Saade (SPD):

Herr Bothe, Sie können gerne gleich nach vorne kommen.

Ich weiß, dass Sie den Sachverhalt nicht kennen. Sie kennen den Sachverhalt nicht und können ihn deswegen auch gar nicht beurteilen, weil er nämlich nicht öffentlich war.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Stephan Bothe [AfD]: Aber Sie!)

- Herr Bothe, wenn Sie reden wollen, dann kommen Sie gerne nach vorne! Nehmen Sie die Wortmeldekarte! Dann geht das vielleicht.

Die Öffentlichkeit war von dem Verfahren ausgeschlossen. Sie wissen überhaupt nichts. Das war ein reiner Indizienprozess. Dass die Öffentlichkeit von solchen Prozessen ausgeschlossen, hat einen guten Grund. Der Tatvorgang entzieht sich jedenfalls völlig Ihrer Kenntnis.

Zum Glück ist für die Strafzumessung das Gericht zuständig und nicht irgendwelche Empörungspolitiker,

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

die weder der Hauptverhandlung beigewohnt haben noch irgendwelche Strafzumessungsgründe des Gerichts im Einzelnen kennen oder gar verstehen können.

Abschließend noch ganz kurz zu Ihrer Forderung nach einer Reform des Ausländerrechts: Auch hier sehen wir Populismus in Reinkultur. Das Aufenthaltsgesetz bietet nämlich schon heute die Möglichkeit, Sexualstraftäter auszuweisen,

(Zuruf von der AfD: Machen!)

und in Niedersachsen ist das längst gelebte Praxis.

Alles in allem laufen Ihre Forderungen allesamt ins Leere.

Ich empfehle einen Besuch in der Landtagsbibliothek. Da finden Sie neben Gesetzen und Verordnungen auch umfassende Erläuterungen. Vielleicht hilft das dem einen oder anderen ja.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Sabine Tippelt:

Herzlichen Dank, Herr Saade. - Jetzt kommen wir zu Frau Schülke, zu einer Kurzintervention von der AfD. Bitte!

(Beifall bei der AfD)

Jessica Schülke (AfD):

Frau Präsidentin, vielen Dank. - Werte Kollegen! Werter Herr Kollege, werte Kollegen von der SPD und den Grünen - den Regierungsparteien -, selbstverständlich kritisiere ich nicht die Rechtsprechung. Aber ich habe gesagt, wie es die Öffentlichkeit nun einmal wahrnimmt. - Das ist die eine Sache.

Es ist außerdem beschämend, dass wir als Opposition - wir als Opposition! - einen solchen Antrag hier einbringen müssen.

(Zuruf von der AfD: So ist es!)

Das hätte schon längst von Ihnen, von Ihren Fraktionen, gemacht werden müssen, auf den Weg gebracht werden müssen. Denn Sie stehen in der Regierungsverantwortung.

Stattdessen hält Ihre Bundesministerin, Frau Faeser, alle Türen und Tore weiterhin auf für illegale Einwanderung.

Vizepräsidentin Sabine Tippelt:

Frau Schülke, ich muss Sie jetzt mal unterbrechen. Sie wissen, was eine Kurzintervention ist? Eine Kurzintervention zu dem Redner, der vor Ihnen gesprochen hat?

(Zurufe von der AfD: Macht sie doch!)

Bitte schön!

Jessica Schülke (AfD):

Außerdem muss ich noch eines hinzufügen: So oft, wie Sie die Begriffe „rechtsextremistisch“, „Nazi“, „Faschist“ benutzen, zweifle ich daran, dass Sie die Tragweite dieser Begriffe verstehen.

(Zurufe von der SPD: Hä? - Es wurde kein einziger dieser Begriffe erwähnt! - Antonia Hillberg [SPD]: Wie reagieren

Sie mit diesem Beitrag auf den Beitrag des Vorredners?)

Vizepräsidentin Sabine Tippelt:

Frau Schülke, ich mache Sie noch einmal darauf aufmerksam: In einer Kurzintervention können Sie auf das eingehen, was der Vorredner gesagt hat. Was Sie eben gesagt haben, hat der Vorredner *nicht* gesagt.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Antonia Hillberg [SPD]: Das ist unanständig!)

Jessica Schülke (AfD):

Ist Ihnen eigentlich klar, dass Sie mit den Aussagen, die Sie hier ständig gegen uns tätigen, den Nationalsozialismus und den Holocaust verharmlosen und verhöhnern?

Vizepräsidentin Sabine Tippelt:

Frau Schülke, setzen Sie sich bitte wieder hin!

(Die Präsidentin schaltet der Rednerin das Mikrofon ab - Jessica Schülke [AfD]: Ist Ihnen das klar? Vielen Dank! - Beifall bei der AfD)

Das war keine Kurzintervention.

(Antonia Hillberg [SPD]: Was war das? - Weiterer Zuruf: Die hat sich das vorher aufgeschrieben!)

Wir kommen zur nächsten Rednerin: von der CDU-Fraktion Frau Butter. Sie haben das Wort.

(Beifall bei der CDU)

Birgit Butter (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich muss ganz ehrlich sagen: Ich finde, so ein Theater bei so einem traurigen Thema ist dieses Hauses nicht würdig.

(Beifall bei der SPD, der CDU, den GRÜNEN und der AfD)

Das Schlimmste, Perfideste, Erniedrigendste, was einem Mädchen, einer Frau angetan werden kann, ist, sie zu vergewaltigen. Wir werden vom Subjekt zum Objekt, zum Objekt von sexuellen Fantasien, zum Objekt der Lust und Begierde, zum Objekt von Macht, zum Objekt tiefster Verachtung. Dieses abscheuliche und verwerfliche Tun wird noch potenziert, wenn es sich nicht nur um einen, sondern um mehrere Täter handelt, die sich gegenseitig anfeu-

ern, anpeitschen, abwechseln. Diese Gruppenvergewaltigungen sorgen regelmäßig für Entsetzen. Das Phänomen steigt an, und davor dürfen wir die Augen nicht verschließen.

Was haben diese Verbrechen aber mit Migration aus bestimmten Ländern zu tun? - Die Debatte über die Frage, inwieweit das Phänomen der Gruppenvergewaltigungen mit der Migration zu tun hat, hat spätestens seit den Ereignissen in der Silvesternacht 2015 in Köln begonnen. Während die AfD dazu neigt, die Gewalt einzig auf Ausländer, namentlich Asylsuchende, zurückzuführen - als ob Deutsche niemals zu solchen Taten fähig wären -, versucht Rot-Grün, jeglichen Zusammenhang zu verneinen.

Gerade in den sozialen Netzwerken werden die Taten politisch instrumentalisiert. Man hat es heute auch hier gesehen. Für die einen sind sie allein das Ergebnis deutscher Einwanderungspolitik, die anderen verurteilen solche Deutungen als rassistisch. Doch wo liegt die Wahrheit? - Die Wahrheit liegt bekanntlich in der Mitte. Probleme, die es nachweislich gibt und die mit Zahlen belegt werden können, dürfen nicht weggewischt oder wegdiskutiert werden. Wir müssen uns ihnen stellen, aber nicht populistisch, nicht oberflächlich, nicht mit Pauschalierung, nicht mit dem Suggestieren einfacher Lösungen.

(Beifall bei der CDU)

Ein guter und wichtiger Schritt, meine Damen und Herren, wäre es gewesen, wenn sich die Ampelregierung bei der Verabschiedung der Europäischen Gewaltschutzrichtlinie Mitte der Woche nicht quer gestellt hätte, die nämlich ursprünglich eine einheitliche Definition von Vergewaltigung vorsah. Das hätte bei der rechtlichen Bewertung allerdings sehr geholfen. Denn was genau eine Vergewaltigung ist, unterscheidet sich in der EU von Land zu Land. Bestrebungen nach einer einheitlichen Definition scheiterten aber auch am Widerstand der Ampelregierung. Die Botschaft, die von der EU-Gewaltschutzrichtlinie ausgehen sollte, wurde von Deutschland unterhöhlt: Vergewaltigung sollte in der gesamten Europäischen Union strafbar werden, nicht erst, wenn Gewalt ausgeübt wird, sondern auch, wenn der Akt gegen den Willen der Frau geschieht.

(Beifall bei der CDU)

Europa soll ein Ort sein, an dem „Gewalt gegen Frauen verhindert, verurteilt und verfolgt wird, wenn

sie geschieht“, so die Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. Nun wird es unter anderem dank der deutschen Bundesregierung eine europaweite Verfolgung von Vergewaltigungen in einheitlichen Maßstäben in absehbarer Zeit erst einmal nicht geben. Ein Fehler - und was für ein fatales Signal der Bundesregierung gegenüber uns Frauen!

Meine Damen und Herren, auch Videoüberwachung könnte viel zur Eindämmung von Sexualstraftaten beitragen. Mir ist bewusst, dass Videotechnik kein Allheilmittel ist. Wir sollten sie jedoch nicht von vornherein verteufeln. Denn sie kann einen entscheidenden Beitrag zu mehr Sicherheit leisten. Damit meine ich nicht nur, dass sie hilft, Straftäter zu identifizieren, festzunehmen und zu bestrafen. Videoüberwachung kann Straftaten verhindern. Es gibt mittlerweile Formen der Videoüberwachung, die mit KI arbeiten, die deliktspezifisch und differenziert Situationen erkennen können, sodass die Möglichkeit besteht, dass die Tat verhindert bzw. in jedem Fall besser aufgeklärt werden kann.

Bei dem Pilotprojekt des Fraunhofer-Instituts zum intelligenten, algorithmenbasierten Videoschutz in Mannheim geht es um die Bekämpfung von Straßenkriminalität im öffentlichen Raum. Das Gesicht bzw. die Identität einer Person spielt dabei keine Rolle, sondern lediglich deren Verhaltensmuster. Der Computer erkennt automatisch bestimmte Verhaltensmuster, die auf Straftaten hindeuten.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, die CDU wird sich auch mit diesem AfD-Antrag im Innenausschuss sachlich auseinandersetzen. Die Zielrichtung von rechts außen ist aber wie gewohnt die gleiche und springt zu kurz. Denn die Mehrzahl der Sexualstraftäter sind Deutsche. Auch unter Einheimischen gibt es Gruppen, die, so belegen Studien, grob empathie- und rücksichtsloses Verhalten gegenüber Frauen zeigen. Ich warne davor, dieses sensible Thema politisch zu instrumentalisieren.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Sabine Tippelt:

Herzlichen Dank, Frau Butter. - Die nächste Wortmeldung liegt mir von Bündnis 90/Die Grünen vor. Frau Weippert, Sie haben das Wort.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nadja Weippert (GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleg*innen! Jede Vergewaltigung, jede Gewalttat gegen Frauen und andere Menschen in diesem Land ist eine zu viel. Gewalt ist grundsätzlich zu verurteilen, und mit Blick auf diesen Antrag fühlen wir natürlich insbesondere mit allen Frauen, die Opfer von Gewalt geworden sind. Und wir sitzen hier auch alle, um das gemeinsam zukünftig zu verhindern und die Voraussetzungen für den Schutz von Frauen hier in Deutschland weiter zu verbessern. Wir tun das auch, indem wir uns an die Istanbul-Konvention halten.

Aber: Keine fünf Monate ist es her, dass der Niedersächsische Landtag den Antrag der AfD „Schutz von Frauen und Mädchen hat oberste Priorität - mehr Sicherheit im öffentlichen Raum schaffen!“ in der Drucksache 19/875 aus sehr guten Gründen abgelehnt hat, da bringt die AfD erneut einen Klassiker aus ihrem Programm „Angst für Deutschland“ hier im Parlament ein. Wieder werden in perfider Weise nicht nur rassistische Ressentiments, sondern vor allem Ängste der Frauen in unserem Land weiter geschürt und für populistische Zwecke missbraucht.

Oder haben wir diesen Antrag hier vielleicht vorliegen, um von anderen, insbesondere Straftaten Rechtsgesinnter gegenüber Frauen abzulenken?

(Zurufe von der AfD)

Bekanntermaßen ist Gewalt gegen Frauen vielseitig und systemisch in unserer patriarchal geprägten Gesellschaft verankert. Dabei zeigen sich gerade in der rechtsextremistischen Szene, in der sich die antragstellende Fraktion bekanntlich gut auskennt, immer wieder Antifeminismus und Frauenhass als verbindende Elemente. Attentate wie die von Isla Vista, Utøya, Christchurch, aber auch von Halle und Hannover haben das öffentliche Bewusstsein für die Gefahren erhöht, die rechter Terror für Frauen hat. Abseits der medial wahrgenommenen verheerenden Terroranschläge wird leider zu wenig über geschlechtsbezogene Ideologien und die Abwertung von Weiblichkeit in rechtsextremen Milieus gesprochen.

Die renommierte Amadeu Antonio Stiftung hat dazu eine Expertise erarbeitet,

(Lachen bei der AfD - Stephan Bothe [AfD]: Renommiert! - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

die Einblick in die ideologische Rahmung gibt, innerhalb derer sich das rechtsextreme Geschlechterverständnis, der männliche Überlegenheitsanspruch und die daraus resultierende sexistische Gewalt entwickeln. Darin werden Fälle betrachtet, die von extrem rechter Gewalt gegen Frauen, deren Sexualität von den Tätern als „abweichend“ verstanden wird, über Gewalt gegen politische Gegnerinnen, sogenannte Beziehungstaten als Ausdruck sexistischer Elemente des Weltbildes rechtsextremer Täter bis zu sexistischer rechter Gewalt mit intersektionaler Dimension sowie Gewalt gegen effeminierte Männlichkeiten reichen.

(Klaus Wichmann [AfD]: Sagen Sie auch noch etwas zum Antrag, oder ist das hier eine freie Rede? Man muss schon zur Sache sprechen!)

Die Rolle der Frau ist gerade in völkisch-nationalen Kreisen die des schwachen Geschlechts, das für Haushalt und Kinder zu sorgen hat.

(Klaus Wichmann [AfD]: Kommen Sie noch zur Sache? Das hat doch mit dem Antrag nichts zu tun, Frau Präsidentin! - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Sabine Tippelt:

Frau Weippert, warten Sie bitte einen Moment!

Herr Wichmann, es bringt nichts, wenn Sie jetzt dazwischenreden. Welche Rede die Rednerin hält, ist ihr überlassen,

(Klaus Wichmann [AfD]: Das stimmt nicht! Schauen Sie in die GO! Man muss zur Sache sprechen, und das ist nicht mehr zur Sache!)

Sie kann dazu reden, wie sie es für richtig hält.

(Klaus Wichmann [AfD]: Das nächste Mal nehme ich Sie beim Wort!)

Ich bitte jetzt um Ruhe! - Bitte, Frau Weippert!

Nadja Weippert (GRÜNE):

Alle Ergebnisse der Erhebung der Amadeu Antonio Stiftung legen ein erhöhtes Gefährdungspotenzial durch rechtsextreme Personen nicht nur von Frauen, sondern auch von queeren, Inter- und Transpersonen nahe, denen die extrem rechte Ideologie die Existenzberechtigung abspricht.

Wo bleibt also ein Antrag der AfD in Bezug auf rechte Gewalt gegen Frauen? Wenn die AfD wirklich etwas gegen Gewalt gegen Frauen unternehmen wollte, wäre es vermutlich das Effektivste, erst einmal vor der eigenen Haustür zu kehren.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Sabine Tippelt:

Danke, Frau Weippert. - Es kommt zu einer Kurzintervention. Frau Schülke, bitte!

(Beifall bei der AfD)

Jessica Schülke (AfD):

Werte Frau Präsidentin, vielen Dank. - Werte Frau Kollegin Weippert, wir sprechen hier von zwei Gruppenvergewaltigungen *pro Tag*. Das, was Sie hier machen, ist wieder ein Ablenkungsmanöver.

(Stephan Bothe [AfD]: So ist es!)

Sie reden hier vom Links-Rechts-Spektrum und klar am Thema vorbei. Wir möchten Opfer verhindern. Wir wollen weitere Opfer verhindern. Kommen Sie doch bitte Ihrer Verantwortung als Regierungspartei endlich nach!

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Sabine Tippelt:

Weitere Wortmeldungen liegen mir zu diesem Tagesordnungspunkt nicht vor. Wir kommen zur Ausschussüberweisung.

Der Ausschuss für Inneres und Sport soll sich mit dem Thema befassen. Wer dem so zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Dann ist das so beschlossen.

Wir kommen jetzt zu:

Tagesordnungspunkt 33:

Erste Beratung:

Ein Beitrag zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung: Äquivalente und transparente Landesförderung für Niedersachsens staatlich anerkannte Ersatzschulen - Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 19/3361

Zur Einbringung hat sich Herr Rykena von der AfD-Fraktion gemeldet.

(Beifall bei der AfD)

Harm Rykena (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Sehr geehrte Damen und Herren! Etwa 55 000 Schüler besuchen in Niedersachsen eine von mehr als 850 Schulen in freier Trägerschaft. Diese Schulen stellen mithin einen wichtigen Pfeiler in der niedersächsischen Schullandschaft dar. Besonderen pädagogischen Konzepten kann so Raum gegeben werden. Es gibt Bekenntnisschulen, Fachschulen mit besonderen beruflichen Schwerpunkten und vieles weitere mehr. Im Bereich der Förderschulen mit dem Schwerpunkt für sozial-emotionale Entwicklung leisten Schulen in privater Trägerschaft zum Beispiel einen zentralen Beitrag zur schulischen Versorgung in unserem Bundesland.

Doch die Schulen in freier Trägerschaft klagen seit Jahren über die nicht ausreichende Finanzierung ihrer Leistungen durch das Land Niedersachsen. Diese Klagen kommen immer häufiger und werden immer dringlicher. Glaubt man den Aussagen der Träger, so sind etliche Einrichtungen akut in ihrem Bestand gefährdet. Doch ein Wegbrechen dieser wertvollen Bildungseinrichtungen können wir uns in keinem Fall leisten.

Das Recht auf Einrichtung von Ersatzschulen in freier Trägerschaft ist in Artikel 7 Abs. 4 Grundgesetz festgehalten. Dort ist allerdings auch vorgegeben, dass es keine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern geben darf. Aus diesem Sonderungsverbot hat das Bundesverfassungsgericht eine staatliche Schutz- und Förderpflicht abgeleitet und den Staat zu einer Sicherung des Existenzminimums der Institutionen verpflichtet.

Doch was ist ausreichend für das Existenzminimum der Ersatzschulen? Darüber streiten sich die Verbände und das Land seit Jahren. Ich möchte sogar noch weitergehen: Ist es aus Sicht des Staates sinnvoll, lediglich das Existenzminimum zu sichern, oder wäre es im Interesse von guter Schule notwendig, angemessen darüber hinauszugehen?

Im Letter of Intent, der 2022 kurz vor Ende der vergangenen Legislaturperiode von den selbsternannten demokratischen Fraktionen gemeinsam auf den Weg gebracht wurde, ist der Pfad zu einer transparenten Lösung des Problems zwar angelegt, doch

erste terminliche Ecksteine des Papiers wurden bereits gerissen. Derzeitiger Stand ist daher, dass ab 2025 eine Übergangsfrist - ab 2025 erst! - für eine neue Finanzierungsformel gelten soll, die immerhin eine leichte Entlastung bewirken soll. Erst für die Zeit danach soll es eine transparente Grundlage für die genaue Ermittlung der tatsächlichen Kosten des Landes pro Schüler und Schulform aus dem Landeshaushalt geben. Doch dann befinden wir uns längst in der nächsten Legislaturperiode.

Planungssicherheit für die Träger der betroffenen Schulen sieht anders aus. Außerdem ist dieser Zeithorizont gerade in Zeiten von hoher Inflation, Steigerung der Lehrergehälter an den staatlichen Schulen und einem schon seit Jahren aufgestauten Nachholbedarf bei der Finanzierung der Ersatzschulen viel zu lang. Für manch eine Schule kann es bis dahin schon zu spät sein.

Vonseiten des VDP Niedersachsen-Bremen erfährt man zudem schon lange, dass Niedersachsen seine Ersatzschulen teilweise deutlich schlechter ausstatte als andere Bundesländer das tun. Doch die Frage ist nun: Ist dem wirklich so? - Vieles spricht dafür, doch genau weiß es niemand. Derzeit kann sich das Land bei den Verhandlungen nämlich immer hinter der unklaren Abrechnungsgrundlage verstecken und die Förderung von Schulen in privater Trägerschaft nach eigenem Gutdünken beschließen. Dieser Zustand ist unhaltbar, besonders angesichts der offensichtlich angespannten Lage. Jetzt müssen nämlich diese tragbaren Instrumente erstellt werden und nicht erst ab 2028.

Deshalb stellen wir im vorliegenden Antrag vier Kernforderungen:

Erstens. Die Landesregierung soll aufgefordert werden, sich auf Bundesebene, insbesondere im Bundesrat und in der KMK, dafür einzusetzen, dass einheitliche Bestimmungsverfahren für die Kenngrößen „Ausgaben pro Schüler und Jahr an öffentlichen Schulen“ einerseits und „Ausgaben pro Schüler und Jahr an Ersatzschulen“ andererseits erarbeitet werden. Das ist nämlich zwischen den Bundesländern sehr unterschiedlich.

In der Vorbereitung dafür soll zweitens der Kultusausschuss darüber unterrichtet werden, auf welcher Grundlage derzeit denn die Finanzierung der Ersatzschulen ermittelt wird, wobei zu eruieren ist, inwieweit die Kritikpunkte vom Landesrechnungshof und die Urteile vom Bundesverfassungsgericht und vom Bundesverwaltungsgericht dabei berücksichtigt werden.

Drittens. Es soll kurzfristig eine umfassende Datenerhebung zur tatsächlichen Finanzsituation der niedersächsischen Ersatzschulen durchgeführt werden, um zu eruieren, wie dramatisch die finanzielle Situation denn nun tatsächlich ist oder - anscheinend aus Sicht der Landesregierung - eben auch nicht.

Viertens. Wir fordern von der Landesregierung einen Entwurf für die Neufassung der §§ 149 bis 151 des Niedersächsischen Schulgesetzes, in denen dann explizite Untergrenzen für die Kostendeckungsgrade, für den Landeszuschuss, den Elternbeitrag sowie die Eigenleistungen der Ersatzschulen festgelegt werden.

Wir freuen uns jedenfalls auf die Beratung im Ausschuss. Selbst wenn dort, wider Erwarten, vielleicht nicht alle von unseren Forderungen auf Zustimmung stoßen sollten, so hoffen wir dennoch, dass dieser Antrag endlich Bewegung in die offensichtlich unhaltbare Situation rund um die nicht ausreichende Finanzierung der staatlich anerkannten Ersatzschulen bringt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Sabine Tippelt:

Die nächste Wortmeldung kommt von der CDU-Fraktion, und zwar von Herrn von Danwitz. Bitte schön!

(Beifall bei der CDU)

Dr. Karl-Ludwig von Danwitz (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die AfD will einen Beitrag zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung leisten. Und diesmal nicht durch Vorschläge zur Abschiebung von Flüchtlingskindern, wie wir das hier sonst hören - jetzt soll durch eine Verbesserung der Datenqualität bei der Erhebung der Kenngröße „Ausgaben pro Schüler an öffentlichen Schulen“ die Höhe der Zuschüsse für Niedersachsens Ersatzschulen besser berechnet werden. Diese Berechnung soll dann die Unterrichtsversorgung verbessern.

Dazu sage ich nur: Daten alleine führen noch nicht zu mehr Lehrkräften an unseren Schulen. Nach Ihrer Logik wird die Datenqualität verbessert, und dem Schulsystem geht es dann besser.

Sie fordern darüber hinaus die Landesregierung auf, im Kultusausschuss über die Methodik der Kostenermittlung pro Schüler zu unterrichten. Hierzu sage ich nur: Das hätten Sie längst im Kultusausschuss beantragen können. Dafür braucht man keinen Antrag hier im Plenum.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vollkommen daneben finde ich die Vorschläge, gerade den freien Schulen mehr vorschreiben zu wollen. Sie wollen Untergrenzen für die Elternbeiträge gesetzlich verankern. Sie wollen die Höhe der Landeszuschüsse von dem Grad der Bereitschaft abhängig machen, sich in systematischer Weise in die Schulentwicklungsplanung einbinden zu lassen. Wollen Sie denn ernsthaft unterschiedlich hohe Finanzhilfen zahlen und die Schulen dermaßen bevormunden? Das passt doch überhaupt nicht zu Ihrer Begründung des Antrags, die Bezuschussung der Ersatzschulen solle vereinfacht und vereinheitlicht werden. Jetzt wollen Sie denen alles Mögliche vorschreiben.

Ich wundere mich insgesamt überhaupt, dass die AfD sich mit den privaten Schulen beschäftigt. Das sind Schulen, die bunt und vielfältig sind. Das sind Schulen, die einen großen Beitrag für eine pluralistische und demokratische Gesellschaft leisten.

(Zuruf von der AfD: Ja, das ist gut!)

Das passt doch überhaupt nicht in Ihr Menschenbild.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zuruf von der AfD: Sonst würden wir den Antrag nicht stellen! - Weitere Zurufe von der AfD)

Wir als CDU haben hierzu konkrete Vorschläge. Wir wollen, dass die Vorschläge von SPD und CDU aus dem Jahre 2022 zur Erhöhung der Finanzhilfe für private Schulen, die damals in einem Letter of Intent zusammengefasst wurden, möglichst bald umgesetzt werden. Ich finde es allmählich peinlich, wenn wir seit Jahren bei Parlamentarischen Abenden der privaten Schulen von den Kultusministern - oder jetzt von der Kultusministerin - immer wieder hören, dass man an dem Thema dran ist, aber immer noch keine Umsetzung vermelden kann.

Liebe Frau Ministerin, hier muss ich ausdrücklich sagen: Packen Sie's endlich an, damit wir bei dem Thema Finanzhilfe vorankommen!

(Beifall bei der CDU)

Außerdem ist uns in dem Zusammenhang noch ein anderes Thema wichtig. Es ist uns wichtig, dass sich die Landesregierung damit beschäftigt, wie die sogenannte Inflationsausgleichs-Einmalzahlung auch an Beschäftigte an freien Schulen ausgezahlt werden kann. Für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder wurden die Tarifverhandlungen Ende 2023 abgeschlossen. Dabei wurden Einmalzahlungen vereinbart. Da diese Einmalzahlungen aber nicht sozialversicherungspflichtig sind, können sie in der Finanzhilfe laut Aussagen der Landesregierung - hierzu haben wir eine Anfrage gestellt - nicht berücksichtigt werden.

Hierzu muss unserer Meinung nach so schnell wie möglich eine Regelung gefunden werden, damit auch für Beschäftigte an Privatschulen der Anstieg der Verbraucherpreise abgemildert werden kann. Das ist uns in diesem Zusammenhang sehr wichtig.

Meine Damen und Herren, ich komme schon zum Schluss. Ich kann nur sagen: Den Antrag der AfD braucht niemand. Den Antrag der AfD will niemand. Das Bündnis Freie Schulen in Niedersachsen distanziert sich ausdrücklich und vehement von diesem Antrag. Den Antrag werden wir als CDU ablehnen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Sabine Tippelt:

Herzlichen Dank, Herr von Danwitz. - Der nächste Redner ist Herr Mennen von Bündnis 90/Die Grünen. Sie haben das Wort. Bitte!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Pascal Mennen (GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleg*innen! Kolleg*innen der AfD, kann es sein, dass Sie den Parlamentsbetrieb noch nicht richtig verstanden haben? Ich frage das ganz im Ernst, weil Sie in Ihrem Antrag eine Unterrichtung im Ausschuss fordern.

Herr von Danwitz hat es gerade auch schon gesagt: Das können Sie deutlich einfacher haben, indem Sie mich als Ausschussvorsitzenden anmailen. Ich setze das dann auf die Tagesordnung; das ist seit Jahren gängige Praxis. Alle anderen Fraktionen machen das. Wir machen das regelmäßig so im Ausschuss. Eigentlich sind Sie ja dabei und müssten das wissen.

(Vereinzelt Beifall bei den GRÜNEN
und bei der SPD)

Und zum Rest des Antrags und der sogenannten Arbeit der AfD: Sie haben hier innerhalb der gesamten Legislatur bisher keine Anträge vorgelegt, die die großen Probleme in der Bildungspolitik auch nur streifen würden. Ich nenne das Arbeitsverweigerung.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der
SPD)

Und das alles, obwohl Sie die Chance der Opposition nutzen und die Belange eines Interessenverbands aufgreifen und in Antragsform gießen könnten. Genau das versuchen Sie hier ja auch. Man sollte sich aber - zweiter Tipp von mir - vorher mit den Protagonisten, über die man schreibt, einig sein, sich zumindest miteinander verständigen oder überhaupt miteinander reden.

Doch das Bündnis Freie Schulen macht mit Ihnen das, was Millionen Menschen in den vergangenen Wochen getan haben: Es zeigt Ihnen die Rote Karte.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der
SPD)

Ich zitiere:

Wir möchten festhalten, dass das Bündnis Freie Schulen Niedersachsen keinen inhaltlichen Austausch mit der AfD pflegt. Wir pflegen einen guten inhaltlichen Austausch mit Vertreter*innen der Parteien SPD, Bündnis 90/Die Grünen sowie der CDU. Das Bündnis Freie Schulen Niedersachsen distanziert sich ausdrücklich und vehement von dem Antrag der AfD-Fraktion.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD
und vereinzelt bei der CDU)

Warum ist das so? - Das hat sicherlich polithygienische Gründe. Aber ich möchte Ihnen drei ganz handfeste Gründe nennen, die Sie anscheinend in den letzten Wochen und Monaten verpasst haben.

Erstens. Ministerin Hamburg hat bereits mehrfach zu der Umsetzung des Letters of Intent mit den freien und privaten Schulen hier im Landtag, aber auch im Ausschuss unterrichtet.

Zweitens. Wir gehen die dort vereinbarten Schritte weiter und haben in unserem ersten eigenen Haushalt auch dafür Gelder bereitgestellt.

Drittens. Auch in den nächsten Jahren werden weitere hohe Summen verausgabt und wird der Weg zu einer transparenteren und gleichwertigeren Finanzierung gemeinsam mit dem Bündnis weitergegangen. Sicherlich ist nicht alles auf einen Schlag gut - sicherlich wird das nicht so sein -, aber wir sind im Dialog mit dem Bündnis und verbessern die Situation Schritt für Schritt.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der
SPD)

Verantwortungsvolles Regierungshandeln zeichnet sich durch Detailtiefe, durch Fachwissen und durch Austausch auf Kompetenz- und Betroffenenebene aus. Ich glaube, ich muss nicht mehr erwähnen, dass ich all das in Ihrem Antrag leider nicht vorfinden kann.

Im Übrigen graut mir vor den „freien Schulen“, die die AfD oder ihre Anhänger gern gründen würden. Ihr Europawahlprogramm - wir kommen beim nächsten Tagesordnungspunkt ja zum Thema Europa - ist die Unfreiheit des Denkens, des Handelns und auch des menschlichen Miteinanders.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der
SPD)

Vizepräsidentin Sabine Tippelt:

Herzlichen Dank, Herr Abgeordneter.

Weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt liegen nicht vor. Wir kommen jetzt zur Ausschussüberweisung.

Federführend soll der Kultusausschuss und mitberatend der Ausschuss für Haushalt und Finanzen sein. Wer dem so zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig. Dann werden wir so verfahren.

Wir kommen zu:

Tagesordnungspunkt 34:

Erste Beratung:

Die europäische Idee stärken - Europabildung an den Schulen intensivieren - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/3363

Zur Einbringung - eigentlich müsste die CDU-Fraktion einbringen - liegt mir noch keine Wortmeldung vor.

(Anna Bauseneick [CDU] gibt einen Wortmeldezettel ab)

- Bleiben Sie gleich hier, Frau Bauseneick, und bringen Sie bitte den Antrag ein!

(Beifall bei der CDU)

Anna Bauseneick (CDU):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

„Die Einheit Europas war ein Traum von wenigen. Sie wurde eine Hoffnung für viele. Sie ist heute eine Notwendigkeit für uns alle.“

Als Konrad Adenauer dies im Jahr 1954 sagte, stand die europäische Integration noch ganz am Anfang.

Nichtsdestotrotz hat seine Aussage in den vergangenen 70 Jahren keinerlei Bedeutung eingebüßt - im Gegenteil! Wir Niedersachsen leben heute in einem vereinten Deutschland in der Mitte eines geeinten Europas. Dem haben wir viel zu verdanken. Die Europäische Union ist mehr als nur ein politisches Konstrukt. Sie ist die Garantie für Frieden und Freiheit und bildet die unverzichtbare Grundlage unseres Wohlstandes.

Heute Morgen haben wir uns die Bedeutung von Frieden erneut sehr bewusst gemacht. Wir können und dürfen diesen nicht für selbstverständlich halten. Wir müssen alles dafür tun, unsere Werte auch in Zukunft zu wahren.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Der europäische Binnenmarkt und unsere gemeinsame Währung haben zu einem wirtschaftlichen Aufschwung geführt, den es ohne Europa nicht gegeben hätte. Besonders in einer Zeit, in der die europäische Idee von politischen Ideologien infrage gestellt und Europa von innen und außen herausgefordert wird, da radikale Kräfte von rechts und links die europäische Idee angreifen und auch internationale Akteure - ganz besonders Russland - unser Europa schwächen wollen, müssen wir sicherstellen, dass unsere Schülerinnen und Schüler nicht nur die geografischen Grenzen Europas kennen, sondern auch die kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Verbindungen verstehen, die unseren Kontinent prägen. Um sicherzustellen, dass die notwendige gesellschaftliche Unterstützung auch künftig erhalten bleibt, braucht es ein stärkeres Be-

wusstsein für die europäische Identität sowie unsere gemeinsamen Werte, insbesondere bei jungen Menschen.

Eines will ich ganz klar sagen: Informations- und Motivationskampagnen zur Europawahl, wie sie von Rot-Grün geplant werden, sind hierfür absolut nicht ausreichend und auch nicht sonderlich innovativ. Als CDU wollen wir Kinder und Jugendliche von Beginn an für die europäische Idee begeistern, das Entwickeln von kritischem Denken, von interkultureller Kompetenz und eines tiefen Verständnisses für Werte, die Europa zusammenhalten, fördern, und sie in ihrem Alltag abholen.

(Beifall bei der CDU)

Eine fundierte Europabildung bereitet darauf vor, aktiv an der demokratischen Gestaltung Europas teilzunehmen und sich als europäische Bürgerinnen und Bürger zu fühlen. Fakt ist: Wir wollen die Vermittlung und Verankerung europäischer Werte bei jüngeren Menschen neu aufstellen und mit neuem Leben füllen. Das sehen wir als unsere Verantwortung an.

Des Weiteren ist es geboten, die Vielfalt der Möglichkeiten Europas an unsere Schülerinnen und Schüler heranzutragen - durch den Schüleraustausch mittels Erasmus+, europäische Betriebspraktika oder Wettbewerbe über unsere Landesgrenzen hinweg. Europa hat so viel Bereicherung und Möglichkeit zu bieten, und jeder niedersächsische Schüler sollte daran teilhaben.

Gerade angesichts der Tatsache, dass bei den Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni dieses Jahres erstmals das neue Wahlrecht mit 16 greift, muss das bisherige Engagement im Bereich der Europabildung gebündelt werden. Es müssen institutionelle Strukturen geschaffen und bisherige Projekte verbindlich so skaliert werden, dass die europäische Idee in jedem Klassenzimmer ankommt.

(Beifall bei der CDU)

Europa ist unsere gemeinsame Zukunft und muss eine Idee von uns allen bleiben. Welche Bürger wissen, für welche Gesetze und Regelungen die Europäische Union verantwortlich ist? Wer weiß, welche Bereiche die europäische Politik mit direkten Auswirkungen betrifft? Europa betrifft uns alle in vielen Lebensbereichen. Das Wirken der Europäischen Union sollte für jeden Bürger greifbar und erfahrbar gemacht werden. Auch in der Landespolitik beeinflusst europäische Gesetzgebung direkt. All das sollte nicht im dunklen Kämmerchen verhandelt,

sondern im Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern kommuniziert werden.

Gute Bildung ist ein Grundpfeiler demokratischer Gesellschaften und eine Notwendigkeit für die Zukunft eines starken und selbstbewussten Europas, welches uns als CDU am Herzen liegt. Konkret schlagen wir vor, die Europabildung in der Sekundarstufe I und der Berufsbildung nachhaltig zu stärken sowie durch internationale Kooperations- und Austauschprogramme die Vorzüge der Europäischen Union erlebbar zu machen. Die Förderung von Mehrsprachigkeit und bilinguaem Unterricht sowie die Schaffung eines besonderen Europabildungsschwerpunktes im Unterricht und Schulleben durch Projektarbeit zu europäischen Themen sind ebenso von großer Bedeutung.

(Beifall bei der CDU)

Wir müssen die Möglichkeiten der Kooperation zwischen schulischen und außerschulischen Akteuren im Bereich der Europabildung intensivieren, um eine ganzheitliche und nachhaltige Entwicklung zu gewährleisten. Bereits jetzt sind viele Schulen in Niedersachsen engagierte Europaschulen. Diese Schulen ergänzen ihr Schulprofil mit Aktivitäten, um die Weiterentwicklung von interkulturellen Kompetenzen zu ermöglichen und zu unterstützen. In diesen Schulen ist es engagierten Lehrkräften zu verdanken, dass unterrichtserweiternde Projekte wie Erasmus+-Projekte, Debattierclubs sowie die Teilnahme an europäischen Wettbewerben und Fahrten umgesetzt werden können.

Auch die weitreichende Vernetzung der deutschen Schulen mit ihren europäischen Städtepartnerschulen ist ein wichtiger Bestandteil des interkulturellen Austausches. Diese Möglichkeit innerhalb einer Städtepartnerschaft sollte aktiver genutzt werden, um Jugendliche in Kontakt mit der europäischen Idee zu bringen. Solch ein Austausch ist eine wertvolle Gelegenheit für junge Menschen, eine neue Kultur und Sprache kennenzulernen und dabei Freundschaften fürs Leben zu schließen. Denn das Verständnis und die Wertschätzung unterschiedlicher Kulturen tragen zu einer offenen und toleranten Gesellschaft bei. Lassen Sie uns diese Schulen weiterhin unterstützen und noch mehr Schulen auf dem Weg begleiten!

(Unruhe bei der AfD)

- Eine Bitte an die rechte Seite des Plenarsaals: Ich weiß, dass Sie nicht wirklich ein Verständnis für Europa haben. Ihr Getuschel ist aber wirklich sehr, sehr störend.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das geht jedoch nur mit einer Entlastung des Lehrpersonals, da viele Anträge, Planungen von Fahrten und Absprachen mit den Partnerschulen nicht in die Arbeitszeit, sondern in die Freizeit der Lehrer fallen. Das darf nicht sein. Für engagierte und motivierte Lehrkräfte, die solche Projekte mit Herzblut und aus Überzeugung umsetzen, brauchen wir verlässlichere Entlastungen, um Überstunden und Überarbeitung zu verhindern. Die notwendigen Ressourcen müssen den Lehrerinnen und Lehrern zur Verfügung gestellt werden, und sie müssen ermutigt werden, innovative Unterrichtsmethoden zu entwickeln, die die Begeisterung der Schülerinnen und Schüler wecken.

Mit unserem Antrag wollen wir als CDU-Fraktion dem Konzept der Europabildung neuen Aufschwung verleihen. Es ist der richtige Zeitpunkt, mit einer klaren Konzeption seitens der Landespolitik an die Schulen und die Schülerinnen und Schüler heranzutreten, um die europäische Idee gestärkt in den bildungspolitischen Mittelpunkt zu stellen. Mit einem gut durchdachten roten Faden, verstärkten und mit Leben gefüllten Netzwerken untereinander und mit verbindlichen Strukturen für den Lehrplan und schulische Projekte bekommt Europa den zentralen Fokus, den wir für unerlässlich halten.

Ein ebenso wichtiger Aspekt ist die Digitalisierung. Wir sollten innovative, digitale Lehrmittel nutzen, um die Europabildung zeitgemäß und ansprechend zu gestalten. Dies ermöglicht nicht nur einen breiten Zugang zu Informationen, sondern fördert auch die Medienkompetenz unserer Schülerinnen und Schüler. Ganz wichtig ist uns dabei auch, dass sich die Maßnahmen nicht auf bestehende und ausgewiesene Europaschulen beschränken. Europa ist eine Gemeinschaft der Möglichkeiten, und von diesem Reichtum sollte jeder profitieren.

Diese Maßnahmen sind eine Investition in die Zukunft. Sie stärken die europäische Identität, den sozialen Zusammenhalt und tragen zur Wahrung unserer gemeinsamen Werte bei. Sie sind ein Beitrag zur Stärkung der europäischen Idee und zur Überwindung von Vorurteilen und Stereotypen. Gleichzeitig schaffen wir die Voraussetzungen für wirtschaftliches Wachstum, die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Beschäftigung über nationalstaatliche Grenzen hinweg.

Die Zukunft Europas liegt in unseren Händen. Gemeinsam haben wir sowohl die Möglichkeit als auch die Verantwortung, daran zu arbeiten, dass Europa

weiterhin ein Ort des Friedens, des Fortschritts und der Zusammengehörigkeit bleibt. Da Bildung bekanntlich das Wirksamste ist, um die Welt zu verändern, sollten wir zur Stärkung des einmaligen europäischen Friedens- und Freiheitsprojekts auch genau hier ansetzen. Die Betonung der Notwendigkeit Europas sollte gerade vor der Bildung keinen Halt machen. Bringe ich es auf den Punkt: Wir brauchen Europa, und Europa braucht uns.

(Beifall bei der CDU sowie vereinzelt bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Sabine Tippelt:

Herzlichen Dank, Frau Kollegin. - Der nächste Redner kommt von Bündnis 90/Die Grünen: Herr Mennen.

Ich bitte noch einmal darum, das allgemeine Gemurmel einzustellen. Das gilt besonders für die ersten Reihen hier vorne bei allen Fraktionen. Bitte ein bisschen ruhiger! Das stört den Redner doch sehr.

Herr Mennen, Sie haben das Wort. Bitte!

Pascal Mennen (GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleg*innen! Liebe Kolleg*innen der CDU, mit Blick auf die direkt vorausgegangene Debatte muss ich sagen: Ich freue mich, dass Sie hier sind, dass Sie eine vernünftige Oppositionspolitik machen

(Lachen bei der AfD - Jens Nacke [CDU]: Sie meinen den PUA, nehme ich an!)

und hier einen vernünftigen Antrag vorlegen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Ich unterstütze insbesondere die Grundintention und die zugrundeliegende Idee Ihres Antrages, den europäischen Gedanken zu stärken. Das ist umso wichtiger, wenn hier Leute im Parlament sitzen, die Europa und die europäische Idee ablehnen.

Als Abiturient des Antonianums in Vechta, einer der ersten Europaschulen überhaupt in Niedersachsen, mit einem Schulleiter Wolfgang Zapfe, der das Europaschulnetzwerk mitgegründet hat, bin ich der europäischen Idee sehr verpflichtet. Und dieser Gedanke ist immer stärker geworden.

Der Antrag kommt aber nicht nur mir gelegen. Er kommt vor allem auch in einem sehr guten Jahr, einem Europawahljahr, und damit zu einem sehr guten Zeitpunkt. Auch ich und einige andere aus dem

Kulturbereich, aber vor allem auch aus dem rot-grünen Arbeitskreis Europa, haben sich deshalb in den letzten Monaten mit Vertreter*innen europäischer und internationaler Austauschprogramme, mit dem Europaschulnetzwerk und mit weiteren Akteur*innen in diesem Bereich ausgetauscht.

Aus diesen Gesprächen weiß ich, dass der Antrag, den Sie hier heute eingebracht haben, schon etwas länger in Ihrer Schublade liegt. Das ist überhaupt nicht verwerflich. Sie zeigen damit ja aktuelle Handlungsfähigkeit. Ich hätte mir den Antrag an ein oder zwei Stellen etwas detailtiefer gewünscht. Ich gebe dafür zwei Beispiele:

Sie fordern die Landesregierung auf, die Vernetzung niedersächsischer Schulen mit Schulen im Ausland voranzutreiben. Hier würde ich gerne deutlich differenzierter rangehen. Die Verbände schlagen zum Beispiel vor, bei den Erasmus+-Mitteln, ähnlich wie Sachsen es macht, Konsortialanträge zu stellen und den Schulen so Erleichterung zu verschaffen, aber auch die anderen organisatorischen Rahmenbedingungen - darauf ist Frau Bauseneick gerade eingegangen - stärker in den Blick zu nehmen.

Insbesondere würde ich mir hier noch einen Blick auf die Gastfamilien wünschen, weil es dort doch eine sehr einheitliche Struktur gibt, die es zu differenzieren gilt.

Der zweite Aspekt: Sie fordern, mehr Grundschulen zu Europaschulen weiterzuentwickeln. Auch hier würde ich gerne differenzierter draufschauen. Die Bedarfe des Europaschulnetzwerkes werden darüber hinaus doch weiter an uns herangetragen, beispielsweise was Entlastung für die Koordination betrifft. Und ich würde gerne noch einen Blick auf die Haupt-, Real- und Oberschulen werfen,

(Beifall von Immacolata Glosemeyer [SPD])

die bei diesen Austauschprogrammen deutlich unterrepräsentiert sind.

Das Gute ist, dass auch ein rot-grüner Antrag zum Thema Europabildung fertig ist und demnächst das Licht der Welt erblicken wird. Das zeigt, dass wir uns hier in der Grundintention einig sind und dass wir so den europäischen Gedanken stärken werden.

Sehr geehrte Kolleg*innen, in Zeiten, in denen radikalisierte Demagogen den Austritt Deutschlands aus der EU fordern, ist es umso wichtiger, den europäischen Gedanken zu stärken. Betrachten Sie,

liebe CDU, meine Kritik an Ihrem Antrag daher als Einladung, gemeinsam die Kraft Europas an unseren Schulen zu stärken, denn es gibt zu Europa keine Alternative - schon gar nicht für Deutschland.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Sabine Tippelt:

Herzlichen Dank. - Der nächste Redner ist Herr Jahn von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Dennis Jahn (AfD):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wieder einmal versucht man, den Bürger fehlzuleiten. Die Überschrift Ihres Antrages ist faktisch falsch. Sie hätte lauten können: „Erziehung zum gläubigen EU-Bürger“.

Die Intention hinter Ihrem Antrag, liebe CDU, ist ganz klar: Es geht Ihnen keineswegs darum, die Europabildung zu stärken, indem man Hauptstädte, Geschichte oder Ähnliches vermittelt. Sie haben Angst - Angst vor Veränderungen - und versuchen, ganz in Ihrer Manier, nach jedem noch so kleinen Strohalm zu greifen.

Es geht Ihnen offensichtlich nur darum, Indoktrinationsarbeit schon im Grundschulalter zu betreiben.

(Dr. Karl-Ludwig von Danwitz [CDU]:
Eijei!)

Sie wollen den aufgeblähten europäischen Apparat als Gewinn für die Gesellschaft verkaufen. Dies ist aber aktuell in dieser Konstellation und mit diesen Auflagen mitnichten der Fall.

(Beifall bei der AfD)

Sie schreiben, die europäische Idee würde von Linken und Rechten infrage gestellt. - Nein! Nicht nur von diesen, sondern zunehmend auch von immer mehr Bürgern mitten aus unserer Gesellschaft, weil diese immer mehr erkennen, dass nicht nur die Rechten ein Europa der nationalen Vaterländer vertreten und nicht den Brüsseler Einheitsbrei.

Anstatt sich nun aber logischerweise die Frage zu stellen, wie das sein kann, und Lösungen zu entwickeln, kommen Sie mit diesem Antrag. Dieser soll schon den Kleinsten unserer Gesellschaft vermitteln, wie vermeintlich toll doch die EU ist, sodass

diese später mit Freude diesen aufgeblähten, übergriffigen Apparat bezahlen und zum Homo europaeus werden.

Gerade der Punkt 4 Ihres Antrages bereitet doch Stirnrunzeln. Ich meine, dass wir erst einmal den Schülern eine positive Perspektive für ihre nähere Umgebung bieten sollten. Die Neufassung von Lehrplänen ist zwar dringend notwendig. Hier aber ein abstraktes Gebilde in den Vordergrund zu stellen, zu dem altersgemäß überhaupt kein Bezug hergestellt werden kann, ist reine Utopie.

Vielmehr sollten wir den Schülern wieder eine lebenswerte Umgebung eröffnen, in der sie sich entfalten können, und nicht die Vorgabe machen, sie seien alle einheitliche EU-Bürger, während um sie herum das Land zugrunde geht.

Im Punkt 8 des Antrags geht es um europäische Vernetzungsmaßnahmen für Schulleitungen. Haben Sie sich mal an einer Großstadtschule umgesehen? Da ist teilweise die Schulleitung eher froh, wenn sie eine direkte Vernetzung zur nächsten Polizeidienststelle hat.

Jetzt möchte ich noch auf Ihren Punkt 9 zu sprechen kommen: Mehrsprachigkeit und bilingualen Unterricht möchten Sie fördern. Es war Ihr CDU-Generalsekretär Mario Czaja, der vor einem Jahr noch sagte - ich zitiere -: Es geht nicht, dass wir auf den Schulhöfen andere Sprachen als Deutsch sprechen. - Ja, wie widersprüchlich ist das denn? Auf den Schulhöfen wird mit der CDU brav Deutsch gesprochen, im Klassenraum gerne aber auch Polnisch oder Rumänisch.

Ich bin mir aber sicher, dass Ihnen die Quadratur dieser Kreise in den Ausschussberatungen ganz bestimmt, echt sicher, gelingen wird. In diesem Sinne freue ich mich auf die Beratungen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Sabine Tippelt:

Die nächste Wortmeldung kommt aus der SPD-Fraktion: Herr Baatzsch, Sie haben das Wort.

(Beifall bei der SPD)

Brian Baatzsch (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich in meine Rede einsteige, möchte ich zunächst auf das zurückkommen, was Herr Jahn gerade gesagt hat.

Ich finde es unverantwortlich, was Sie hier von sich geben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN sowie vereinzelt bei der CDU)

Der europäische Gedanke und die Europäische Union sind für uns in Niedersachsen und in Deutschland, aber auch für unsere Nachbarländer ein Garant für Sicherheit und für Stabilität.

(Zuruf von der AfD: Aber das sind zwei verschiedene Sachen!)

Die Europäische Union ist nicht wegzudenken. Es sollte allen im Hause klar sein, dass der Europäische Binnenmarkt und der Euro heute das Fundament unserer starken Wirtschaft bilden.

(Zurufe von der AfD)

Doch seit seiner Entstehung wird die Idee eines vereinigten Europas infrage gestellt. Die Bundesvorsitzende der schon immer europakritischen AfD sprach erst vor Kurzem von einem Dexit und dem Austritt von Deutschland aus der Europäischen Union nach britischem Vorbild.

(Beifall bei der AfD - Zurufe von der AfD: Jawohl!)

Auch wenn diese Aussagen mal wieder ein plumper Versuch waren, von den menschenverachtenden Plänen Ihrer Partei, die im Januar bekannt geworden sind, abzulenken, denke ich, dass es wichtig ist, hervorzuheben, dass wir uns als Demokratinnen und Demokraten solchen schlicht dummen Ideen konsequent entgegenstellen werden und alles dafür tun, damit diese Ideen niemals umgesetzt werden.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN sowie vereinzelt bei der CDU)

Da sich die AfD gerne auf den Brexit bezieht, möchte ich auch für Sie heute hier ein wenig Europabildung betreiben, Herr Jahn. Es würde mich freuen, wenn Sie zuhören würden.

(Zuruf von der AfD: CDU-Antrag!)

Nach vier Jahren Brexit steht nämlich fest, dass eine große Mehrheit der britischen Bürger den Brexit als einen Fehler ansieht und eine Mehrheit die Rückkehr in die EU befürworten würde. Darüber hinaus ist es erwiesen, dass es den Bürgerinnen und Bürgern auch in Deutschland ohne die Europäische Union - -

(Zurufe von der AfD)

Vizepräsidentin Sabine Tippelt:

Herr Baatzsch, warten Sie einen kleinen Moment!

Ich bitte um Ruhe bei der AfD-Fraktion. Wenn Sie etwas sagen wollen, wissen Sie, welche Karten Sie ziehen müssen, damit Sie zu Wort kommen.

Jetzt hat Herr Baatzsch das Wort.

(Beifall bei der SPD)

Brian Baatzsch (SPD):

Europa ist für uns alle ein Gewinn. Aber das ist halt Ihr Politikstil: Sie machen eben keine Politik für die Menschen in diesem Land.

(Zuruf von der AfD: Das kommt von der SPD, ist klar! - Lachen bei der AfD)

Vor solchen Ideen müssen Demokratinnen und Demokraten die Bürgerinnen und Bürger beschützen, und sie müssen den Mehrwert der Europäischen Union immer wieder betonen.

Wie wichtig die EU ist, sehen wir auch in der gemeinsamen Außenpolitik mit unseren europäischen Verbündeten, mit denen wir uns bei den wichtigsten Themen abstimmen. Das aktuell beste Beispiel ist die beschlossene Zahlung von 50 Milliarden Euro zur Unterstützung der Ukraine.

Im Mittelpunkt der Europäischen Union steht aber klar die europäische Bevölkerung. Wir müssen uns als Gesellschaft eigentlich immer wieder vor Augen führen, was für eine Errungenschaft es ist, dass wir zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern aus 26 anderen Staaten ein gemeinsames Europäisches Parlament mit Abgeordneten aus ganz Europa wählen. Das ist ein Meilenstein in der Geschichte der Menschheit.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zurufe von der AfD)

Gerade im Hinblick auf die Probleme unserer Zeit ist es notwendig, dass im Europäischen Parlament überzeugte Europäerinnen und Europäer sitzen, denn die großen politischen Herausforderungen unserer Zeit werden wir nur zusammen auf europäischer Ebene lösen können.

Als jemand, der seine ersten politischen Schritte bei der Jugendorganisation der SPD gegangen ist und dem die Beteiligung von Jugendlichen an politischen Prozessen schon immer ein Anliegen war, freue ich mich, dass an dieser Europawahl zum ersten Mal Jugendliche teilnehmen, die 16 Jahre alt sind und die so die europäische Politik mitbestimmen dürfen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zuruf von der SPD: Wäre auch was in Niedersachsen!)

Daher ist es genau richtig, Heranwachsenden diese Möglichkeit einzuräumen und ihnen so die Wichtigkeit von Europa und der Demokratie zu demonstrieren.

(Zuruf von den GRÜNEN: Genau!)

Vor diesem Hintergrund ist es erforderlich, dass sich Schülerinnen und Schüler sowie Jugendliche mit dem Thema Europa und der Europäischen Union beschäftigen. In der Schule wird das bereits im Politikunterricht gemacht. Da geht der vorliegende Antrag der CDU-Fraktion bereits in die richtige Richtung.

Wir stimmen der CDU-Fraktion auch zu, wenn sie in ihrem Antrag davon spricht, dass der europäische Gedanke noch mehr in den Klassenzimmern und bei dem einen oder anderen ankommen muss.

Wir müssen in den Schulen für die Sache Europas werben, sodass sich die nachfolgenden Generationen als europäische Bürgerinnen und Bürger verstehen. Allerdings erreichen wir das nicht, wenn wir Europa alleine in der Schule thematisieren. Wir müssen darüber hinaus erreichen, dass sich junge Menschen in jeder Lebenslage mit Europa beschäftigen, sich der Vorteile der Europäischen Union bewusst sind und diese auch nutzen können.

Denn der Kern der europäischen Idee ist es, Europa auch zu leben. Es reicht nicht aus, theoretisch über Europa zu reden, sondern Europa muss greifbar gemacht werden. Junge Menschen müssen deshalb die Möglichkeit bekommen, sich mit Gleichaltrigen aus anderen europäischen Ländern auszutauschen, andere europäische Länder kennenzulernen und so zu erleben, was es heißt, Europäerin oder Europäer zu sein.

Nur so werden wir es schaffen, langfristig eine Begeisterung für Europa aufrechtzuerhalten und als Mitgliedstaaten zusammenzuwachsen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Als SPD und Grüne wollen wir daher weiterdenken, denn der Schwerpunkt liegt nicht nur auf Schule, sondern auf allen Jugendlichen auch außerhalb der Schule und ihren Möglichkeiten, Europa zu erleben. Wir möchten uns besonders dafür einsetzen, dass junge Menschen, unabhängig von Schulform, Bildungshintergrund, Herkunft, Familiensituation, Be-

hinderung, Geschlechtsidentität oder sexueller Orientierung, individuellen Fähigkeiten oder ökonomischen Voraussetzungen, an Austauschprogrammen teilnehmen können. Für Rot-Grün steht fest, dass der europäische Gedanke allen Heranwachsenden vermittelt werden muss.

Jetzt habe ich noch ein bisschen mehr Redezeit als geplant.

(Klaus Wichmann [AfD]: Sie haben zu schnell gesprochen! Es war kaum zu verstehen!)

- Ich komme auf das zurück, was Sie eben gesagt haben. Dann werde ich extra für Sie langsamer sprechen.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD - Klaus Wichmann [AfD]: Ja, das wäre toll! Das wäre super!)

- Ich denke, auch Ihr Getuschel ist ein dezenter Störfaktor.

Sie sollten sich mal darüber Gedanken machen, liebe AfD, dass es mittlerweile schon so weit ist, dass sich Gruppen, mit denen Sie im Europäischen Parlament zusammenarbeiten, von Ihnen distanzieren, weil Sie anscheinend zu weit nach rechts gerutscht sind - selbst für diese Gruppen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich begrüße ausdrücklich die Mitberatung im Europaausschuss und freue mich auf die Beratung in beiden Fachausschüssen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Sabine Tippelt:

Herzlichen Dank, Herr Kollege.

Weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt liegen uns nicht vor. Wir kommen jetzt zur Ausschussüberweisung.

Federführend soll der Kultusausschuss und mitberatend der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung sein. Ich bitte um Ihre Zustimmung. - Ich sehe, dass das der Fall ist.

Wir kommen zu:

Tagesordnungspunkt 35:

Erste Beratung:

Den wolfsabweisenden Grundschutz für Nutztiere und den Ausgleich von Risschäden durch Wolfsübergriffe dauerhaft verlässlich finanzieren - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/3365

Zur Einbringung hat sich Herr Eilers gemeldet. Bitte schön! Sie haben das Wort.

(Beifall bei der CDU)

Christoph Eilers (CDU):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit gut sechs Jahren bin ich Mitglied des Niedersächsischen Landtags. Seit gut sechs Jahren reden wir hier über den Wolf. Und leider muss ich feststellen: Seit gut sechs Jahren ist eigentlich nichts passiert.

(Beifall bei der CDU)

Es werden Anträge gestellt, wir diskutieren über Zahlen und Obergrenzen, es werden neue Arbeits- und Stuhlkreise gegründet, und es passiert im Kern: nichts.

Vorgestern konnten wir die neuesten Zahlen in der Zeitung lesen: 6,93 Millionen Euro - so viel hat das Land Niedersachsen im vergangenen Jahr für den Schutz von Weidetieren vor Wolfsangriffen ausgegeben. Bereits im Sommer 2023 war der ursprünglich vorgesehene Fördertopf für Herdenschutzmaßnahmen leer.

Trotz aller Schutzvorkehrungen wurden 2023 mehr Nutztiere von Wölfen verletzt oder getötet als im Vorjahr. Insgesamt wurden über 1 400 Weidetiere Opfer von Wolfsrissen, vor allem Schafe und Ziegen. Das sind fast vier Tiere täglich, die getötet werden. Dies ist ein Anstieg um 29 % gegenüber 2022.

Im Jahr 2019 wurden nicht einmal 200 Tiere von Wölfen getötet. Wir haben also immer mehr Wölfe und leider immer mehr Risse.

Im Jahr 2016 lagen die Ausgaben für Präventions- und Entschädigungskosten noch bei 250 000 Euro. Jetzt liegen sie bei fast 7 Millionen Euro. Die Kosten sind damit 28-mal so hoch wie im Jahr 2016. Und die Landesregierung schaut weiterhin zu.

Meine Damen und Herren, in meinen Augen sind das besorgniserregende Zahlen. In Niedersachsen leben zurzeit rund 500 Wölfe in 48 bis 50 Rudeln. Ich will die Zahlen eigentlich nicht wiederholen, aber dies sind ungefähr so viele Wölfe wie in ganz Skandinavien. Wir haben früher mal davon gesprochen, dass wir mit Schweden vergleichbar sind. Mittlerweile haben wir eine Anzahl wie in ganz Skandinavien. Nur ist Skandinavien 20-mal größer und 6-mal dünner besiedelt als Niedersachsen.

Im Hinblick darauf, dass in vielen europäischen Ländern auch andere Herangehensweisen möglich sind, erweist sich das deutsche Konzept als wirklichkeitsfremd und ideologiegetrieben.

(Beifall bei der CDU und bei der AfD)

Herr Ministerpräsident Weil - er ist leider nicht da, aber Herr Minister Meyer -, im vergangenen Jahr trafen Sie beide mit der Bundesumweltministerin Lemke in Berlin zusammen. Herr Ministerpräsident Weil sprach von konstruktiven Gesprächen und praktikablen Lösungen für Wolfsabschüsse sowie von einem erheblichen Handlungsbedarf. Ich möchte an die vielversprechenden Nachrichten aus Brüssel erinnern, als die EU-Kommission ankündigte, den strengen Schutzstatus des Wolfs zu überdenken.

Auch die Landesregierung - vor allem Sie, Herr Minister Meyer - zeigte damals Bereitschaft zu schnelleren Abschussgenehmigungen für Problemwölfe. Zu Beginn des Jahres 2024 sollten die DNA-Beprobung und -Feststellung wegfallen und innerhalb eines Radius von 1 km um den Riss ein Wolf auch entnommen werden dürfen - ein Schritt in die richtige Richtung, der medial große Aufmerksamkeit erhielt und bei vielen dazu geführt hat, zu glauben, das sei auch so. Gerade diesen Punkt, Herr Ministerpräsident, haben Sie heute Vormittag in der Befragung erneut angesprochen und als Erfolg bzw. Fortschritt bewertet.

Aber nein, hier passt doch etwas nicht! In meinem Wahlkreis gibt es einen betroffenen Schäfer, der im Dezember zum wiederholten Male einen größeren Riss zu vermelden hatte. Er wollte schon die Jägerschaft informieren. Das ging zu diesem Zeitpunkt, im Dezember, aber nicht. Deswegen hat er am 17. Januar einen entsprechenden Antrag auf Entnahme gestellt. Er hat bis heute nicht mal eine Eingangsbestätigung, geschweige denn eine entsprechende Genehmigung erhalten.

(Klaus Wichmann [AfD]: Das ist ein Skandal!)

Das ist die Realität!

(Beifall bei der CDU und bei der AfD)

Der *Rundblick* hat vor ein paar Tagen noch mal auf die vielen richtigerweise gestellten ungeklärten rechtlichen Fragen allein aus dem Bereich der Jägerschaft hingewiesen, die zu klären sind.

In einer Kleinen Anfrage, die vor ein paar Tagen durch die Landesregierung beantwortet wurde, lesen wir leider, dass jetzt, im Februar 2024, noch nicht die neue Handlungsoption besteht und dass auf diese wahrscheinlich auch noch - ich schätze mal: Monate - zu warten ist, da ein entsprechender Entwurf noch in der Erarbeitung ist - bzw. jetzt am Montag vorgelegt werden soll - und dann verschiedene Stufen zu durchlaufen hat.

Wenn also der Entwurf am Montag vorgestellt wird, dann kommt erst die Ressortbeteiligung. Anschließend steht die Verbandsbeteiligung an. Es folgt eventuell eine erneute Ressortbeteiligung. Dann kommen die Normprüfung durch die AG Normprüfung und abschließend die Einbeziehung der Amtsblattstelle und die Veröffentlichung. Wir alle ahnen schon, wie viele Monate wieder ins Land gehen werden, bis wirklich gehandelt werden kann. Wieder stehen die Weidetierhalter alleine da!

(Beifall bei der CDU und bei der AfD)

Mit unserem jetzt vorgelegten Antrag bieten wir der Landesregierung erneut die Möglichkeit, den vielen Worten eine konkrete Hilfe folgen zu lassen. Die beiden aufgestellten Forderungen sind das Ergebnis der Wolfspolitik der letzten Jahre und eine nur konsequente Fortführung der notwendigen Hilfe für die Schafhalter.

Wenn wir die Anschaffung der Schutzzäune richtigerweise bezahlen, müssen wir konsequenterweise auch die verschlissenen und abgeschriebenen Zäune bezahlen. Die Schafhalter haben schon seit Jahren den Mehraufwand für das Aufstellen der Zäune und können jetzt nach Jahren nicht noch damit belastet werden, die defekten und alten Zäune auf ihre Kosten zu ersetzen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der AfD)

Wir bzw. einige hier wollen, dass der Wolf bei uns eine Heimat findet. Und so bleibt uns nichts anderes übrig, als den Schaf- und auch den anderen Nutztierhaltern den notwendigen Wolfsschutz zu bezahlen. Gerade für die Schäfer mit großen Herden ist die Ersatzbeschaffung eine große finanzielle Herausforderung.

In ihre Richtung zielt auch die zweite Forderung des Antrags, die Höchstgrenze der Entschädigung anzupassen. Die Berufsschäfereien haben oft hohe Risszahlen zu verkraften und sind leider oft über das Jahr schnell an der Grenze von 30 000 Euro Schaden angelangt.

Es ist sicher richtig, dass es eine Höchstgrenze zum Beispiel für Risse von Fohlen geben muss. Aber speziell bei den hauptsächlich betroffenen Schafen darf die Entschädigungssumme in Addition nicht auf 30 000 Euro begrenzt sein. Wem Schafe durch den Wolf gerissen werden, dem müssen auch alle bezahlt werden. Dies gehört zur Wahrheit und Ehrlichkeit der immer wieder beteuerten Solidarität mit den Weidetierhaltern dazu.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der AfD)

Wir brauchen Taten und Ergebnisse anstelle leerer Versprechungen und falscher Hoffnung. Im letzten Jahr hat die SPD ein dreiseitiges Positionspapier zum Thema Wolf veröffentlicht.

(Sebastian Zinke [SPD]: Gut, dass Sie es gelesen haben!)

- Ja, ich lese viel.

(Grant Hendrik Tonne [SPD]: Er hätte es nicht nur lesen, sondern auch verstehen müssen!)

Problemwölfe sollen demnach schneller entnommen werden können, Hürden im Bundesnaturschutzgesetz sollen abgebaut werden, Herdenschutzmaßnahmen müssen schneller gefördert werden.

Liebe SPD, dieser Antrag bietet ein konkretes und überfälliges Handlungsfeld. Ich bin gespannt, mit welcher Begründung man unserem Antrag eventuell nicht folgen will.

Wer bestellt, muss bezahlen - und nicht nur die erste Runde, sondern alle Folgekosten. Die somit weiter steigenden Kosten für den Wolfsschutz müssen auch den Bürgern bekannt sein. Die CDU will ein aktives Wolfsmanagement, der Wolf muss aktiv bejagt werden, damit er sich von Menschen, Dörfern und Weidetieren fernhält.

(Beifall bei der CDU und bei der AfD)

Jeder Wolf muss entnommen werden können, wenn er keine Scheu zeigt. Nur die Wölfe zu schießen, die bereits Weidetiere gerissen haben, ist zu wenig. Wir wollen den Grundschutz für Nutztiere und den Aus-

gleich von Risssschäden durch Wolfsübergriffe dauerhaft und verlässlich finanzieren. Eine bessere Wolfspolitik ist nicht nur machbar, sondern überfällig.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Sabine Tippelt:

Herzlichen Dank, Herr Eilers. - Die nächste Wortmeldung kommt von Bündnis 90/Die Grünen. Frau Janssen-Kucz, bitte!

Meta Janssen-Kucz (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Egal, wie viele Anträge die CDU zum Thema Wolf auf den Weg gebracht hat, lieber Herr Eilers - wirklich etwas passiert ist erst seit Rot-Grün, seit wir in der Verantwortung sind in Sachen Schutz von Weidetieren. Das ist einfach so.

(Lachen bei der CDU und bei der AfD -
Ulf Thiele [CDU]: Das ist ja frech!)

Jetzt zu Ihrem Antrag, dauerhaft zu finanzieren: Wer hatte den letzten Doppelhaushalt, mit dem wir gestartet sind? Weshalb fehlten so viele Millionen? Weshalb konnten die Betroffenen nicht ausbezahlt werden? - Das haben wir über den Nachtragshaushalt 2023 geregelt.

(Ulf Thiele [CDU]: Nein, habt ihr nicht!
Das habt ihr über überplanmäßige
Ausgaben geregelt! Wir wollten das
über den Nachtrag regeln!)

So konnten jetzt alle ihre Gelder bekommen. Wir haben diese 7 Millionen Euro auf den Weg gebracht. Das nur mal ein bisschen zur Klarstellung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es war und ist bitter, dass trotz vieler Schutzvorkehrungen 2023 mehr Nutztiere von Wölfen verletzt und getötet wurden als 2022. Wir haben auch Billigkeitsleistungen für getötete und verschollene Tiere in Höhe von 240 000 Euro geleistet. Aber auch wenn Geld geflossen ist - das muss ich einfach mal sagen -, die Nutztiere sind tot und ganze Herden von Schafen verängstigt. Es betrifft auch die Familien.

Vizepräsidentin Sabine Tippelt:

Frau Janssen-Kucz, lassen Sie eine Zwischenfrage von Herrn Schmäddeke zu?

Meta Janssen-Kucz (GRÜNE):

Nein.

(Veronika Bode [CDU]: Ach, schade!)

Das macht deutlich, es muss weitere Verbesserungen im Wolfsmanagement und beim Herdenschutz geben. Dafür sind wir angetreten.

Aber es ist wirklich Fakt: Wir haben viel geschafft in Sachen Wolfsmanagement. Der Druck aus Niedersachsen auf Bundesebene hat gewirkt. Wir werden das erste Bundesland sein, das Schnellabschüsse von Wölfen durchführt und damit ein schnelleres und unbürokratisches Handeln in den betroffenen Regionen auf den Weg bringt, wo es zu Schäden an geschützten Nutztieren kommt. Da bin ich mir sicher.

Richtig und gut ist auch, dass Umweltminister Meyer und Landwirtschaftsministerin Staudte das Dialogforum „Weidetierhaltung und Wolf“ mit den Umweltverbänden und mit den Tierhaltern auf den Weg gebracht haben. Genau dort werden die Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen und Vorschläge diskutiert,

(Alfred Dannenberg [AfD]: Seit einem
Jahr kein Ergebnis!)

vom Schafhalterverband bis zur Umstellung auf die Herdenpauschale.

Vizepräsidentin Sabine Tippelt:

Herr Dannenberg, Sie haben gleich das Wort.

Meta Janssen-Kucz (GRÜNE):

Lassen Sie sich am Montag überraschen! Ich bin sicher: Vieles aus dem Dialogforum wird in die „Richtlinie Wolf“ aufgenommen werden. Damit gehen wir einen gemeinsamen Weg.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unser Ziel ist es, die Situation der Weidetierhalter im Zusammenleben mit den Wölfen zu verbessern. Daran arbeiten wir hart und effizient und freuen uns auf Ihre Anregungen.

Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der
SPD)

Vizepräsidentin Sabine Tippelt:

Die nächste Wortmeldung kommt von der AfD-Fraktion. Herr Dannenberg!

(Beifall bei der AfD)

Alfred Dannenberg (AfD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Probleme, die der Wolf verursacht, werden immer größer und teurer. Genau deshalb hatten wir von der AfD-Fraktion in unserem Haushaltsentwurf auch 5 Millionen Euro zusätzlich für die Förderung der Weidetierhaltung in Wolfsgebieten vorgesehen. Dazu passt der nun heute vorliegende Antrag sehr gut: Die Obergrenze für die Erstattung von gerissenen Weidetieren für die Berufsschäferereien auf 60 000 Euro heraufsetzen - jawohl. Den Ersatz abgängiger wolfsabweisender Zäune fördern - auch gut.

Einen wichtigen Punkt möchte ich noch zu diesem Antrag hinzufügen. Zwar wird die Anschaffung von Herdenschutzhunden schon bezuschusst, aber auch die Folgekosten für Futter, Tierarzt etc. sollte das Land übernehmen, grob gerechnet 1 000 Euro pro Hund und Jahr. Einen entsprechenden Änderungsvorschlag werde ich im Ausschuss einbringen.

Und nun zum Kontext dieses Antrags. Ich gebe Ihnen mal ein kleines Update in Sachen Wolfswirksamkeit und Chefsachenversagen.

Werte Landesregierung, wissen Sie eigentlich, was gerade bei Berufsschäfer Jahnke im Landkreis Uelzen los ist? Das ist da, wo Wölfe kurz vor Weihnachten 30 Schafe gerissen haben, hinter einem sogenannten wolfsabweisenden Zaun. Da steht eine 400-Kopf-Schafherde, und die Wölfe umkreisen sie Nacht für Nacht. Aufgehängte Plastiktüten, Feuer-schalen, Blinklichter, laut dudelnde Radios, Bewegungsmelder, Kameraüberwachung, Kontrollfahrten und zeitweise Nachtwachen - das volle Programm, und trotzdem: Die Wölfe umkreisen die Herde, Nacht für Nacht. Die rennen direkt am Zaun auf und ab, checken die Lage und scheren sich immer weniger um die ganzen Abwehrmaßnahmen. Herdenschutzhunde sind hier nicht möglich, weil ca. 200 der Schafe trächtig sind.

Stichwort „Trächtigkeit“: Wenn die Wölfe dort angreifen, droht wegen des Stresses für die Schafe ein hundertfaches Verlammen. In Panik davonlaufende Schafe könnten auf die nahe Bundesstraße B4 gelangen oder auf die ICE-Trasse. Unfälle drohen. „Wir sind am Ende unserer Möglichkeiten“, heißt es von Betroffenen vor Ort. Das Wort „Notstand“ macht die Runde.

Herr Weil, vielleicht dringt das ja hier durch die Gänge zu Ihnen: Was ist eigentlich aus Ihrer „Chefsache“ geworden?

(Zuruf von der AfD: Genau!)

Letzten Sommer, kurz vor den Ferien, vollmundig verkündet - und seitdem: nichts, Untätigkeit!

(Beifall bei der AfD)

Ich erinnere mich an den 12. Oktober: Regierungserklärung in Berlin von Umweltministerin Lemke. Neue Regeln in Sachen Wolf - hört, hört! Man wolle, dass in Gebieten mit erhöhtem Rissaufkommen bei einem trotz Grundschutz erfolgten Riss 21 Tage lang einen Kilometer weit um den Rissort Wölfe bejagt werden ohne DNA-Test vorab. Frau Lemke meinte wörtlich: Die Bundesländer müssten nur noch entsprechende Rechtsverordnungen erlassen, dann könnten diese neuen Regeln schon ab 1. Januar gelten.

Ein Journalist fragte, welche Gesetze denn hierzu geändert werden müssten. Antwort Lemke: Keines. - Das war schon die erste Unglaublichkeit! Denn zuvor hieß es ja immer, solche Schnellabschlüsse ließe die Gesetzeslage nicht zu. Welch ein Schlag ins Gesicht der Weidetierhalter! Sie wurden die ganze Zeit im Regen stehengelassen.

Und nun haben viele gespannt auf den Anfang dieses Jahres geschaut: Werden die neuen Regeln jetzt für Niedersachsen verkündet? Gibt es hier die von Frau Lemke genannte Rechtsverordnung? - Nichts! Stille. Riecht so nach Chefsache. Sie wissen schon.

Mitte Januar habe ich mit zwei Fraktionskollegen schriftlich nachgefragt - Drucksache 19/3398 -, welche Schritte man denn hier in Niedersachsen gehen müsse, welche warum noch nicht getan sind und wann es denn mal so weit sei. - Antwort der Landesregierung sinngemäß: Wir sind noch am Entwerfen. Mitte Februar reden wir dann erst mal im Dialogforum Wolf darüber. Dann kommen Ressortbeteiligung, Verbandsbeteiligung, Normprüfung und irgendwann mal die Verkündung dieser Schnellabschussverordnung. - Ja, echt schnell!

Sagen Sie mal, was haben Sie eigentlich das letzte Vierteljahr so gemacht? Sie könnten doch schon viel weiter sein! Nicht vergessen: bei Suderburg 30 gerissene Schafe vor Weihnachten. Und seitdem umkreisen die Wölfe Nacht für Nacht die Herde.

Wissen Sie was? Schade, dass es nur Schafe sind und kein LNG-Terminal. Dann hätte diese Landesregierung schon alles veranlasst.

(Beifall bei der AfD)

Und Ihre Dreistigkeit geht ja noch weiter. In Ihrer Antwort auf meine besagte Anfrage schreiben Sie,

das Schnellabschussverfahren sei ja auch ohne Verordnung schon in Kraft

(Sebastian Zinke [SPD]: Stimmt ja auch!)

und könne in Gebieten mit überdurchschnittlicher Überwindung von Herdenschutzmaßnahmen bereits angewendet werden.

„Stimmt ja auch!“, höre ich hier. Wie bitte? Wo denn?

(Sebastian Zinke [SPD]: Ja, richtig, so ist das auch! Man braucht ja hier nicht solche Geschichten zu erzählen! Das ist nicht richtig! Es gilt seit dem 1. Januar!)

Und vor allem: Wie denn, wenn es nicht publik gemacht wird, außer dass die Abgeordneten von der AfD mal nachfragen?

Meine Ansprechpartner im Landkreis Uelzen wussten jedenfalls nichts davon. Und wenn das kein besonders betroffenes Gebiet ist, wo denn dann?

(Sebastian Zinke [SPD]: Der Landrat hat übrigens einen Antrag an den Minister gestellt! Informieren Sie sich mal ein bisschen! - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Reden und keine Inhalte bringt hier keinen weiter.

Und wofür brauchen Sie dann überhaupt noch diese Verordnung, wenn Sie sagen, die Schnellabschussregelung sei ja eh schon in Kraft und Sie seien auch so in der Lage, Gebiete mit überdurchschnittlicher Überwindung von Herdenschutzmaßnahmen zu erkennen? Das passt doch alles vorne und hinten nicht!

Und in der Zeit geht das Drama da draußen weiter: ausweichen, hinhalten, unklar bleiben, unhaltbare Zustände dulden. Das ist auch das klägliche Fazit aus der Antwort des Ministerpräsidenten vorhin. Tolle „Chefsache“!

Die Wolfspolitik dieser Landesregierung ist ein einziger Skandal, meine Damen und Herren.

(Sebastian Zinke [SPD]: Ohne den Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen wären wir noch gar nicht so weit! Das ist die Wahrheit!)

Epilog: Das Schadensbild ist hinlänglich bekannt, dass sich insbesondere die Grünen bei naturfernen Städtern ihre Wählerstimmen holen und dann, wenn

sie in Regierungsbeteiligung sind, die Menschen auf dem Lande mit ihrer Ideologie drangsaliieren.

Als Lehrer weiß ich um den Wert der Prinzipien originale Begegnung und Perspektivwechsel. Liebe Grüne, setzen Sie doch mal ein Wolfsrudel hier in der Eilenriede, hier im Stadtwald von Hannover aus! Die können dann morgens mit den ersten Joggern um die Wette laufen, schauen vormittags den kleinen Kindern auf dem Spielplatz zu, ab mittags können sich die Wölfe dann die ersten Essensreste aus den Mülleimern mopsen und nachmittags noch der Omi den Fiffi von der Leine naschen.

(Zuruf von Meta Janssen-Kucz [GRÜNE] - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

- Wie? Da sind Sie nicht so für?

(Anne Kura [GRÜNE]: Nehmen Sie das Thema doch mal ernst!)

Aber genau das muten Sie den Menschen auf dem Lande zu!

(Meta Janssen-Kucz [GRÜNE]: Das ist eine Unterstellung!)

An alle, die sich das nicht mehr bieten lassen wollen: AfD wählen hilft. Dann bekommen Sie endlich ein aktives Wolfsmanagement und garantiert keine grüne Politik.

(Zuruf von der SPD: Keine Wahlwerbung hier!)

Schönes Wochenende schon mal!

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Sabine Tippelt:

Die nächste Wortmeldung kommt aus der SPD-Fraktion. Herr Willeke, Sie haben das Wort.

(Beifall bei der SPD)

Christoph Willeke (SPD):

Sehr geehrte Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein neuer Plenarabschnitt, ein neuer Wolfsantrag.

(Zuruf von der AfD: Weil es nötig ist!)

Ich fühle mich gleichsam wie Bill Murray in „Täglich grüßt das Murmeltier“.

(Klaus Wichmann [AfD]: Das Murmeltier wäre längst tot!)

Trotzdem nehme ich natürlich gern zum Antrag der CDU-Fraktion Stellung, rede auch tatsächlich zum

Antrag und fange nicht mit einer historischen Darstellung der Wolfspolitik der letzten sechs Jahre an, wie das die AfD hier gerade gemacht hat.

In dem Antrag der CDU-Fraktion geht es um wolfsabweisenden Grundschutz für Nutztiere und den Ausgleich von Risschäden durch Wolfsübergriffe. Bleiben wir also kurz bei der Sachlichkeit. Der Wolf ist zweifellos ein integraler Bestandteil unseres Ökosystems. Es ist von zentraler Bedeutung, einen Ausgleich zwischen dem Schutz der Nutztiere und dem Erhalt der Tierart Wolf zu finden. Darin sind wir uns ja weitestgehend einig.

In der Vergangenheit ist beim Thema Weideschutz viel passiert. Hierbei unterscheiden wir uns schon ein wenig. Es gab zum Beispiel eine deutliche Mitelerhöhung auf - die Zahl wurde genannt - ca. 7 Millionen Euro. Und wir haben uns darauf geeinigt, weitere Maßnahmen im Dialog mit den Weidetierhalterinnen und Weidetierhaltern zu erarbeiten und eben keine politischen Forderungen alleine durchzusetzen.

Uns ist es wichtig, Lösungen gemeinsam mit den Weidetierhalterinnen und Weidetierhaltern zu erarbeiten. Und ja: Die Vorschläge der CDU werden dabei sehr gern mitdiskutiert, aber nicht ausschließlich hier im Plenarsaal, sondern auch im Dialog mit den Betroffenen, und das ist, denke ich, auch gut so.

Ich begrüße es ausdrücklich, dass der Antrag diesmal tatsächlich auf ein Landesthema abzielt. Dafür ein ganz herzliches Dankeschön an die CDU-Fraktion!

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

- Das ist einen Applaus aus den Reihen der SPD wert, wenn die CDU mal einen Antrag zu einem Landesthema stellt.

(Wiard Siebels [SPD]: Langsam wird es was!)

Ein Manko Ihres Antrags muss ich aber noch herausstellen. Bei Ihrer Forderung, die maximale Förderhöhe von 30 000 Euro auf 60 000 Euro anzuheben, vergessen Sie eine Tatsache, die Sie eigentlich kennen müssten, haben wir doch vor nicht allzu langer Zeit gemeinsam als Große Koalition genau dies schon versucht. Damals sind wir allerdings an der De-minimis-Regel der EU gescheitert, die es uns rechtlich nicht ermöglicht, eine 100-%-Zahlung über 30 000 Euro durchzusetzen.

(Ulf Thiele [CDU]: Es geht nicht um eine 100-%-Zahlung! Sie hat 80 000

bis 100 000 Euro zahlen müssen! Das ist keine 100-%-Zahlung!)

Vizepräsidentin Sabine Tippelt:

Herr Thiele, wenn Sie etwas sagen möchten, melden Sie sich bitte zu Wort!

(Ulf Thiele [CDU]: Er hat es verstanden!)

Christoph Willeke (SPD):

Wenn Sie jetzt etwas fordern, was wir aus EU-rechtlichen Gründen auch gemeinsam nicht hinbekommen haben, ist das Ihr Recht als Opposition. Aber wenn Sie ehrlich sind, machen Sie es auch nur, weil Sie keine Verantwortung in diesem Land tragen und weil Sie nichts von Ihren Forderungen umsetzen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Jede Zahlung über 30 000 Euro - Herr Thiele, das sollten besonders Sie wissen - ist dem europäischen Beihilferecht untergeordnet. Das kann man finden, wie man möchte; das ist aber die Realität.

(Ulf Thiele [CDU]: Man braucht nur anzumelden!)

Wenn es Ihre Art der Politik ist, rechtliche Hürden, die Sie kennen oder zumindest kennen sollten, nicht zu erwähnen, dann ist das entweder Unkenntnis oder, sagen wir einmal, populistisch angehaucht, und Sie machen es sich etwas zu einfach.

In der nächsten Woche tagt der Weidetierhalterdialog erneut. Es werden bürokratieärmere Verfahren in Form von pauschalen Auszahlungen diskutiert. Das hat der Schafhalterverband vorgeschlagen. Das Stichwort lautet hier „Herdenschutzprämie“. Das begrüße ich ganz ausdrücklich.

Zusammengefasst sind Ihre Forderungen nicht umfangreich genug und stoßen auf rechtliche Hürden. Wir haben also im Ausschuss noch einiges zu diskutieren. Ich freue mich auf eine sachliche Diskussion mit Ihnen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit - Ihre SPD-Fraktion!

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Sabine Tippelt:

Herzlichen Dank, Herr Willeke.

Wir kommen jetzt zur Ausschussüberweisung.

Federführend soll der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, mitberatend der Ausschuss für Haushalt und Finanzen sowie der Ausschuss für Umwelt, Energie und Klimaschutz sein. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen.

Wir kommen jetzt zu:

Tagesordnungspunkt 36:

Erste Beratung:

Erbrachte Prüfungsleistungen honorieren und die rechtswissenschaftliche Ausbildung attraktiver gestalten - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/3370

Zur Einbringung des Antrags hat sich Frau Hillberg von der SPD-Fraktion gemeldet. Bitte schön!

(Beifall bei der SPD)

Antonia Hillberg (SPD):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Das Studium der Rechtswissenschaften an deutschen Universitäten ist etwas ganz Besonderes. Zu diesem Schluss kommen nicht nur Juristinnen und Juristen, sondern vielmehr auch noch Studierende anderer Fachrichtungen immer wieder.

Auffällig ist dabei beispielsweise die beeindruckende Beständigkeit der Grundfesten der juristischen Ausbildung, die sich bis heute durchzieht, die aber eben auch Raum für Reformmöglichkeiten eröffnet. Dies zeigt sich auch in der ausschließlichen Ausrichtung des Studiums auf die Abschlussprüfung in Form des Staatsexamens. Eine hell strahlende Besonderheit ist dabei das häufige Fehlen eines Bachelors im Allgemeinen bzw. eines in den Studiengang integrierten Bachelors, insbesondere auch hier in Niedersachsen.

Um mögliche Missverständnisse und Unklarheiten direkt aus dem Weg zu räumen: Es geht in dem heute zu beratenden Antrag keineswegs darum, das Staatsexamen in etwaiger Form anzugreifen. Vielmehr geht es darum, mit der Einführung eines integrierten Bachelors in das Studium der Rechtswissenschaften eine richtige und sinnvolle Ergänzung zu vollziehen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Welche Vorteile hat es nun aber, einen integrierten Jura-Bachelor einzuführen? - Zunächst einmal wird die reine Zielorientierung des Studiums auf die Prüfung des Staatsexamens aufgelöst, indem die Leistungen auf dem Weg zur Zulassung zum Staatsexamen für den integrierten Bachelor zählen und für diesen auch gebraucht werden.

Gerade im Grundstudium wird dies interessant. So brauchen beispielsweise Jurastudierende an der Universität Hannover, um die Zwischenprüfung zu bestehen, unter anderem jeweils im Bürgerlichen Recht, im Öffentlichen Recht und auch im Strafrecht mindestens zwölf Punkte aus mindestens zwei Klausuren. Das wird dann im Bürgerlichen Recht noch einmal ausdifferenziert in Grundkurse BGB I bis IV, das Sachenrecht I und II. Dann muss man aber auch mindestens eine bestandene Klausur aus dem Sachenrecht, also vier Punkte, für die Zwischenprüfung einbringen. Damit kommt man auf jeden Fall auf unter sechs Klausuren.

(Unruhe)

- Sie erkennen an der Lautstärke im Saal, dass es ein bisschen kompliziert ist.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Genau hier setzt die organisatorische Struktur des integrierten Bachelors an. Bislang galt für sehr viele das Mantra „Vier gewinnt“, ähnlich wie „Five to survive“ aus dem Abitur - vielleicht erinnern sich einige. Aktuell zählen die einzelnen Noten im Studienverlauf wenig bis gar nicht; denn relevant ist an sich nur das Bestehen.

Durch diese neue, ergänzende Struktur des Bachelors werden die Noten aus den Klausuren und Hausarbeiten im Gesamtstudienverlauf einfach interessanter; denn sie tauchen auf dem Bachelor-Zeugnis wieder auf und werden dafür auch benötigt. Sie werden honoriert und verschwinden eben nicht auf irgendwelchen Studienverlaufsübersichten ins Ungewisse.

Ein weiterer Vorteil der Einführung des integrierten Bachelors ist es, dass Studierende nun nicht mehr Gefahr laufen, am Ende ihres Studiums beim Durchfallen durch die Klausuren des Staatsexamens mit nichts dazustehen. Auf den Punkt gebracht: ohne Abschluss, getragen von der vermeintlichen Irrelevanz ihrer erbrachten Leistungen, und das, obwohl sie ja vorher ihr Studium erfolgreich absolviert haben, was durch die Scheinfreiheit belegt ist.

Hier ist der integrierte Bachelor aber kein vermeintlicher Rettungsanker für ein paar verzweifelte ehemalige Jurastudierende, die dann Taxi fahren müssen, eine ganz neue Ausbildung beginnen müssen oder als ungelernete Kräfte in den Beruf einsteigen.

Der integrierte Bachelor schafft viel mehr Sicherheit und eine gewisse Form der Entspannung für viele Jurastudierende. Denn der integrierte Bachelor reduziert die Komponente des psychischen Drucks im Rahmen der Staatsexamensvorbereitung deutlich. Denn die eben dargestellte Gefahr, am Ende ohne alles dazustehen, wird einfach abgestellt und aus dem Weg geräumt.

Dies ist vielleicht auch der richtige Zeitpunkt, zu erwähnen, dass sich laut der Umfrage der Initiative iur.reform etwa 70 % aller Jurastudierenden für die Einführung eines integrierten Bachelors ausgesprochen haben, also auch die Gruppe der Menschen, die das gerade besonders betrifft.

Lassen Sie uns nun aber auch noch einmal auf die Dimension des Fachkräftemangels zu sprechen kommen.

Die Zahl der Absolventinnen und Absolventen der juristischen Prüfung entwickelt sich nicht gerade positiv. Insbesondere sinkt die Anzahl der erfolgreichen Absolventinnen und Absolventen der Ersten Juristischen Staatsprüfung seit 2017 bundesweit kontinuierlich. Das Problem ist aber, dass der Bedarf an hochqualifizierten Juristinnen und Juristen in der Praxis eben nicht sinkt. Dieser Bedarf beschränkt sich jedoch nicht nur auf Volljuristinnen und Volljuristen, sondern erstreckt sich auch auf die Bereiche der freien Wirtschaft und des öffentlichen Dienstes. Gerade auch in diesen Bereichen sind die Absolventinnen und Absolventen mit einem Jura-Bachelorabschluss attraktiv. Und umgekehrt sind eben diese Bereiche auch für Jura-Bachelorabsolventinnen und -absolventen interessant.

Lassen Sie mich abschließend noch verdeutlichen - vielleicht führt das wieder zu etwas mehr Ruhe im Haus, insbesondere auf der rechten Seite -:

(Widerspruch von der AfD)

Keineswegs wird sich hier ein Abschluss ausgedacht oder Ähnliches. Vielmehr sollen absolut bachelorwürdige Studienleistungen einer universitären Ausbildung nun eben endlich mit einem solchen Bachelor bedacht werden.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Und das, meine Damen und Herren, steigert eben auch die Attraktivität des niedersächsischen Hochschulstandorts bedeutend, insbesondere, wenn wir uns ehrlich machen und auf die Entwicklungen in anderen Bundesländern schauen, wie etwa in unserem Nachbarland Nordrhein-Westfalen. Niedersachsen darf hier unter keinen Umständen zurückfallen.

Ich freue mich nun auf die Ausschussberatung und die Umsetzung dieser zukunftsweisenden Reform für die Jurist*innenausbildung in Niedersachsen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Frau Kollegin Hillberg. - Als Nächstes hat sich der Kollege Plett für die Fraktion der CDU zu Wort gemeldet. Bitte schön!

(Beifall bei der CDU)

Christoph Plett (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer! Auch die Juristenausbildung unterliegt einem Veränderungsbedarf. Hiermit beschäftigt sich der vorliegende Antrag. Dem muss aber vorausgeschickt werden: Die Unverwechselbarkeit des ersten und des zweiten juristischen Staatsexamens darf darunter auf keinen Fall leiden.

(Beifall bei der CDU)

Die Qualität, die die Juristenausbildung hier in der Bundesrepublik zum Ergebnis führt, muss beibehalten bleiben. Ich will dazu den ehemaligen hessischen Justizminister, Herrn Roman Poseck, zitieren, der jetzt Innenminister in Hessen geworden ist. Poseck sagte zu diesen Veränderungen:

„Durch die Ausrichtung eines Bachelor-Abschlusses an einem Schwerpunktbereich, in dem auch interdisziplinäre Fähigkeiten und fachspezifische Kenntnisse vermittelt werden, können sich zudem wertvolle, auf dem Arbeitsmarkt gefragte Spezialisierungsmöglichkeiten ergeben.“

„Rechtswissenschaftliche Fakultäten können sich durch die Entwicklung eigener Schwerpunkte gegenüber anderen besonders auszeichnen und Anreize für eine zusätzliche Spezialisierung der Jurastudierenden schaffen.“

Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist eine gute Zusammenfassung, warum wir darüber nachdenken, einen Bachelor of Laws in das Ausbildungsverfahren einzuführen. Aber damit wir auch wissen, wovon wir sprechen, und damit wir den Bachelor in die einzelnen Stufen der Juristenausbildung einordnen können, müssen wir diese Stufen jetzt einmal gemeinsam durcharbeiten.

Wenn eine Veränderung vorgenommen werden soll, muss man wissen, was passiert, wenn jemand alle Prüfungen bestanden hat, um sich zum ersten Staatsexamen anzumelden. Das bedeutet - so ist es jetzt in Nordrhein-Westfalen in der Verbandsanhörung -, dass dann automatisch ein Antrag auf einen Bachelor gestellt werden kann. Wenn alle Prüfungen, die notwendig waren, um sich für das erste Staatsexamen anzumelden, erfolgreich abgeschlossen sind, kann ein Abschluss mit einem Bachelor erfolgen.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir müssen natürlich auch immer sehen, was ein Bachelor of Laws im Zusammenhang mit dem ersten und zweiten Staatsexamen bedeutet, und insbesondere auch, ob es einen Markt in der Bundesrepublik gibt, der diesen Abschluss aufnimmt.

Im Rahmen der Diskussion im Ausschuss werden wir vielleicht hören, wie das andere sehen. Denn eines ist ganz sicher: Das Ergebnis der Einführung dieses Bachelors ist, dass ein Abiturient, wenn er alle Prüfungen bestanden hat, im ersten Staatsexamen durchgefallen ist und keine Wiederholungsmöglichkeit mehr hat, dann kein „Abiturient mit Rechtskenntnissen“ mehr ist. Das ist eine positive Entwicklung. Darauf ist aufzubauen.

Der zweite Abschnitt, den wir hier betrachten müssen, betrifft Studienabbrecher, die noch nicht alle Prüfungen im juristischen Bereich durchlaufen und auch abgeschlossen haben.

Wir müssen darüber nachdenken, wie wir den Bachelorabschluss in das Studium integrieren können. Das bedeutet natürlich einen enormen Aufwand innerhalb der Universitätsverwaltung - aber nun gut, das muss dann auch umgesetzt werden. Aber eines darf auf keinen Fall passieren: Es kann nicht sein, dass diejenigen, die diese wenigen Prüfungen absolviert haben, gleich einen Bachelorabschluss haben, sondern wir müssen sehen, dass dieser Bachelorabschluss im juristischen Studium auf einer vergleichbaren Ebene mit anderen Bachelorabschlüssen steht.

Das erreichen wir nur dann, wenn klar ist, dass am Ende eine Bachelorarbeit geschrieben wird, die, was die Anforderungen betrifft, mit anderen Bachelorarbeiten vergleichbar ist. Nur dann kommen wir zu dem Ergebnis, dass auch Studienabbrecher, die es im juristischen Studium leider immer wieder gibt, durch den Bachelor of Laws aufgefangen werden. Ich glaube, es lohnt sich, in der Diskussion im Ausschuss auch darauf noch einmal näher einzugehen.

Und die dritte Variante ist, dass parallel zum Studiengang, wie zum Beispiel bei der Leuphana Universität Lüneburg, die Möglichkeit besteht, eine Ausbildung zu machen, die Inhalte der universitären juristischen Ausbildung beinhaltet, aber nicht auf den Beruf eines Richters, Staatsanwalts oder Anwalts ausgerichtet ist, sondern auf weitere Berufe. Vielleicht geht es zum Beispiel um ein Journalismusstudium. Dafür ist es auch sinnvoll, juristische Hintergründe zu kennen.

Diese Möglichkeiten haben wir auf jeden Fall schon, sodass wir dies in der Diskussion über einen integrierten Bachelor of Laws im juristischen Studiengang überhaupt nicht mehr betrachten müssen. Ich glaube, das würde zur Aushöhlung der juristischen Ausbildung führen.

Ich will vor diesem Hintergrund zusammenfassend folgende Argumente nennen, die für einen Bachelor sprechen:

Ich glaube, damit können wir einen Anreiz, deutlich mehr Studieninteressierte für das rechtswissenschaftliche Studium zu begeistern, schaffen. Ich sagte es: Das Staatsexamen beschwört dann nicht länger diese Alles-oder-nichts-Situation herauf, dass man, wenn man nicht mehr zum ersten Staatsexamen zugelassen wird, weil man durchgefallen ist, ein „Abiturient oder eine Abiturientin mit Rechtskenntnissen“ ist.

Da bei einem integrierten LL. B. - also Bachelor of Laws - alle Studienleistungen zählen, müssten die Studierenden besser lernen.

Und weiterhin: Es ist eine gute Option für Studierende, die eine Karriere in der freien Wirtschaft oder im Ausland anstreben, für die die juristischen Grundkenntnisse eines ersten Staatsexamens nicht notwendig sind.

Vor diesem Hintergrund glaube ich, dass wir auch im Sinne einer weiterhin guten Ausbildung von Fachkräften an Universitäten eine Bachelor-of-Laws-Initiative beginnen sollten. Ich freue mich,

wenn dabei am Ende ein positives Ergebnis herauskommt.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Herr Kollege Plett. - Als Nächstes hat sich für die Fraktion der AfD der Kollege Moriße zu Wort gemeldet. Bitte schön!

(Beifall bei der AfD)

Thorsten Paul Moriße (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kollegen! Die Ausübung des Richteramtes, zudem die Arbeit als Anwalt stellt an diejenigen, die sie ausüben, immense Anforderungen. Warum? - Weil deren Arbeit regelmäßig mit menschlichen Schicksalen zu tun hat. Ein Richterspruch - schuldig oder nicht schuldig - kann ein ganzes Leben verändern. Die kompetente Verteidigung durch einen Anwalt spielt dabei eine nicht unwesentliche Rolle.

Aus diesem Grund stellt der Studiengang zum Volljuristen höchste Ansprüche an seine Kandidaten, und das zu Recht. Meine Damen und Herren, es ist meine persönliche Überzeugung, dass dies auch so bleiben soll.

Uns liegt der Antrag der SPD- und der Bündnis 90/Grüne-Fraktion vor, erbrachte Prüfungsleistungen zu honorieren. Man muss diesem erst einmal mit juristisch trainierter Spürnase abgewinnen, welches Problem überhaupt geschildert und welche Lösung dafür beantragt wird. Kurz: zu wenig Volljuristen und zu wenig Bachelors der Rechtswissenschaft.

Dazu gleich vorweg: Der Antrag würde keines der genannten Probleme lösen.

Es sollen Jurastudenten nach dem ersten Staatsexamen einem Bachelor gleichgestellt werden, sollten sie die Pflichtfachprüfung nicht bestehen. Dadurch würde sich nichts Wesentliches ändern. Aus der Sicht eines Unternehmers wäre es nur ein neues Stück Papier zu einer weiterhin unveränderten Ausbildung.

Auch der Bachelor als Zulassungsvoraussetzung zu einem Mastertitel ist kein Argument. Erkundigen Sie sich gerne bei Ihrer Bundesaußenministerin, wie man ohne Vorleistung zu einem Masterstudium kommt!

(Zuruf von der AfD: Genau!)

Insgesamt betrachtet weht durch dieses Papier ein Geist, den wir schon aus vielen anderen Diskussionen mit Rot-Grün kennen.

Nebenbei vermisste ich ohnehin den Vorschlag, die offenen Stellen mit Juristen aus dem Ausland aufzufüllen. Ja, wo bleibt dieser Vorschlag?

(Grant Hendrik Tonne [SPD]: Mein Gott! Wie kann man so wenig Ahnung von der Sache haben? Das ist ja wirklich entsetzlich!)

Er scheint von der überraschend weisen Erkenntnis vertrieben worden zu sein, dass es in den Ländern, aus denen Menschen so gerne zu uns strömen, solche Studiengänge überhaupt nicht gibt.

Eine funktionierende Lösung können wir von der AfD gerne liefern - meine Damen und Herren, darin sind wir richtig gut -: Die Gerichte müssen sich in jüngster Zeit vermehrt mit Verfahren befassen, die es vor einigen Jahren gar nicht gab,

(Grant Hendrik Tonne [SPD]: Sie haben überhaupt nicht verstanden, worum es in dem Antrag geht! Sie sind gar nicht in der Lage, das zu erfassen! Hinsetzen!)

seien es Gewaltverbrechen von Einwanderern, Verstöße gegen das Infektionsschutzgesetz - siehe Corona! - oder muslimischer Antisemitismus. Hier muss angesetzt werden. Dann genügt das vorhandene Personal, und die Berufe werden für die kommenden Generationen auch wieder attraktiv.

Wenn wir diese Unabhängigkeit erreichen wollen - meine Damen und Herren, das wäre dann eine nachhaltige Lösung -, müssen wir vielmehr darüber nachdenken oder diskutieren, die Justizministerien auf Länder- und Bundesebene vollständig abzuschaffen.

(Antonia Hillberg [SPD]: Unglaublich!)

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Herr Kollege Moriße. - Zu Ihrem Wortbeitrag gibt es eine Kurzintervention der Kollegin Hillberg. Bitte schön, anderthalb Minuten!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Antonia Hillberg (SPD):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Herr Moriße, ich glaube, Sie haben es wirklich einfach nicht verstanden.

Um die Befähigung zum Richteramt zu erlangen, gibt es aus guten Gründen die zwei Staatsexamina. Herr Plett und ich haben versucht, hier dezidiert und intensiv auf die Abläufe einzugehen.

Wir freuen uns natürlich, das in den Ausschussberatungen noch einmal ganz intensiv zu machen und Ihnen zu erklären, dass der Bachelor mit der Befähigung zum Richteramt rein gar nichts zu tun hat und daher auch nichts aufgelöst werden soll. Informieren hilft.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Sebastian Zinke [SPD]: Ein integrierter Bachelor? Mit Integration haben die es nicht so!)

- Genau. Um den Kollegen Zinke zu wiederholen: Das ist integriert, und mit Integration haben Sie es nicht so.

Da kann ich gleich anschließen. Ich finde es nämlich absolut unangemessen, in diese Diskussion, wie ganz zufällig herbeigeholt, eine wilde fremdenfeindliche, ausländerfeindliche und rassistische Komponente zu bringen.

(Detlev Schulz-Hendel [GRÜNE]: Nicht umsonst läuft ein Ermittlungsverfahren!)

Die hätte es absolut nicht gebraucht.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Frau Kollegin Hillberg. - Eine Wortmeldung zur Erwiderung sehe ich nicht.

(Grant Hendrik Tonne [SPD]: Die hat man ihm nicht aufgeschrieben! Das geht dann nicht!)

Dann kommen wir zur nächsten Rednerin. Die hat sich für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gemeldet. Frau Camuz, bitte schön!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Evrin Camuz (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident, vielen Dank. - Sehr geehrte Abgeordnete! Am 14. September 2022

habe ich meinen Kollegen Ulf Prange auf einer Podiumsdiskussion zum integrierten Bachelor kennengelernt. Damals wusste ich überhaupt nicht, dass wir kurze Zeit später eine Koalition bilden würden. Wir haben dann den integrierten Bachelor in den Koalitionsvertrag verhandelt, und heute - das ist ein besonderer Moment für mich - bringen wir den integrierten Bachelor ins Plenum ein. Das macht besonders Spaß. Vielen Dank dafür!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Herr Plett, ich kann Sie beruhigen: Mit diesem Entschließungsantrag wird die juristische Ausbildung nicht leiden. Ganz im Gegenteil, wir machen sie sozial gerechter, und wir würdigen die Leistungen der Studierenden. Deswegen bin ich ganz zuversichtlich, dass wir gute Beratungen im Ausschuss haben werden.

Mit dem vorliegenden Entschließungsantrag setzen wir ein weiteres Projekt aus unserem Koalitionsvertrag um. In unserer rot-grünen Vereinbarung heißt es:

„Die juristische Ausbildung werden wir reformieren und den heutigen Anforderungen anpassen. Wir führen einen integrierten Bachelor für die Leistungen im Studium bis zum Examen ein.“

Wir haben den Wähler*innen einen integrierten Bachelor versprochen - und heute liefern wir.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Dem liegen folgende Überlegungen zugrunde:

Das Jurastudium dauert mindestens fünf Jahre. Und was passiert nach diesen fünf Jahren? - Viele Menschen stehen dann immer noch nur mit ihrem Schulabschluss da. Denn in jedem Durchgang des ersten Staatsexamens fallen durchschnittlich ein Drittel der Studierenden durch.

Für Menschen, die aus finanziell prekären Verhältnissen kommen, ist diese Unsicherheit schlicht keine Option. Mit diesem Antrag sorgen wir daher auch dafür, die juristische Ausbildung für breitere gesellschaftliche Schichten attraktiver zu machen.

Als Grüne freue ich mich, dass wir das Jurastudium endlich sozial gerechter und durchlässiger machen. Denn soziale Gerechtigkeit ist unser Anspruch.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Wir werten also das Jurastudium durch einen weiteren Abschluss auf, der selbst dann erreicht werden kann, wenn man letztlich in der Staatsexamensprüfung scheitert. Dieser Bachelor of Laws entspricht dann der Studienstruktur im Europäischen Hochschulraum und fördert somit die internationale Vergleichbarkeit. Denn ein Bachelorabschluss ist in vielen Ländern eine gängige Ausbildungsvoraussetzung.

Auch in Deutschland bildet der Bachelor eine gute Basis für einen Einstieg in die zweite Laufbahngruppe des öffentlichen Dienstes oder für ein Masterstudium in einer der zahlreichen Fachrichtungen, in denen juristische Kenntnisse hilfreich sind. Wenn jemand im Laufe des Jurastudiums merkt, dass er keinen der gängigen Berufe ergreifen möchte, also nicht Richter, Richterin oder Staatsanwältin werden möchte, dann gibt der Bachelor die Möglichkeit zum Umsatteln, und die bereits geleistete Zeit ist nicht verschwendet. Die bereits erbrachten Leistungen werden wertgeschätzt und münden in einen Bachelor of Law.

Wenn wir das nicht täten, bestünde die Gefahr einer Abwanderung in diejenigen Bundesländer, die einen integrierten Bachelor bereits eingeführt haben oder im Begriff sind, das zu tun. Das sind bereits zahlreiche Länder: Baden-Württemberg, Brandenburg, Berlin, Hessen, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und nun auch Sachsen. Wir wollen gut qualifizierte Menschen durch das Studium in Niedersachsen motivieren, hier zu bleiben und hier einen Beruf anzustreben.

Neben den Volljurist*innen mit zwei Staatsexamen und den Diplom-Jurist*innen mit einem Staatsexamen wird es künftig also auch einen juristischen Bachelor geben.

Wichtig ist uns dabei, dass die Einführung des integrierten Bachelors ohne größere Eingriffe in den bisherigen Studienverlauf und ohne zeitaufwendige Akkreditierungsverfahren erfolgt.

Um keine Zeit zu verlieren, werden wir auch prüfen, wie der neue Bachelor - das freut mich besonders, das habe ich eingebracht - rückwirkend in den bestehenden Jurastudiengang integriert werden. So runden wir das Paket ab.

Ich freue mich auf die Beratungen im Ausschuss und hoffe, dass wir das, was wir heute von der AfD erlebt haben, nicht in den Ausschuss weitertragen. Denn das hat wieder ganz deutlich gemacht, dass Sie es überhaupt nicht verstanden haben.

Es geht um einen weiteren Abschluss, und es ist nicht so, dass wir dann weniger Richterinnen und Richter in der Verwaltungsgerichtsbarkeit haben, sondern mehr Menschen mit juristischen Fachkenntnissen in den anderen Berufen.

Sie haben noch ein bisschen Zeit, um sich weiterzubilden. Nutzen Sie die Zeit! Dann freue ich mich auch auf qualifizierte Redebeiträge. Heute war das nichts, aber vielleicht beim nächsten Mal.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Frau Kollegin Camuz.

Weitere Wortmeldungen sehe ich zu diesem Tagesordnungspunkt nicht. Wir kommen zur Ausschussüberweisung.

Federführend soll der Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen und mitberatend der Ausschuss für Wissenschaft und Kultur sein. Wer so entscheiden möchte, den bitte ich um das Handzeichen! - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zum für heute letzten Tagesordnungspunkt, zu:

Tagesordnungspunkt 37:

Erste Beratung:

Gemeinsam statt Einsam: Gemeinschaft stärken - landesweite Strategie gegen Einsamkeit entwickeln - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/3371

Der Antrag wird eingebracht von der Fraktion der SPD. Kollege Gäde, bitte schön!

(Beifall bei der SPD)

Marten Gäde (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Einsamkeit ist ein schwerwiegendes Problem. Es ist gut, dass wir uns als Landtag heute wieder mit diesem Thema beschäftigen. Es ist ein Problem, das wir ernst nehmen. Es ist ein Problem, das uns über alle demokratischen Fraktionen hinweg beschäftigt.

Von Einsamkeit können alle Menschen betroffen sein - jüngere und ältere sind betroffen. Einsamkeit ist eine Frage, die besonders vom soziökonomi-

schen Status abhängt. Die Ursachen von Einsamkeit sind vielfältig und komplex, gesellschaftliche Veränderungen wie der demografische Wandel, Individualisierung, Mobilität von Privat- und Berufsleben, Digitalisierung und Ereignisse wie die Coronapandemie können gemeinsam mit individuellen Faktoren starke Auswirkungen auf Einsamkeit haben.

Neben unserem Antrag hat die CDU bereits ebenfalls einen Antrag zum Thema Einsamkeit eingebracht. Die Unterrichtung durch die Landesregierung zu diesem Antrag hat gezeigt, dass die Niedersächsische Landesregierung bereits zahlreiche Maßnahmen zur Bekämpfung von Einsamkeit ergriffen hat.

Wir verfügen beispielsweise über 69 Freiwilligenagenturen und 41 Selbsthilfe-, Kontakt- und Beratungsstellen. Diese Initiativen bieten den Menschen die Möglichkeit, neue Kontakte zu knüpfen und sich mit anderen auszutauschen, die ähnliche Herausforderungen oder Schicksale erleben.

In den Senioren- und Pflegestützpunkten in Niedersachsen wird Einsamkeit zunehmend zu einem wichtigen Beratungsthema.

Darüber hinaus hat das Bundeskabinett am 13. Dezember 2023 die Strategie der Bundesregierung gegen Einsamkeit beschlossen. In der Strategie der Bundesregierung gegen Einsamkeit sind ebenfalls alle Altersgruppen und alle Menschen eingeschlossen. Ziel ist es, Einsamkeit stärker zu beleuchten und zu begegnen. An dieser Stelle begrüßen wir als rot-grüne Landtagsfraktionen die Einsamkeitsstrategie des Bundes ausdrücklich.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das im Februar 2022 gestartete Kompetenznetz Einsamkeit (KNE) bündelt Wissen für konkrete Angebote und Orte gegen Einsamkeit. Das KNE macht besonders bestehendes Engagement sichtbar und bringt diejenigen zusammen, die sich gegen Einsamkeit einsetzen.

Das KNE nimmt das Thema Einsamkeit aller Altersgruppen und aller spezifischen und speziellen Lebenslagen in den Blick. Ziel ist es, Faktoren der aktiven Vorbeugung und Bekämpfung von Einsamkeit zu erforschen, ein Einsamkeitsbarometer für Deutschland zu etablieren, die Geschäftsstelle zur Begleitung der Strategie gegen Einsamkeit umzusetzen sowie Wissen zum Thema weiterzuverbreiten.

Die Bundesstrategie verfolgt insgesamt 111 Maßnahmen zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts und des gesellschaftlichen Miteinanders.

Wir wollen die Erkenntnisse des Bundes, des Kompetenz- und Forschungsnetzwerks unterstützen und eine breite Beteiligung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern befördern. Wir wollen die Ergebnisse breit zugänglich machen, und in diesem Zusammenhang soll auch die Forschung im Bereich der grundlagen- und anwendungsorientierten Einsamkeitsforschung gefördert werden. Die Ergebnisse sollen in einer landesweiten Strategie gegen Einsamkeit zusammengeführt werden. Die Strategie soll zielgruppengerechte Maßnahmen zur Einsamkeitsprävention und -intervention aufnehmen.

Die wirksamste Einsamkeitsprävention und -intervention geschieht vor Ort in den Kommunen. Vielfach haben sich Kommunen bereits jetzt auf den Weg gemacht und Maßnahmen ergriffen, um die Gemeinschaft zu stärken. Besonders die sozialraumorientierte Quartiersarbeit erweist sich als sehr vielversprechend. Die positiven Beispiele sollen als Best Practice in die Einsamkeitsstrategie aufgenommen werden. Das Ehrenamt ermöglicht durch den Aufbau von Netzwerken und Gemeinschaftsgefühl zudem die soziale Integration von Menschen, die von Einsamkeit betroffen sind. Daher soll unsere Ehrenamtsstrategie von Einsamkeit betroffene Menschen als Zielgruppe dieser Strategie berücksichtigen.

Ich denke, grundsätzlich gehen unser rot-grüner Antrag und der Antrag der CDU in eine ähnliche Richtung, und wir können darüber im Ausschuss sicherlich sprechen. Aber an einer Stelle haben wir bisher einen Dissens:

Die CDU fordert die Schaffung eines Landesbeauftragten für Einsamkeit. Orientiert hat man sich hier an Nordrhein-Westfalen. Gemäß den eingebrachten Änderungsanträgen zum Haushalt 2024 rechnet die CDU für diese Stabsstelle mit Kosten in Höhe von 250 000 Euro. Angesichts begrenzter Haushaltsspielräume und der Herausforderung, jeden Euro möglichst effizient auszugeben - ich denke, unsere Haushälter werden mir hier auf jeden Fall zustimmen -,

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

muss man sich schon fragen, wie sinnvoll hier die Schaffung eines Landesbeauftragten ist.

Also schauen wir einmal nach Nordrhein-Westfalen! Was findet man dort? - Ein Fünf-Säulen-Modell. Erste Säule: Phänomen Einsamkeit weiter erschließen. Zweite Säule: Sensibilisierung der Öffentlichkeit. Dritte Säule: Identifikation von Best Practice. Vierte Säule: Entwicklung niederschwelliger Maßnahmen. Fünfte Säule: Unterstützung von Aktiven und Ehrenamtlichen vor Ort. - Diese Ziele erreichen wir auch mit unserem Antrag.

Was findet man dort weiter? - Eine Onlineliste mit Initiativen und Angeboten gegen Einsamkeit. - Das lässt sich seitens des MS auch einfach ohne Landesbeauftragten erstellen und umsetzen.

Und dann findet man in Nordrhein-Westfalen noch weitere direkte Hilfeangebote wie das Silbernetz, die „Nummer gegen Kummer“ und den Krisenchat. Das sind gute, niederschwellige Angebote, die sich auch in der Bundesstrategie und im Kompetenznetzwerk wiederfinden.

Mit unserem Antrag können wir ein vergleichbares Angebot in Niedersachsen bilden, ohne dafür eine Stabsstelle zu schaffen. Aus diesem Grund halten wir die Schaffung einer Stabsstelle für nicht sinnvoll. Was wir aber als sinnvoll erachten, ist, mit einer niedersächsischen Einsamkeitsstrategie den Menschen direkt zu helfen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Es ist gut, dass wir das Thema Einsamkeit heute aufgenommen haben. Wir sind weiterhin bereit, einen gemeinsamen Weg mit Ihnen, Kollegen von der CDU, zu finden, wenn wir aufeinander zugehen und gemeinsam etwas gegen Einsamkeit machen wollen. Ich freue mich auf die konstruktive Diskussion im Ausschuss.

Vielen Dank und an dieser Stelle jetzt schon einmal ein schönes Wochenende. Ich hoffe, Sie verbringen es gemeinsam mit Ihren Lieben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Herr Kollege Gäde. - Als Nächstes hat sich der Kollege Holsten für die Fraktion der CDU zu Wort gemeldet.

(Beifall bei der CDU - Unruhe)

- Ich darf darum bitten, noch einmal etwas mehr Ruhe zu wahren und den letzten Rednerinnen und Rednern in diesem Plenarabschnitt die Aufmerksamkeit zu schenken.

Eike Holsten (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident, vielen lieben Dank. Denn es ist tatsächlich nicht ganz einfach, kurz vor dem Wochenende gegen diese Wand zu sprechen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will einmal so einleiten: Wir Menschen sind soziale Wesen. Gemeinschaft ist uns ein Grundbedürfnis. Die leben auch wir hier in der Sitzungswoche ganz gern einmal miteinander. Fehlt uns die Gemeinschaft, nehmen wir Schaden.

Die Überalterung unserer Gesellschaft wie auch der gesellschaftliche Wandel, die Auflösung traditioneller Strukturen und schwächer werdende soziale Bindungen befördern zunehmend die Einsamkeit. Die Corona-Pandemie hat Einsamkeit und soziale Isolation in den Blickpunkt gerückt. Viele Begegnungen mussten in der Zeit unterbleiben. Die Folgen werden uns möglicherweise noch sehr lange begleiten. Dabei betrifft Einsamkeit Menschen jeden Alters, jeder sozialen Schicht und Kultur. In unserer modernen Gesellschaft, in der viele Menschen sich auf digitale Medien und Technologien verlassen, um mit anderen in Kontakt zu bleiben, wird die Einsamkeit zu einem immer größeren Problem.

Unsere Wohlfahrtsverbände schlagen Alarm. Viele Studien und Handlungsempfehlungen liegen auf dem Tisch, und es wird auch schon vieles seitens des Staates, aber vor allem seitens der Verbände gemacht - aber eben nicht so koordiniert und mit Nachdruck, wie es wünschenswert wäre.

Ich will in diesem Zusammenhang beispielhaft den Sozialverband Deutschland hervorheben und ihm unseren herzlichen Dank für seine Kampagne „Gemeinsam gegen einsam“ aussprechen. Die Kampagne richtet einen Fokus auf das Thema und ist eine Handreichung, um Menschen Mut zu machen und zu helfen, wo immer es nötig ist. Vielen Dank für diese Arbeit.

(Beifall bei der CDU)

Die Verbände haben viele kluge Forderungen, denen wir uns gerne anschließen wollen. Wir haben aber auch eigene Ansätze. Wir schlagen vor, einen Landesbeauftragten gegen Einsamkeit und für gesellschaftlichen Zusammenhalt einzusetzen. Wir wollen eine ganzheitliche Betrachtung des Themas und ein ressortübergreifendes Arbeiten sicherstellen. Er soll das Thema in der Öffentlichkeit nachhaltig stärken, dafür sensibilisieren und Ängste abbauen. Außerdem sollte die Landesregierung gemeinsam mit den Kommunen und Organisationen

der Freien Wohlfahrtspflege einen Landesaktionsplan zur Prävention und Bekämpfung von Einsamkeit und sozialer Isolation erarbeiten.

Viele weitere Vorschläge finden sich in unserem Entschließungsantrag, den wir hier bereits am 23. März 2023 eingebracht haben. Man beachte: Das ist jetzt bald ein Jahr her. Damals ist uns, wie so oft, gute und konstruktive Zusammenarbeit für unser berechtigtes Anliegen zugesichert worden. Gleich am 20. April hatten wir dann auch eine Anhörung, eine Unterrichtung im Ausschuss, die uns inhaltlich sehr gut vorbereitet hat, um einen gemeinsamen Antrag erarbeiten zu können. Seither, man ahnt es - still ruht der See -, ist es etwas einsam um unseren Antrag zur Einsamkeit im Land geworden.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Nach elf Monaten jetzt Ihr Antrag in erster Beratung im Plenum - als wäre das etwas Neues, worüber wir hier sprechen! Das einleitend Gesagte haben wir Ihnen, wie gesagt, im März letzten Jahres vorgetragen.

Bei uns hat tatsächlich eine ganze Reihe Kollegen gefragt, wie Sie überhaupt auf die Idee kommen, diesen Antrag ins Plenum zu geben. Nach elf Monaten, die das Thema inhaltsgleich bereits im Ausschuss liegt, ist das zumindest mal etwas mutig.

Das hat Irritationen ausgelöst. Nicht etwa, weil wir es nicht gewohnt wären, dass Sie Ihren Ankündigungen auf Zusammenarbeit eher selten Taten folgen lassen, oder weil Sie, wie gehabt, bei uns abschreiben und dann so tun, als hätten Sie uns damit einen eigenen klugen neuen Aufschlag geschenkt. So arbeiten Sie, wobei „arbeiten“ in leichte Anführungsstriche gesetzt ist.

Nein, wenn man die Thematik so lange aussitzt und uns von Ausschuss zu Ausschuss vertröstet, dann überweist man den Antrag direkt in den Ausschuss. Die erste Beratung haben wir nämlich bereits gehabt.

(Beifall bei der CDU)

Dann, liebe Kolleginnen und Kollegen, hätten wir heute beschließen können, damit endlich Bewegung in dieses Thema kommt. So drehen wir erneut eine Schleife durch den Ausschuss und bleiben weiter untätig. Das ist ein Attribut, das diese Landesregierung und die sie tragende Koalition ohnehin am besten beschreibt: untätig.

(Beifall bei der CDU)

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich lese in Ihrem Antrag jetzt eine Reihe kluger Dinge,

(Martens Gäde [SPD]: Danke schön!)

die wir schon so ähnlich formuliert haben. Anderes lassen Sie allerdings leider draußen, was mich schon wundert. Ich habe den Eindruck, dass man vor allem die Dinge nicht reinschreiben will, bei denen man tatsächlich etwas tun müsste.

Ich lese aber nicht heraus - und das hat Herr Gäde ja durchaus auch kenntlich gemacht -, dass unsere beiden Anträge unvereinbar wären. Im Gegenteil. Mal abgesehen davon, dass wir gewohnt tiefer in die Materie gehen und Sie etwas an der Oberfläche bleiben, ist Ihr Hauptkritikpunkt - das haben Sie gesagt - der Landesbeauftragte. In der Anhörung wiederum ist mehr als deutlich geworden, wie wichtig diese koordinierende Stelle wäre. In England - das haben wir uns in den Beratungen angesehen - gibt es sogar ein eigenes Ministerium für Einsamkeit. Hier könnte es doch zumindest eine anständige koordinierende Stelle sein.

Herr Gäde, Sie haben gut aufgeführt, wie das in NRW geht und aussieht. Das brauche ich nicht zu wiederholen, sondern kann zum Abschluss etwas versöhnlich in die Runde gucken und uns mit einem „Wunsch“ ins Wochenende verabschieden, und zwar mit einem Wunsch, den ich in dem Kontext auf den Seiten des Paritätischen gelesen habe.

Er fordert dazu auf - und das können wir gut machen, wenn wir gleich ins Auto oder in die Bahn steigen und wie gewohnt auf dem Weg von Hannover weg wieder anfangen zu telefonieren -, einmal diejenigen unserer Lieben, Freunde und Bekannte anzurufen, die vielleicht alleine zu Hause sitzen, und sich zu überlegen, bei wem man sich gut einmal melden könnte.

In diesem Sinne: Machen Sie das doch mal, und kommen Sie alle gut ins Wochenende!

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Herr Kollege Holsten. - Als Nächstes hat sich für die Fraktion der AfD Frau Kollegin Behrendt zu Wort gemeldet. Bitte schön!

(Beifall bei der AfD)

Vanessa Behrendt (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kollegen! Was senkt die Lebenserwartung so sehr wie Alkoholismus, was macht so krank wie 15 Zigaretten am Tag, was ist doppelt so schädlich wie Fettleibigkeit, und was betrifft dabei 42 % der Deutschen? Die Rede ist von Einsamkeit. Wir sind dankbar, dass die Landesregierung sich dieses Themas annimmt. Endlich, muss man sagen; denn Einsamkeit ist längst ein gesamtgesellschaftliches Problem. Wir müssen uns die Frage stellen: Was für ein Land sind wir geworden, in dem sich so viele Menschen einsam fühlen?

Einsamkeit geht mit einer erheblichen Krankheitslast einher. Menschen, die alleine leben, haben ein 80 % höheres Risiko, innerhalb von acht Jahren eine Depression zu erleiden. Ihr Risiko für einen Schlaganfall ist um 39 % erhöht, das Risiko für einen Herzinfarkt sogar um 43 %. Doch während Krankheiten wie Depression und Burn-out, Gott sei Dank, längst anerkannt sind, ist Einsamkeit nach wie vor ein Tabuthema. Wir sind eines der am dichtesten besiedelten Länder in Europa und oft ständig von Menschen umgeben. Dennoch: Einsamkeit breitet sich nahezu unaufhaltsam aus, und zwar nicht nur unter Senioren. Sie betrifft auch viele junge Menschen und, ja, oft auch Menschen, die in einer Partnerschaft leben.

Auch schreiben Sie richtig in Ihrem Antrag, dass gerade Alleinerziehende sich besonders häufig einsam fühlen, und das, obwohl sie natürlich viel Zeit mit ihren Kindern verbringen. Es ist aber völlig nachvollziehbar. Schließlich ist es nicht die Aufgabe von Kindern, Freunde für ihre Eltern zu sein. Sie haben ganz andere, ganz eigene Bedürfnisse.

Sich Einsamkeit selbst einzugestehen, ist ein großer Schritt. Wer gibt schon gern zu, dass er einsam ist? Wer gesteht sich und anderen ein, dass er keine richtigen Freunde hat? Einsamkeit ist nicht nur der äußere Umstand, allein zu sein, sondern das innere Gefühl, als Mensch nicht gewollt zu werden. Ich glaube, es gibt kaum schlimmere Gefühle.

Es existieren keine schnellen Lösungen für Einsamkeit. Sie kann nicht per Gesetz verboten oder per Erlass bekämpft werden. Die Frage, wie man Einsamkeit beendet, ist die Frage, wie das gesellschaftliche Miteinander wiederhergestellt werden kann. Das betrifft viele Bereiche. Wie kann die Atomisierung der Gesellschaft geheilt werden? Wie können öffentliche Räume wieder zu Orten der Begegnung werden? Wie schaffen wir es, dass das

Gespräch mit unserem Nächsten wieder normaler wird als der Kopfhörer im Ohr?

Wir müssen auch die Frage stellen: Welche Rolle spielen politische Polarisierung und der Ausschluss inzwischen großer Teile der Menschen aus dem gesellschaftlichen Leben?

Die Bekämpfung von Einsamkeit muss auch mit einer Aufarbeitung der Corona-Zeit einhergehen. *Sie* haben die Menschen verfolgt, weil sie sich in erzwungener Isolation mit ihren Freunden trafen. *Sie* haben damals Einsamkeit vorgeschrieben und Freundschaft zur Ordnungswidrigkeit erklärt.

(Beifall bei der AfD)

Fakt ist, dass die gegenwärtig so verbreitete Einsamkeit nicht aus heiterem Himmel kommt. Sie ist das Ergebnis einer langen Verkettung auch politischer Entwicklungen, die die Menschen buchstäblich krankgemacht haben. Deshalb wünsche ich mir, dass wir Einsamkeit so diskutieren, wie unsere Gesellschaft sein sollte: zusammen statt gegeneinander, gemeinsam statt einsam.

Ich freue mich auf die Debatte im Ausschuss.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Jens Nacke:

Vielen Dank, Frau Kollegin Behrendt. - Als Nächstes hat sich für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Kollegin Schendel zu Wort gemeldet. Bitte schön!

Swantje Schendel (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleg*innen! Lieber Herr Holsten, ich kann gut damit leben, wenn wir hauptsächlich mit einer Kritik an Prozessen konfrontiert werden. Daran können wir sicherlich gemeinsam - und nicht einsam - weiterarbeiten. Inhaltlich haben wir wirklich nur wenige Differenzen.

Ich möchte gerne noch ein wenig zur Vielseitigkeit von Einsamkeit ausführen. So steht im kürzlich beschlossenen Strategiepapier der Bundesregierung:

„Einsamkeit ist so vielseitig wie die Menschen, die sie verspüren, die Ursachen, die sie ausmachen und die individuellen Biografien, die sie formen.“

Weil Einsamkeit so vielfältig ist, gibt es eben auch nicht die *eine* Lösung oder die *eine* Maßnahme zur Verbesserung der Prävention oder auch zur Linderung. Einsamkeit - das haben wir schon gehört - ist

eine komplexe gesamtgesellschaftliche Herausforderung, die einer umfassenden strategischen Bearbeitung bedarf; darin sind wir uns ja ganz einig.

Einen Einsamkeitsbeauftragten - auch das wurde schon deutlich - halten wir nicht für die Lösung. Denn wir sind der Auffassung, wir sollten lieber direkt in Projekte und Infrastrukturen vor Ort investieren. Wir glauben, dass unsere Ressourcen lieber in echte Menschen statt in Posten investiert werden sollten.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Dann - auch das können Sie in der Einsamkeitsstrategie des Bundes nachlesen - nach bisherigen wissenschaftlichen Erkenntnissen über Einsamkeit senken die Verfügbarkeit und die Erreichbarkeit von öffentlichen Infrastrukturen, von Freizeitgelegenheiten und von Mobilitätsangeboten im Wohnumfeld das Risiko für Einsamkeit.

Doch - da haben wir vielleicht einen inhaltlichen Dissens; aber auch dazu verweise ich auf die bisherigen Erkenntnisse - wir dürfen nicht vergessen, dass insbesondere armutsbetroffene Menschen und solche Menschen, die Diskriminierung erfahren, besonders von Einsamkeit gefährdet sind. Genau deshalb müssen wir hier ansetzen. Armut und Diskriminierung schränken nicht nur die Möglichkeiten zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ein, sondern isolieren Menschen auch emotional und sozial. Unsere Antwort darauf muss deswegen klar sein: Wir bekämpfen nicht nur die Symptome, sondern auch die Ursachen von Einsamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Zuruf von der CDU: Wir auch!)

- Ich glaube, auch da haben wir keinen Dissens. Wir müssen aber schauen, wer wirklich betroffen ist.

Der Schlüssel dafür liegt in unseren Kommunen, in unseren Städten und Dörfern. Gerade dort, wo beispielsweise viele armutsbetroffene Menschen leben, muss in öffentliche Infrastruktur investiert werden, muss es barrierearme Mobilitätsangebote und Orte des Zusammenlebens geben. Eine sozialraumorientierte Stadtplanung, die viele Kommunen bereits betreiben, sowie die Förderung von Quartiersarbeit und ehrenamtlichen Strukturen bleiben daher wichtige Maßnahmen, die auch Einsamkeit entgegenwirken.

Statt eines Einsamkeitsbeauftragten braucht es aus unserer Sicht eine intersektionale, diskriminierungssensible Strategie.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Also: „Gemeinsam statt Einsam“ - das ist das Motto, mit dem wir lokale gemeinschaftliche und inklusive Ansätze fördern und fortentwickeln wollen. Denn die beste Prävention und Intervention gegen Einsamkeit findet vor Ort statt, wo direkte und persönliche Kontakte das soziale Gefüge stärken. Eine gute Strategie unterstützt daher bestehende Initiativen wie die Freiwilligenagenturen, die Selbsthilfekontaktstellen und Senior*innen- und Pflegestützpunkte. Genau das haben wir vor, wie mein Kollege Marten Gäde bereits ausgeführt hat.

All dies ist nicht nur deshalb wichtig, weil Corona die Aufmerksamkeit auf das Thema Einsamkeit gelenkt hat. Denn Einsamkeit beeinträchtigt nicht nur die Gesundheit, nicht nur das gesellschaftliche Miteinander, sondern - hier lohnt die Aufmerksamkeit noch einmal - es beeinträchtigt auch die demokratische Teilhabe. Junge Menschen, die sich isoliert fühlen, neigen eher zu autoritären Überzeugungen, glauben eher an Verschwörungstheorien und billigen eher politische Gewalt. Das sollte ein Weckruf an uns alle sein!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Denn wer einsam ist, sucht nach Zugehörigkeit und Gemeinschaft. Es ist unsere Aufgabe, diese Gemeinschaft in der Mitte der Gesellschaft zu bieten, Fürsorge und Halt zu geben und das Vertrauen in den Staat zu stärken. „Wir lassen niemanden zurück“ - das ist ein Versprechen, das wir gemeinsam einhalten müssen. Lassen Sie uns deshalb auch der Einsamkeit strategisch und gemeinsam entgegenwirken!

Haben Sie ein schönes gemeinsames und nicht einsames Wochenende!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Jens Nacke:

Ich sehe zu diesem Tagesordnungspunkt keine weiteren Wortmeldungen. Dann werden wir Sie gleich in dieses Wochenende entlassen. Aber zuvor wollen wir die Ausschussüberweisung vornehmen.

Vorgeschlagen ist, den Antrag an den Ausschuss für Soziales, Arbeit, Gesund und Gleichstellung zu überweisen. Wer so entscheiden möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Wir sind am Ende der Tagesordnung angekommen.
Ich wünsche Ihnen eine gute Heimreise und ein angenehmes Wochenende.

Schluss der Sitzung: 12.45 Uhr.